

# Stenographischer Bericht

## 24. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

VII. Periode — 28. Juni 1972

### Inhalt:

#### Personalien:

Entschuldigt ist Landesrat Bammer.

#### Nachruf:

Nachruf nach dem verstorbenen ehemaligen Landtagsabgeordneten Josef Meisl (730).

#### Fragestunde:

Anfrage Nr. 144 des Abg. Brandl an Landesrat Professor Jungwirth, betreffend Ausnahmegenehmigung für Bauvorhaben in Landschaftsschutzgebieten.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Professor Jungwirth (730).

Anfrage Nr. 147 des Abg. Ritzinger an Landesrat Professor Jungwirth, betreffend die Schaffung eines Ortskern-Erhaltungsgesetzes.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Professor Jungwirth (731).

Anfrage Nr. 148 des Abg. Dr. Dorfer an Landesrat Professor Jungwirth, betreffend den Schutz des Naherholungsgebietes um Graz.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Professor Jungwirth (731).

Anfrage Nr. 149 des Abg. Dipl.-Ing. Schaller an Landesrat Professor Jungwirth, betreffend die Einsetzung eines Fachinspektors für Musikerziehung und eines Fachinspektors für bildnerische Erziehung.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Professor Jungwirth (731).

Zusatzfrage: Abg. Dipl.-Ing. Schaller (732).

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Professor Jungwirth (732).

Anfrage Nr. 143 des Abg. Gerhard Heidinger an Landesrat Dr. Christoph Klausner, betreffend die Erhöhung der Kfz-Steuer.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dr. Klausner (732).

Anfrage Nr. 150 des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer an Landesrat Dr. Krainer, betreffend die Erweiterung des Landesstraßennetzes (732).

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dr. Krainer (732).

Anfrage Nr. 151 des Abg. Seidl an Landesrat Dr. Krainer, betreffend Hochwasserschutzbauten im Bereich der Mur von Wildon bis Radkersburg.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dr. Krainer (733).

Anfrage Nr. 152 des Abg. Lind an Landesrat Dr. Krainer, betreffend den Bau des Südautohahnteilstückes Gleisdorf—Wiener Neustadt.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dr. Krainer (733).

Anfrage Nr. 153 des 3. Landtagspräsidenten Feldgrill an Landesrat Dr. Krainer, betreffend den Ausbau eines Straßenteilstückes der Straße Passail—Rechnberg—Frohnleiten.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dr. Krainer (734).

Anfrage Nr. 154 des Abg. Dr. Helmut Heidinger an Landesrat Dr. Krainer, betreffend Be-

hebung der Hochwasserschäden an Bächen und Flüssen der Steiermark.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dr. Krainer (734).

Anfrage Nr. 155 des Abg. Ing. Stoisser an Landesrat Peltzmann, betreffend Lehrlingshöchstzahlen nach dem Berufsausbildungsgesetz.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Peltzmann (735).

Anfrage Nr. 156 des Abg. Schrammel an Landesrat Peltzmann, betreffend die Landesfeuerwehrverbandsabgabe.

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Peltzmann (736).

Anfrage Nr. 146 des Abg. Wimmeler an Landeshauptmannstellvertreter Wegart, betreffend die Fremdenverkehrsstatistik.

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmannstellvertreter Wegart (736).

#### Auflagen:

Antrag, Einl.-Zahl 433, der Abgeordneten Marczik, Seidl, Prof. Dr. Eichtinger, Ritzinger, Aichhofer, Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, Prenner, Buchberger und Dipl.-Ing. Fuchs, betreffend die Errichtung eines Internatszubaus für Studierende an Pädagogischen Akademien in Graz (737);

Antrag, Einl.-Zahl 434, der Abgeordneten Ritzinger, Marczik, Koiner und Lackner, betreffend eine Sonderförderung des politischen Bezirkes Murau durch das Land Steiermark und den Bund;

Antrag, Einl.-Zahl 435, der Abgeordneten Dr. Dorfer, Feldgrill, Pölzl, Dipl.-Ing. Fuchs und Ing. Stoisser, betreffend die Einführung von Jungunternehmer-Existenzgründungskrediten;

Antrag, Einl.-Zahl 436, der Abgeordneten Schrammel, Prenner, Dr. Piaty, Lafer und Buchberger, betreffend die Regulierung der Lafnitz und Feistritz;

Antrag, Einl.-Zahl 437, der Abgeordneten Schrammel, Jamnegg, Prof. Dr. Eichtinger, Pölzl und Seidl, betreffend die Schaffung eines Landesgehörlosenheimes;

Antrag, Einl.-Zahl 438, der Abgeordneten Schrammel, Lafer, Prenner, Dipl.-Ing. Schaller und Trummer, betreffend die Einleitung von Sofortmaßnahmen zur Behebung der Unwetterschäden an der Raab, Lafnitz, Feistritz, Ilz, Lungitz und Saifenbach;

Antrag, Einl.-Zahl 439, der Abgeordneten Lafer, Schrammel, Prenner und Buchberger, betreffend die Regulierung der Raab;

Antrag, Einl.-Zahl 440, der Abgeordneten Dr. Heidinger, Prof. Dr. Eichtinger, Dipl.-Ing. Fuchs und Dipl.-Ing. Schaller, betreffend die steuerliche Begünstigung der Kunstförderung;

Antrag, Einl.-Zahl 441, der Abgeordneten Dr. Heidinger, Dipl.-Ing. Hasiba und Koiner, betreffend die Verlängerung der Laufzeit von Darlehen aus dem Wasserwirtschaftsfonds;

Antrag, Einl.-Zahl 442, der Abgeordneten Heidinger, Klobasa, Gratsch, Aichholzer, Zinkanell und Genossen, betreffend Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Hochwasser in der östlichen und südlichen Steiermark;

Antrag, Einl.-Zahl 443, der Abgeordneten Spöner, Pichler, Laurich, Fellingner und Genossen, betreffend den Ausbau der Paaler Landesstraße von km 10,5 bis zur Landesgrenze;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 444, betreffend Grundflächeninanspruchnahme sowie teilweise Objekteinlösung von Johann Gruber für die Beseitigung einer Sichtbehinderung in der Ortsdurchfahrt Judendorf-Straßengel der Landesstraße 215;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 445, betreffend Änderung der Satzungen der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark wegen Gewährung nachrangiger grundbücherlich sicherzustellender Bardarlehen und Kredite aus Mitteln des Einlagengeschäftes;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 446, über die Zuerkennung eines außerordentlichen Versorgungsgenusses an Frau Juliane König;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 217 und zu Einl.-Zahl 353, zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Laurich, Schön, Spöner und Genossen, Einl.-Zahl 217, und zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Dr. Klausner, Laurich, Schön, Loidl und Genossen, Einl.-Zahl 353, betreffend Maßnahmen im Gebiet der mittleren Enns;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 286, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Marczik, Koiner und Pränckh, betreffend die Einbeziehung des Bezirkes Murau in die Regionalplanung Aichfeld-Murboden;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 312, zum Antrag der Abgeordneten Karrer, Brandl, Bischof, Fellingner und Genossen, betreffend die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation des Oberen Mürztales;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 313, zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Ileschitz, Pichler, Schön, Zoisl und Genossen, betreffend die beschleunigte Erstellung eines Energieplanes;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 335, zum Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, Buchberger, Dipl.-Ing. Schaller, Lackner und Feldgrill, betreffend die gesetzliche Regelung der Benutzung von Motorschlitten und ähnlichen Fahrzeugen;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 351, zum Antrag der Abgeordneten Laurich, Zinkanell, Brandl, Schön und Genossen, betreffend die Verabschiedung eines Naturschutzgesetzes unter Berücksichtigung des Seeuferschutzes;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 42, Gesetz, mit dem das Grundverkehrsgesetz neuerlich abgeändert und ergänzt wird;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 43, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Landarbeiterkammergesetz 1967 geändert wird;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 242, zum Antrag der Abgeordneten Ileschitz, Preitler, Gratsch, Hammerl und Genossen, betreffend den Bau einer Eisenbahnunterführung im Zuge der Landesstraße 216;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 447, betreffend Begleitstraßen zu Bundesschnellstraßen gemäß Bundesstraßengesetz 1971;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 448, über den Rechenschaftsbericht der Dienststellen des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung für das Jahr 1971;

Anzeige, Einl.-Zahl 451, des Abgeordneten Georg Hammerl gemäß § 22 des Landesverfassungsgesetzes 1960;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 336, zum Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, Dr. Piaty, Jamnegg, Pränckh und Nigl, betreffend die Einführung der Teilzeitbeschäftigung für das Pflegepersonal in den landeseigenen Krankenhäusern, Alters- und Fürsorgeheimen;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 432, betreffend die Gewährung eines Unfallversicherungsschutzes für die Angehörigen der Strahlenspür- und -meßtrupps;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 375, zum Antrag der Abgeordneten Reich, Heidinger, Laurich, Bischof und Genossen, betreffend die Gestaltung des Vorabendprogramms im ORF (738).

#### Zuweisungen:

Der Landesregierung: Anträge, Einl.-Zahl 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443 (737).

Dem Finanz-Ausschuß: Regierungsvorlage zu Einl.-Zahl 444, 445 und 446 (737).

Dem Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschuß: Regierungsvorlage zu Einl.-Zahl 217, 286, 312 und 313 (737).

Dem Landwirtschafts-Ausschuß: Regierungsvorlage zu Einl.-Zahl 335, 351, Beilage Nr. 42 und 43 (737).

Dem Verkehrswirtschaftlichen Ausschuß: Regierungsvorlage zu Einl.-Zahl 242 und 447 (738).

Dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß: Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 448, und Anzeige, Einl.-Zahl 451 (738).

Dem Sozial-Ausschuß: Regierungsvorlage zu Einl.-Zahl 336 und 432 (738).

Dem Volksbildungs-Ausschuß: Regierungsvorlage zu Einl.-Zahl 375 (738).

#### Mitteilungen:

Mitteilung über die Zurückverweisung der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 141, an die Landesregierung (738).

#### Anträge:

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller, Koiner, Lafer, Nigl, Feldgrill, Seidl und Dr. Dorfer, betreffend die Vorlage eines Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes (738);

Antrag der Abgeordneten Trummer, Aichhofer, Lafer, Koiner, Pölzl und Seidl, betreffend die Fortsetzung und Inangriffnahme von Regulierungsarbeiten in den durch die letzten Hochwässer besonders betroffenen Flußgebieten;

Antrag der Abgeordneten Nigl, Dipl.-Ing. Fuchs, Jamnegg und Dipl.-Ing. Hasiba, betreffend die Abänderung der Aufnahmebedingungen im Grazer Vertragsbediensteten-Gesetz;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Hasiba, Dipl.-Ing. Fuchs, Jamnegg, Nigl und Haas, betreffend die Schaffung eines Industrieparks für 1000 Beschäftigte im Bereiche der Landeshauptstadt Graz;

Antrag der Abgeordneten Lackner, Aichhofer, Marczik und Prenner, betreffend die Befreiung der Freiwilligen Feuerwehren von der Mehrwertsteuerpflicht;

Antrag der Abgeordneten Lackner, Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, Pränckh und Trummer, betreffend den Ausbau von Gemeinde- und Güterwegen;

Antrag der Abgeordneten Lafer, Lind, Pölzl, Prenner und Schrammel, betreffend die Befreiung der Freiwilligen Feuerwehren von der Gebührentrichtung bei Kraftfahrzeugüberprüfungen;

Antrag der Abgeordneten Pränckh, Ritzinger, Marczik und Koiner, betreffend die Ausbaggerung der Mur;

Antrag der Abgeordneten Lafer, Lind, Pölzl und Schrammel, betreffend den beschleunigten Ausbau der Bundesstraße B 66;

Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Nigl, Jamnegg, Marczik und Seidl, betreffend die Ver-

pflichtung der Pensionsversicherungsanstalten, bei Zustellung des ersten Pensionszuerkennungsbescheides eine genaue Aufgliederung der Versicherungszeiten anzuführen;

Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Jamnegg, Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer und Marczik, betreffend die Einführung des Berufstitels „Ingenieur“ auch für Frauen;

Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Prof. Dr. Eichinger, Marczik und Schrammel, betreffend die Gewährung einer finanziellen Zuwendung an Hinterbliebene von freiwilligen Helfern, die bei Katastropheneinsätzen oder sonstigen Hilfeleistungen verunglückt bzw. an solche Personen, die bei vorgenannten Einsätzen erwerbsunfähig geworden sind;

Antrag der Abgeordneten Buchberger, Pözl, Dipl.-Ing. Schaller und Prof. Dr. Eichinger, betreffend den Ausbau des Straßennetzes im oberen Feistritztal;

Antrag der Abgeordneten Laurich, Schön, Brandl, Fellinger und Genossen, betreffend die Übernahme der Verbindungsstraße zwischen der Eisenbundesstraße und der Landesstraße 280 im Gebiet der Gemeinde Landl als Landesstraße;

Antrag der Abgeordneten Laurich, Schön, Brandl, Fellinger und Genossen, betreffend die Übernahme der Verbindungsstraße zwischen der Erlauftalbundesstraße (Nr. 25) und der Landesstraße 323 im Gebiet der Gemeinde Landl als Landesstraße;

Antrag der Abgeordneten Brandl, Bischof, Karner und Laurich, betreffend die Erstellung eines Regionalplanes für das Mariazeller Gebiet;

Antrag der Abgeordneten Sebastian, Laurich, Fellinger, Brandl, Heidinger und Genossen, betreffend die Sicherung des Zuganges zu den Erholungsräumen in der Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Klobasa, Heidinger, Aichholzer, Zinkanell, Preitler und Genossen, betreffend die Behebung von Hochwasserschäden im Gebiet der Gemeinde Fladnitz im Raabtal;

Antrag der Abgeordneten Hammerl, Pichler, Schön, Laurich, Aichholzer und Genossen, betreffend die Erstellung eines Landesstraßenkonzeptes;

Antrag der Abgeordneten Gratsch, Heidinger, Pichler, Prensberger und Genossen, betreffend den Ausbau der Aspangstrecke der ÖBB für eine Achslast von 20 Tonnen;

Antrag der Abgeordneten Heidinger, Sebastian, Klobasa, Aichholzer und Genossen, betreffend die Instandsetzung der künftigen Bundesstraße Nr. 50 Hartberg—Oberwart;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. DDr. Götz und Wimpler, betreffend die prozentuelle Abgeltung von Katastrophenschäden durch die Steiermärkische Landesregierung (739).

#### Dringliche Anfrage:

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Fuchs, Marczik, Koiner, Dr. Heidinger, Dr. Dorfer, Jamnegg, Prof. Dr. Eichinger und Nigl, betreffend die Erhaltung der Wirtschaftskraft und der Arbeitsplätze der steirischen Betriebe der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie an Landeshauptmann Dr. Niederl.

Begründung der Anfrage: Abg. Dipl.-Ing. Fuchs (739).

Beantwortung der dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Dr. Niederl (741).

Redner: Abg. Marczik (741), Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz (744), Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian (746), Landesrat Dr. Krainer (749), Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian (750), Zweiter Präsident Ileschitz (750), Landesrat Peltzmann (752), Abg. Gross (753), Abg. Dr. Helmut Heidinger (754), Abg. Jamnegg (756), Abg. Prof. Dr. Eichinger (758), Abg. Prensberger (760), Abg. Koiner (762), Abg. Schön (762),

Abg. Nigl (764), Abg. Loidl (765), Abg. Pözl (767), Landesrat Peltzmann (767), Abg. Karrer (768), Abg. Dr. Dorfer (769), Landesrat Peltzmann (771), Landesrat Gruber (771), Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz (773), Landeshauptmann Dr. Niederl (773), Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian (775), Landeshauptmann Dr. Niederl (776).

Annahme des Antrages (776).

#### Tagesordnung:

1. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 396, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objekts-einlösungen für das Bauvorhaben Nr. 17/72 „Wenigzell“ der Landesstraße 326.

Berichterstatter: Abg. Heribert Pözl (776).  
Annahme des Antrages (776).

2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 397, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme von Thaddäus Egghardt für das Bauvorhaben Nr. 18/72 „Umfahrung Murau“ der Landesstraße 250.

Berichterstatter: Abg. Hermann Ritzinger (776).  
Annahme des Antrages (776).

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 398, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objekts-einlösung von Hilde Hetl für das Bauvorhaben Nr. 17/72 „Wenigzell“ der Landesstraße 326.

Berichterstatter: Abg. Josef Schrammel (777).  
Annahme des Antrages (777).

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 422, betreffend die Genehmigung des Baurechtes auf dem landeseigenen Grundstück Parzelle Nr. 633/22, Einl.-Zahl 41, KG, Mitterdorf im Mürtztal, an die Gesellschaft für Wohnungsbau und Siedlungswesen, Graz, auf die Dauer von 60 Jahren zwecks Errichtung eines Lehrerwohnhauses zur Landesberufsschule Mitterdorf im Mürtztal.

Berichterstatter: Abg. Prof. Dr. Karl Eichinger (777).

Annahme des Antrages (777).

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 423, über die Bedekung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1971 — 3. und abschließender Bericht.

Berichterstatter: Abg. Hans Brandl (777).  
Annahme des Antrages (777).

6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 424, betreffend die Übernahme einer Ausfallsbürgschaft für ein bei der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark in Graz aufzunehmendes Kommunaldarlehen in der Höhe von 20 Millionen S zugunsten des Forschungszentrums Graz.

Berichterstatter: Abg. Anton Prensberger (777).  
Annahme des Antrages (777).

7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 425, über die schenkungsweise Überlassung von 816 m<sup>2</sup> Grund aus der landeseigenen Liegenschaft Einl.-Zahl 734, KG, VI Jakomini.

Berichterstatter: Abg. Dr. Dieter Strenitz (777).  
Annahme des Antrages (777).

8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 426, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objekts-einlösung von Aloisia Schnabel für das Bauvorhaben „Kainachbrücke Mooskirchen“ der Landesstraße 186.

Berichterstatter: Abg. Dr. Helmut Heidinger (777).

Annahme des Antrages (778).

9. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 427, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objekteinlösung von Johann Fuxjäger für die Absicherung der Landesstraße 216.

Berichterstatter: Abg. Dr. Leopold Johann Dorfer (778).

Annahme des Antrages (778).

10. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 430, über den Erwerb der Liegenschaft Einl.-Zahl 929, KG. Fürstenfeld, Gerichtsbezirk Fürstenfeld, von Frau Maria Stephan in Graz.

Berichterstatter: Abg. Alois Klobasa (778).

Annahme des Antrages (778).

11. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 431, betreffend die Gewährung von außerordentlichen Versorgungsge-nüssen für Schriftsteller Dr. Hans Dettelbach und Frau Paula Mell.

Berichterstatter: Abg. Johanna Jammegg (778).

Annahme des Antrages (778).

12. Bericht des Landwirtschafts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 40, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Jagdgesetz 1954 geändert wird.

Berichterstatter: Abg. Rupert Buchberger (778).

Annahme des Antrages (778).

13. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 296, zum Antrag der Abgeordneten Zinkanell, Aichholzer, Karrer, Laurich und Genossen, betreffend die Änderung der gesetzlichen Bestimmungen über das Böllerschießen.

Berichterstatter: Abg. Friedrich Aichholzer (779).

Annahme des Antrages (779).

14. Bericht des Verkehrswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl Nr. 99, zum Antrag der Abgeordneten Fellinger, Bischof, Schön, Brandl und Genossen, betreffend den Bau einer Unterführung der Bundesstraße bei der Bahnübersetzung beim Landeskrankenhaus Leoben.

Berichterstatter: Abg. Willibald Schön (779).

Annahme des Antrages (779).

15. Bericht des Verkehrswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl Nr. 447, betreffend Begleitstraßen zu Bundesschnellstraßen gemäß Bundesstraßengesetz 1971.

Berichterstatter: Abg. Dr. Helmut Heidinger (779).

Annahme des Antrages (779).

16. Bericht des Verkehrswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 242, zum Antrag der Abgeordneten Ileschitz, Preitler, Gratsch, Hammerl und Genossen, betreffend den Bau einer Eisenbahnunterführung im Zuge der Landesstraße 216.

Berichterstatter: Abg. Josef Loidl (779).

Annahme des Antrages (780).

Beginn der Sitzung: 9.20 Uhr.

**Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren:** Der Landtag ist eröffnet. Mit dieser 24. Sitzung endet die Frühjahrstagung 1972 in der laufenden VII. Gesetzgebungsperiode. Ich begrüße alle Erschienenen, besonders alle Mitglieder der Landesregierung mit dem Herrn Landeshauptmann an der Spitze.

Entschuldigt ist Landesrat Bammer.

Hohes Haus! Wieder haben wir den Tod eines Menschen zu beklagen, der dem Steiermärkischen Landtag durch eine Legislaturperiode angehört hat.

Josef Meisl ist am 12. Juni 1972 gestorben. Während seiner Zugehörigkeit zum Steiermärkischen

Landtag vom 7. April 1965 bis 6. April 1970 wirkte er als Mitglied im Landeskulturausschuß und als Ersatzmann im Kontroll-Ausschuß, im Verkehrswirtschaftlichen Ausschuß und im Fürsorge-Ausschuß. An allen Sitzungen der Ausschüsse und den Plenarsitzungen des Hohen Hauses hat er mit regem Interesse teilgenommen. Auch außerhalb des Landtages entfaltete er eine rege Tätigkeit für die Gemeinschaft. Insbesondere im sozialen und kulturellen Leben der Stadt Weiz sah er eine gerne wahrgenommene, daher auch erfolgreich durchgeführte Aufgabe.

Wir werden dem verewigten Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren.

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, daß sie sich zum Zeichen der Trauer von Ihren Sitzen erhoben haben.

Die heutige Sitzung beginnt mit einer Fragestunde. Ich gehe daher sogleich zur Aufrufung der eingelangten Anfragen über.

Anfrage Nr. 144 des Herrn Abgeordneten Hans Brandl an Landesrat Prof. Kurt Jungwirth, betreffend Ausnahmegenehmigungen für Bauvorhaben in Landschaftsschutzgebieten.

Ich bitte Herrn Landesrat um die Beantwortung.

*Anfrage des Abg. Brandl an Landesrat Professor Jungwirth.*

*Es muß immer wieder festgestellt werden, daß die Bearbeitung der Ausnahmegenehmigungen für Bauvorhaben in Landschaftsschutzgebieten außerordentlich lange Zeit benötigt und dadurch viele Bauwerber beträchtliche Verzögerungen des Baubeginnes in Kauf nehmen müssen.*

*Sind Sie, Herr Landesrat, bereit, dafür Sorge zu tragen, daß durch entsprechend organisatorische Maßnahmen die Bearbeitung der Ausnahmegenehmigungen für die Bauführungen in Landschaftsschutzgebieten beschleunigt wird?*

**Landesrat Prof. Jungwirth:** Hohes Haus! Es ist richtig, daß die Bearbeitung von Ausnahmegenehmigungen für das Bauen in Landschaftsschutzgebieten mitunter längere Zeit in Anspruch nimmt. Die Ursache für oft unliebsame Verzögerungen liegt aber kaum in der Schuld der zuständigen Sachbearbeiter, sondern weit öfter darin, daß die Genehmigungswerber unzulängliche Angaben vorlegen, meistens auch keine detaillierten Pläne für ihre Vorhaben und daher Lokalausweise notwendig sind. Gerade in letzter Zeit standen die Fragen des Natur- und Landschaftsschutzes immer wieder im Brennpunkt der öffentlichen Diskussion und das zwingt uns, in Naturschutzangelegenheiten weiterhin sehr sorgfältig zu agieren. Denn, wenn es sich in diesen Fällen auch um sogenannte Kleinigkeiten handelt, in der Masse ergeben sich doch oft große Schäden des Landschaftsbildes, die das zuständige Referat so gut wie möglich hintanhalten möchte. Darüber hinaus hat die Entwicklung auf dem Personalsektor mit der explosiv wachsenden Bautätigkeit nicht sofort Schritt halten können. Die Beamten des Naturschutzreferates sind dauernd stark belastet. Im Entwurf des Naturschutzgesetzes aber, der in der Begutachtung ist, ist die Delegation

dieser Agenden von der Landesebene an die Bezirksverwaltungsbehörde vorgesehen. Ich erwarte mir davon eine spürbare Verbesserung für die Bauwerber.

**Präsident:** Anfrage Nr. 147 des Herrn Abgeordneten Hermann Ritzinger an Herrn Landesrat Prof. Kurt Jungwirth, betreffend die Schaffung eines Ortskern-Erhaltungsgesetzes.

Ich bitte Herrn Landesrat um die Beantwortung.

*Anfrage des Abg. Ritzinger an Landesrat Prof. Jungwirth.*

*Vor längerer Zeit wurde von ÖVP-Abgeordneten ein Antrag, betreffend die Schaffung eines Ortskern-Erhaltungsgesetzes eingebracht.*

*Wann, Herr Landesrat, ist die Vorlage eines solchen Gesetzes seitens der Steiermärkischen Landesregierung zu erwarten?*

**Landesrat Prof. Jungwirth:** Für ein Ortskern-Erhaltungsgesetz sind Vorarbeiten geleistet worden. Es stellte sich dabei heraus, daß parallele Vorhaben beim Naturschutzgesetz und vor allem bei der Neuschaffung eines steirischen Raumordnungsgesetzes vorlagen. Um keine Doppelgleisigkeiten auftreten zu lassen, wurde daher diesen beiden Gesetzen der Vorrang erteilt. Das Naturschutzgesetz ist bekanntlich im Begutachtungsverfahren, das Raumordnungsgesetz ist vorbereitet. Es wird daher in Kürze möglich sein, festzustellen, ob und in welcher Form ein zusätzliches Ortskern-Erhaltungsgesetz notwendig ist. Wertvolle Vorarbeit hat inzwischen schon der Denkmalschutz geleistet, der in der Steiermark alle 36 erhaltungswürdigen Schutzzonen festgelegt hat.

**Präsident:** Keine Zusatzfrage.

Anfrage Nr. 148 des Herrn Abgeordneten Dr. Leopold Johann Dorfer an Herrn Landesrat Prof. Kurt Jungwirth, betreffend den Schutz des Naherholungsgebietes um Graz.

Ich bitte Herrn Landesrat um die Beantwortung.

*Anfrage des Abg. Dr. Dorfer an Landesrat Professor Jungwirth.*

*Bei der Jahreshauptversammlung des Österreichischen Alpenvereines, Sektion Graz, am 9. Mai 1972 in Graz, wurde ein Entschließungsantrag betreffend den Schutz des Naherholungsgebietes um Graz beschlossen. U. a. wird hierin die Errichtung eines Grüngürtels um die Stadt Graz und eine wirksame Zusammenarbeit aller zuständigen Stellen der Stadt Graz, des Bezirkes Graz-Umgebung und der Steiermärkischen Landesregierung gefordert. Die Sektion Graz des Alpenvereines bringt in diesem Entschließungsantrag weiters zum Ausdruck, daß diese Gebiete als Erholungs- und Lebensraum der Grazer Bevölkerung unter besonderen Schutz zu stellen seien, womit insbesondere auch entsprechende Maßnahmen des Naturschutzes gemeint sind.*

*Herr Landesrat, was kann die Steiermärkische Landesregierung im Hinblick auf diesen Entschließungsantrag tun, was hat sie, insbesondere im Bereiche des Naturschutzes im Sinne dieses Entschließungsantrages schon getan und was gedenkt sie in Zukunft noch zur Lösung dieser Fragen zu tun?*

**Landesrat Prof. Jungwirth:** Im Sinne des zitierten Entschließungsantrages des Österreichischen Alpenvereines möchte ich sagen, daß der von der Stadt Graz erstellte Flächennutzungsplan kritisiert wurde, weil darin der Grüngürtel als Erholungsgebiet nur durch Einzeichnung der Grenzen der bestehenden Landschaftsschutzgebiete berücksichtigt ist, ohne daß die spezielle Funktion eines Naherholungsgebietes für die Stadt Graz ausgewiesen wäre. Die zuständigen Naturschutzbeauftragten haben daher in Erinnerungen vorgebracht, daß beispielsweise in diesem Flächennutzungsplan die am Wochenende für den Kraftfahrzeugverkehr gesperrten Wanderwege nicht ausgewiesen sind.

Mit Verordnung der Landesregierung vom 16. Oktober 1961 wurde das Gebiet der Platte, das Stifting- und Ragnitztal, der Bereich Ries, Laßnitzhöhe sowie das Gebiet nördlich der Kanzel und die Mantscha hinter dem Buchkogel schon vor mehr als 10 Jahren unter Schutz gestellt. Im Sinne der Erweiterung des Naherholungsgebietes werden neben dem Schöckel, der auch schon im Landschaftsschutzgebiet liegt, demnächst die Rannach und das Gebiet St. Radegund einbezogen und unter Schutz gestellt werden. Allerdings konnte die Zersiedelung mancher Gebiete in diesem Bereich nicht uneingeschränkt vermieden werden. Hierzu bedarf es ja nicht nur formeller Voraussetzungen, sondern auch eines aufeinander abgestimmten Zusammenwirkens der Naturschutzbehörde, der Naturschutzbeauftragten mit der Baubehörde.

**Präsident:** Keine Zusatzfrage.

Anfrage Nr. 149 des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Hermann Schaller an Herrn Landesrat Professor Kurt Jungwirth, betreffend die Einsetzung eines Fachinspektors für Musikerziehung und eines Fachinspektors für Bildnerische Erziehung.

Ich bitte Herrn Landesrat um die Beantwortung.

*Anfrage des Abg. Dipl.-Ing. Schaller an Landesrat Professor Jungwirth.*

*Der Umstand, daß in der Steiermark seit Jänner 1971 kein Fachinspektor für Musikerziehung und seit Mitte 1971 keiner für Bildnerische Erziehung vorhanden ist, wirkt sich nicht nur im schulischen Bereich negativ aus, sondern behindert auch mögliche Aktivitäten in der Außerschulischen Jugendarbeit und in der Erwachsenenbildung.*

*Herr Landesrat, bestehen Ihrer Information nach Aussichten, daß dieser unbefriedigende Zustand rasch beendet wird?*

**Landesrat Prof. Jungwirth:** Meine Damen und Herren! Die Steiermark hat seit 1. Jänner 1971, also seit 18 Monaten, keinen Fachinspektor für Musikerziehung und seit 1. Juli 1971, also seit 12 Monaten keinen Fachinspektor für Bildnerische Erziehung. Das bedeutet eine schwerwiegende Benachteiligung des Schulunterrichtes in unserem Land. Die betroffenen Lehrer haben keinen Verbindungsmann zur Schulbehörde. Es fehlt die Fachberatung und vor allem ist die wichtige Lehrerfortbildung blockiert. Darüber hinaus ergibt sich ein allgemeines kulturpolitisches Handikap, da für Aufgaben der außerschulischen Jugendarbeit und der Erwachsenenbil-

dung, die man nicht ohne Zusammenarbeit mit der Schule lösen kann, der wichtigste Gesprächspartner fehlt. Die Situation ist dadurch entstanden, daß beide Inspektionsgebiete Steiermark und Kärnten umfassen. Das Bundesministerium für Unterricht und Kunst verquickt beide Ernennungen und verlangt von der Steiermark, sie möge in mindestens einem Fall auf ihr Vorschlagsrecht zugunsten Kärntens verzichten. Dazu besteht nach steirischer Ansicht kein Anlaß. Es bleibt eine Benachteiligung von Fächern, die ohnedies schwer um ihre Existenz kämpfen, und meiner Information nach ist die Frage wiederum auf die lange Bank geschoben worden.

**Präsident:** Eine Zusatzfrage.

*Abg. Schaller: Herr Landesrat, welche Möglichkeit sehen Sie, dieses Problem zu lösen?*

**Landesrat Prof. Jungwirth:** Meiner Meinung nach ist die Lösung ganz einfach. Man muß die Inspektionsbereiche Steiermark und Kärnten trennen und für unser Bundesland einen eigenen Bereich schaffen. Diese Trennung wäre sachlich voll begründet. Die Fachinspektorenstellen sind nämlich im Schuljahr 1952/53 geschaffen worden. Und seither hat sich bekanntlich das Schulsystem explosiv entwickelt. Wir haben in der Steiermark seither die Neugründung allein von 10 Mupäds und auch in den anderen allgemeinbildenden höheren Schulen, es gibt derzeit bereits 38, haben sich die Schüler- und Klassenzahlen enorm entwickelt. Auch die Zahl der Hauptschulen ist angeschwollen, ebenso die Zahl der Pflichtschullehrer. Die Steiermark hat also längst genug Schulen und Klassen, um einen eigenen Fachinspektor für Musikerziehung und Bildnerische Erziehung erhalten zu können. In Wien verschanzt man sich derzeit hinter dem überraschenden Einwand, der Finanzminister sei dagegen.

**Präsident:** Anfrage Nr. 143 des Abgeordneten Gerhard Heidinger an Herrn Landesrat Dr. Christoph Klausner, betreffend die Erhöhung der Kfz.-Steuer.

Ich bitte Herrn Landesrat um die Beantwortung.

*Anfrage des Abg. Gerhard Heidinger an Landesrat Dr. Klausner.*

*Im Rundfunk und in der Presse wurde vor kurzer Zeit die Meldung verbreitet, daß die Länder im Zuge der Finanzausgleichsverhandlungen eine Erhöhung der Kfz.-Steuer um 50 % verlangt hätten.*

*Können Sie, Herr Landesrat, mitteilen, ob seitens der Länder eine solche Erhöhung der Kfz.-Steuer verlangt wurde?*

**Landesrat Dr. Klausner:** Herr Abgeordneter, die Finanzausgleichsverhandlungen befassen sich bekanntlich mit der Aufteilung der sogenannten Finanzmasse unter den Gebietskörperschaften und es gibt daher praktisch keine Steuer, deren Aufteilung unter die Gebietskörperschaften im Zuge der Besprechungen oder Beratungen nicht Gegenstand des Gespräches ist. Die Ländervertreter haben jedoch zuletzt erst am 31. Mai ausdrücklich beschlossen, daß eine Erhöhung der Kfz.-Steuer nicht Gegenstand der Finanz-Ausgleichsverhandlungen ist.

**Präsident:** Keine Zusatzfrage.

Anfrage Nr. 150 des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Siegfried Eberdorfer an Herrn Landesrat Dr. Josef Krainer, betreffend die Erweiterung des Landesstraßennetzes.

Ich bitte Herrn Landesrat um die Beantwortung.

*Anfrage des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer an Landesrat Dr. Krainer.*

*Die verkehrsmäßige Erschließung des ländlichen Raumes ist sowohl für die Landbevölkerung als auch für die Bewohner der städtisch-industriellen Ballungszentren von größter Bedeutung. Es hängt davon nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung der betreffenden Gebiete ab, sondern auch die Möglichkeit, für die Menschen neue Erholungsräume zu erschließen und für die weitere Entwicklung des Fremdenverkehrs in der Steiermark entsprechende Voraussetzungen zu geben.*

*Es ist bekannt, daß der Ausbau und vor allem auch die Erhaltung dieser Verkehrsverbindungen mit überörtlicher Bedeutung den Landgemeinden und den zu Beitragsleistungen verpflichteten Interessenten Belastungen auferlegen, die auf Dauer nicht getragen werden können. Der Bund hat zwar in letzter Zeit ca. 500 km Landesstraßen übernommen, gleichzeitig aber das Land zur Übernahme von ca. 250 km Bundesstraßen verpflichtet. Bei Aufrechterhaltung des Grundsatzes, daß sich das Landesstraßennetz nicht vergrößern darf, könnten daher nur derzeit rund 250 km Gemeinde- und Interessentenstraßen übernommen werden. Daß dieses Kontingent völlig unzureichend ist, um auch nur die dringendsten Bedürfnisse zu decken, zeigen die bereits seit Jahren vielfach wiederholt im Landtag eingebrachten Anträge.*

*Welche Möglichkeiten sehen Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, hinsichtlich der Erweiterung des Landesstraßennetzes?*

**Landesrat Dr. Krainer:** Mit Wirksamwerden des § 33, Bundesstraßengesetz 1971, der entsprechende Beschluß soll heute vom Landtag gefaßt werden, wird der Bund 384 km Landesstraßen als Bundesstraßen B übernehmen. Im Zuge des Neubaus der Bundesschnellstraßen aber werden in der Steiermark 199 km gegenwärtige Bundesstraßen B als solche aufgelassen und das Land Steiermark soll diese als Begleitstraßen zurückübernehmen. Der Neubau der Bundesschnellstraßen wird voraussichtlich aus finanziellen Gründen einen Zeitraum von schätzungsweise 20 Jahren umfassen. Wenn man nun in Rechnung stellt, daß in den nächsten 10 Jahren realistisch mit einem raschen Baufortschritt — der vorauszusehen ist — zu rechnen ist und etwa 100 km von den 199 abzieht, für die das Land in den nächsten Jahren die Straßenbaulast zu übernehmen haben wird und weiterhin 50 km im Verlaufe der nächsten 10 Jahre abzieht, die auf Grund der straßenbaulich notwendigen Vergrößerung des Landesstraßennetzes jährlich um etwa 5 km erfolgt, so werden wir praktisch 234 km für die Übernahme von Landesstraßen zur Verfügung haben. Eine größere Ausweitung des Landesstraßennetzes ist nicht zweckmäßig, weil die aus dem Gemeindebereich neu zu übernehmenden

Straßen sehr schlechte Anlageverhältnisse aufweisen und ihr Ausbau sehr bedeutende Mittel seitens des Landes erfordert. Eine gewisse Erweiterung über dieses Maß hinaus wäre theoretisch nur bei einer Umstellung der Straßenkategorie möglich. Das wird derzeit studiert. Das oberösterreichische Beispiel erweist sich eher als nicht sehr praktikabel, nämlich die Einführung einer Straßenkategorie, Bezirksstraßen, die vom Land und von der Gemeinde getragen wird.

Abschließend, Herr Abgeordneter, möchte ich Ihnen mitteilen, daß seit Monaten eine Neubewertung der Landesstraßen in der Steiermark im Gange ist. Wir haben mit dieser wichtigen und sehr umfangreichen Arbeit das Österreichische Institut für Raumplanung beauftragt. Es ist damit zu rechnen, daß der Entwurf für ein neues Landesstraßengesetz auf der Basis dieser Neubewertung Mitte 1973 dem Hohen Landtag zur Beschlußfassung vorliegen wird. Und das vielleicht Wesentlichste in diesem Zusammenhang, das auch über die Anfrage des Herrn Abgeordneten hinaus von allgemeinem Interesse sein wird, ist, daß daher eine Übernahme von Straßen in das Landesstraßennetz erst nach Abschluß dieser Neubewertung durch das Land erfolgen kann.

**Präsident:** Eine Zusatzfrage wird nicht gestellt.

Anfrage Nr. 151 des Herrn Abgeordneten Alois Seidl an Herrn Landesrat Dr. Josef Krainer, betreffend Hochwasserschutzbauten im Bereich der Mur von Wildon bis Radkersburg.

Ich bitte Herrn Landesrat um die Beantwortung.

*Anfrage des Abg. Seidl an Landesrat Dr. Krainer.*

*Durch die immer häufiger auftretenden Hochwässer der Mur entstehen auf beiden Uferseiten Schäden, auch Dauerschäden und teilweise sehr großflächig. Die Schadenskosten belasten die Betroffenen sehr, aber auch die öffentliche Hand durch Zahlung von Hochwasserschadensbeihilfen.*

*Was, Herr Landesrat, ist bezüglich des Baues von Hochwasserschutzdämmen im Bereiche der Mur von Wildon bis Radkersburg vorgesehen?*

**Landesrat Dr. Krainer:** Ich möchte folgendermaßen Stellung nehmen: Im Bereich der Mur von Wildon bis Radkersburg sind folgende Hochwasserschutzmaßnahmen vorgesehen. Das Projekt Hochwasserschutz Wildon ist fertiggestellt. Es sieht Hochwasserschutzdämme für die Flußstrecke vom Dampfkraftwerk Werndorf bis Lebring vor. Diese Dämme werden mit Schottermaterial geschüttet, welches durch Räumen und Eintiefen der Flußsohle gewonnen wird. Einleitende Maßnahmen für dieses Projekt wurden bereits 1970/71 abwärts der Wildoner Murbrücke vorgenommen. Wir haben nach dem Aprilhochwasser, das eine Schädigung dieses Dammes zur Folge hatte, diesen Damm neuerlich geschüttet. Nun meinen wir, daß dieser Teil hochwasserfest ist. Unter der Voraussetzung, und das kann ganz allgemein zu dieser Frage auch realistisch gesagt werden, daß Förderungsmitel des Bundes in ausreichender Höhe zur Verfügung stehen, könnte in den nächsten Jahren das

Hochwasserschutzprojekt Wildon verwirklicht werden. 2. Im Abschnitt Gralla ist die Mur durch Staudämme des Kraftwerkes Gralla der Steweag eingedämmt. Weiters sind derzeit Staudämme bis Gabersdorf für das Kraftwerk Gabersdorf in Bau. 3. Für die Strecke Gabersdorf, Landscha, Ehrenhausen und Spielfeld ist ein Hochwasserschutzprojekt schon vor einigen Jahren ausgearbeitet worden. Es muß aber umgearbeitet werden, weil die Steweag inzwischen den Beschluß gefaßt hat, die Kraftwerkskette Gabersdorf, Wagner, Spielfeld zu errichten. Der Hochwasserschutz für diesen Raum wird daher im Einvernehmen mit der Steweag neu erarbeitet werden. Eine diesbezügliche Besprechung findet am 5. Juli mit Herren meiner Flußbauabteilung statt. 4. Abwärts der Spielfelder Murbrücke im Stauraum des jugoslawischen Kraftwerkes Cersak ist am linken Ufer der Mur ein ca. 800 m langer Uferbruch verbaut worden. Die Arbeiten sind 1970 begonnen worden und werden heuer beendet werden.

Für den Raum Radkersburg ist seit 1967 ein Hochwasserschutzgebiet studiert und in der ständigen österreichisch-jugoslawischen Kommission für die Mur beraten worden. Das Projekt mußte mehrmals abgeändert werden. Er ist jetzt fertig, und bei der letzten außerordentlichen Tagung der Kommission zwischen 12. und 14. Juni ist dieses Projekt beschlossen worden. Die Bauarbeiten werden noch im Spätherbst 1972 begonnen und voraussichtlich bis 1977 fertiggestellt sein.

Im Bereich der Stadt Radkersburg selbst wird das Murbett verbreitert und werden Hochwasserschutzdämme von Halbenrain bis zur Drauchenbachmündung unterhalb Radkersburg errichtet. Diese Baumaßnahmen werden die Siedlungsgebiete von Halbenrain bis Radkersburg gegen die Hochfluten der Mur schützen.

**Präsident:** Keine Zusatzfrage.

Anfrage Nr. 152 des Herrn Abgeordneten Josef Lind an Herrn Landesrat Dr. Josef Krainer, betreffend den Bau des Südautobahnteilstückes Gleisdorf—Wiener Neustadt.

Ich bitte Herrn Landesrat um die Beantwortung.

*Anfrage des Abg. Lind an Landesrat Dr. Krainer.*

*Der Verkehr auf der Wechsel-Bundesstraße hat derart zugenommen und er wird sich, wie von Fachleuten festgestellt wurde, in der nächsten Zeit verdoppeln. Von dieser Straße allein kann der Verkehr nicht mehr lange bewältigt werden. Der dringende Bau der Südautobahn Gleisdorf—Wiener Neustadt ist unerlässlich.*

*Ich stelle daher an Sie, Herr Landesrat, die Anfrage, ob das Autobahndetailprojekt Sebersdorf—Hartberg bereits fertiggestellt ist?*

**Landesrat Dr. Krainer:** Herr Abgeordneter Lind! Das Autobahndetailprojekt Hartberg—Sebersdorf ist von der Fachabteilung II c der Landesbaudirektion bereits fertiggestellt und dem Bundesministerium für Bauten und Technik zur Genehmigung vorgelegt worden. Die erste Studie wurde bereits 1956 erstellt. Es ist sehr gewissenhaft und intensiv die-

ses Stück geplant worden und wir haben für die gesamte Planung dieses Autobahnteilstückes bisher 8,2 Millionen Schilling aufgewendet.

**Präsident:** Keine Zusatzfrage.

Anfrage Nr. 153 des Herrn 3. Landtagspräsidenten Franz Feldgrill an Herrn Landesrat Dr. Josef Krainer, betreffend den Ausbau eines Straßenteilstückes der Straße Passail—Rechberg—Frohneiten.

Ich bitte Herrn Landesrat um die Beantwortung.

*Anfrage des 3. Landtagspräsidenten Feldgrill an Landesrat Dr. Krainer.*

*Die Straße Passail—Rechberg—Frohneiten ist bis auf das letzte Teilstück (Schrems—Frohneiten) bereits sehr gut ausgebaut.*

*Ich richte an Sie, Herr Landesrat, die Anfrage, wann mit dem Beginn des Ausbaues dieses ca. 6 km langen Straßenstückes, das sich derzeit in einem sehr schlechten Zustand befindet, gerechnet werden kann?*

**Landesrat Dr. Krainer:** Die Landesstraße Nr. 10 Gleisdorf—Weiz—Frohneiten wird laut Bundesstraßengesetz 1971 mit der Benennung B 64 Rechbergstraße als Bundesstraße nach dem heutigen Beschluß der Landesregierung und des Landtages übernommen. Im genannten Straßenzug fehlt in der Teilstrecke von Frohneiten einschließlich des Rechberges nur noch der Ausbau des rund 5 km langen Abschnittes Schrems. Dieses Bauvorhaben liegt im Detailprojekt vor. Es ist auch bereits genehmigt. Auf Grund dieses Projektes wurde die Grund- und Objektsabläse bereits durchgeführt und man kann sie als abgeschlossen betrachten. Dafür wurden 4 Millionen Schilling seit 1970 verausgabt. In einem persönlichen Gespräch mit dem Bautenminister und dem Herrn Sektionschef Raschauer einerseits und dem Herrn Landesbaudirektor und unserem Straßenkoordinator Hofrat Andersson und mir andererseits in Eisenerz anläßlich der Besichtigung der Eisenbundesstraße haben wir vereinbart, daß im Bereich des künftigen Bauvorhabens Schrems heuer zwei Brücken aus Landesmitteln errichtet werden und daß der Bund im kommenden Jahr die nächsten zwei Brücken baut sowie in der Folge den weiteren Ausbau übernimmt. Das ist eine kürzlich erfolgte Festlegung.

Es ist darüber hinaus richtig, daß sich die Fahrbahn der noch nicht ausgebauten Teilstrecke durch die Tauperiode im heurigen Winter und durch die Hochwässer in einem sehr schlechten Zustand befindet. Aus Verkehrsgründen ergibt sich die dringende Notwendigkeit, daß als Sofortmaßnahme eine verstärkte Instandsetzung der Fahrbahn erfolgen muß, die infolge des großen Ausmaßes im Rahmen des normalen Erhaltungsdienstes nicht möglich ist. Ich habe daher für die notwendigen Sanierungsmaßnahmen in Höhe von 2,6 Millionen Schilling einen Antrag an die Landesregierung vorbereitet, damit diese heuer noch erfolgen können. Nach diesen Genehmigungen ist innerhalb von drei Monaten eigentlich damit zu rechnen, daß die Schadensbehebung erfolgt sein kann. Inzwischen wurden Ausbesserungen der schwer beschädigten Fahrbahn-

decke durch Einschotterung und Abdeckung mit Feinmaterial vorgenommen. Nun ist durch das letzte Hochwasser der Straßenzug neuerdings stark überflutet und beschädigt worden. Die Straße war zwei Tage gesperrt. Ich habe mir die Straße vorgestern angesehen und wir haben mit der Sektion für Wildbach- und Lawinerverbauung vereinbart, daß der gesamte Tyrnaubach, der entlang dieses Straßenzuges führt, geräumt und die Sohle abgesenkt wird, zumal durch die letzten Hochwässer die Sohle um rund zwei Meter aufgeschottert wurde.

Das zu Ihrer Anfrage, Herr Präsident.

**Präsident:** Keine Zusatzfrage.

Anfrage Nr. 154 des Herrn Abgeordneten Dr. Helmut Heidinger an Herrn Landesrat Dr. Josef Krainer, betreffend Behebung der Hochwasserschäden an Bächen und Flüssen der Steiermark.

Ich bitte Herrn Landesrat um die Beantwortung.

*Anfrage des Abgeordneten Dr. Helmut Heidinger an Landesrat Dr. Krainer.*

*Welche Maßnahmen haben Sie, Herr Landesrat, im Zusammenhang mit den letzten Hochwasserereignissen zur Behebung der Schäden an den Bächen und Flüssen in der Steiermark sowie für die dringendsten Regulierungsarbeiten getroffen?*

**Landesrat Dr. Krainer:** Wie Sie wissen — ich habe das letzte Mal eine Anfrage des Herrn Abgeordneten Zoisl in diesem Zusammenhang bereits beantwortet —, ist die Steiermark heuer bereits zum drittenmal von Katastrophenhochwässern heimgesucht worden — April, Mai, Juni. Zunächst im Raum Knittelfeld, im Raum Leoben, dann im südsteirischen Raum, das Kainachtal, das Lafnitztal, das Saggautal und schließlich die Mur. Wir haben für die Sofortmaßnahmen, die dort zu setzen waren, bisher an Bundes- und Landesmitteln 8 Millionen Schilling freigegeben. Während diese Sofortmaßnahmen im Gange waren und wir mit den Herren des Ministeriums bereits eine Besichtigung an Ort und Stelle vorgenommen haben, der Herr Landeshauptmann und ich den Herrn Finanzminister und den Herrn Landwirtschaftsminister in Wien aufgesucht hatten, um zusätzliche Mittel zu erreichen, ist bekanntlich das nächste Hochwasser gekommen. Wir haben daher die Projektierungsarbeiten rasch eingeleitet und es liegt eine Reihe von Projekten vor, die nur mehr der wasserrechtlichen Bewilligung und der technischen und finanziellen Genehmigung durch das Finanzministerium bedürfen, um mit dem definitiven Ausbau beginnen zu können.

Ich möchte nur noch sagen, daß die Durchführung dieser Maßnahmen im Hinblick auf die enormen finanziellen Mittel, die notwendig sind, sich auf mehrere Jahre erstrecken wird. Das Hochwasser vom 28. Mai, das vor allem die Raab, aber auch das Lafnitztal und das Feistritztal betroffen hat und dort schwerste Schäden hervorgerufen hat, hat neuerliche Sofortmaßnahmen notwendig gemacht, die, wie überhaupt gesagt werden kann, von unserer Fluß- und Wildbachverbauungsabteilung bestens, rasch und hervorragend in Angriff genommen wur-

den. Aber auch für dieses Gebiet ergibt sich die Notwendigkeit, für die nächsten Jahre Vorsorge zu treffen, so daß die besonders gefährdeten Gewässer einem endgültigen Ausbau zugeführt werden.

Da gibt es die Schwerpunkte der Raabregulierung im Raum Fehring und Feldbach und die Schwerpunkte an der Lafnitz im Abschnitt Bierbaum, Blumau, Neudau bis Werb, wo eine Bautätigkeit eingeleitet werden muß, um vor allem die Siedlungsgebiete hochwasserfrei zu bekommen. Wir haben uns die Gebiete selber angesehen. Es ist immer wieder erschreckend, wenn vor allem Siedlungen betroffen sind, Menschen direkt betroffen sind. Ich habe daher veranlaßt, daß sofortige Gespräche mit den Vertretern des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, der burgenländischen Wasserbauverwaltung, den betroffenen Gemeinden und den Herren unserer Flußbauabteilung am 19. Juni in Hartberg durchgeführt wurden. Wir haben damals seitens des Landes auch die Zusage gegeben, einen Beitrag für die Finanzierung des Projektes zu leisten. Wir hoffen, daß hier zügig vorangegangen wird. Am Nachmittag desselben Tages hat in Feldbach eine Besprechung mit den Herren des Ministeriums hinsichtlich der Raab stattgefunden.

Das letzte am 23. Juni aufgetretene Hochwasser an der oberen Kainach und im Passailer Kessel, das wie eine Springflut innerhalb kürzester Zeit wiederum schwerste Schäden an Flüssen und Bächen verursacht hat, durch Baumstämme und zerstörte Brücken schwere Ufereinschlüsse zustandegebracht hat, auch da wurden die Sofortmaßnahmen gleich eingeleitet. Die Schadenserhebung ist noch im Gange.

Man kann insgesamt sagen, daß die Steiermark durch die Unwetter und die Katastrophen der letzten Monate ein Schadensausmaß von einer halben Milliarde Schilling erreicht hat. Auch in diesen betroffenen Gebieten wird es notwendig sein, daß in der nächsten Zeit die schwerpunktartigen Regulierungsarbeiten vorgezogen werden. Es erscheint hier besonders notwendig, daß die Ortsregulierung in Passail, für die ein Projekt bereits vorliegt, ausgebaut wird, daß aber auch an der Kainach zur Sicherung der Ortsgebiete Voitsberg, Bärnbach und Kainach endgültige Maßnahmen gesetzt werden. Die Wildbach- und Lawinerverbauung, die ebenfalls in ihren Arbeitsgebieten tätig ist, wird neben den Sofortmaßnahmen ihr Bauprogramm für den Ausbau der Wildbäche für die kommenden Jahre intensivieren. Wir legen auch größten Wert darauf, daß eine Koordination des Flußbauressorts und der Wildbachverbauung erfolgt, so daß ein optimaler Hochwasserschutz erreicht werden kann.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die im April, Mai und Juni aufgetretenen Hochwasserereignisse Schäden verursacht haben, die allein Sofortmaßnahmen mit einem Kostenpunkt von 50 Millionen Schilling ausgelöst haben. Darüber hinaus hat sich gezeigt, daß die bereits durchgeführten Regulierungsarbeiten sich bestens bewährt haben und daß der Ausbau der Flüsse und Bäche in der Steiermark in den nächsten Jahren systematisch fortgesetzt werden muß. Wir haben veranlaßt, daß das bestehende Schwerpunktprogramm überprüft und den bestehenden Gegebenheiten angepaßt wird. Für die Realisierung dieses Programmes ist es aber

unerlässlich, daß nicht nur heuer, sondern auch in den folgenden Jahren zusätzliche Bundes- und Landesmittel zur Verfügung gestellt werden.

**Präsident:** Anfrage Nr. 155 des Herrn Abgeordneten Ing. Hans Stoisser an Herrn Landesrat Anton Peltzmann, betreffend Lehrlingshöchstzahlen nach dem Berufsausbildungsgesetz.

Ich bitte Herrn Landesrat um die Beantwortung.

*Anfrage des Abg. Ing. Stoisser an Landesrat Peltzmann.*

*Die Durchführungsverordnung des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie in Ausführung des Berufsausbildungsgesetzes, betreffend die Lehrlingshöchstzahlen in den einzelnen Lehrberufen der gewerblichen Wirtschaft, bringt verschiedenen Branchen, insbesondere auch dem Fremdenverkehr, große Schwierigkeiten.*

*Diese Höchstzahlen sind in einigen Branchen zu niedrig angesetzt und entstehen dadurch nicht nur für die betroffenen Berufe größte Schwierigkeiten, sondern wird hiedurch auch der lehrwilligen Jugend die Ausbildung in einem bestimmten Berufe sehr oft unmöglich gemacht.*

*Herr Landesrat Peltzmann, was können Sie in dieser Angelegenheit unternehmen, um die bestehenden Schwierigkeiten zumindest zu mildern?*

**Landesrat Peltzmann:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Ing. Stoisser fragt an, wie die Durchführungsverordnung des Bundesministeriums für Handel und Gewerbe für die Lehrlingshöchstzahlen sich in der Steiermark auswirkt. Das Berufsausbildungsgesetz vom 26. März 1969 trat am 1. Jänner 1970 in Kraft. Gemäß § 8 dieses Gesetzes wurde dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie eine Verordnungsermächtigung eingeräumt und auf Grund dieser Verordnungsermächtigung wurden im Jahre 1971 eine und im Jahre 1972 fünf Verordnungen erlassen, die die Lehrlingshöchstzahlen für 79 Lehrberufe enthalten. Diese Höchstzahlen tragen der wirtschaftlichen Lage und den wirtschaftlichen Erfordernissen nicht Rechnung. Für die Lehrlinge entstehen soziale Härten und für die Berufssparten Nachwuchsprobleme. Nach Art. 18 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger steht es jedermann frei, seinen Beruf zu wählen und sich auszubilden wie und wo er will. Nach Ermacora, Handbuch der Grundfreiheit und Menschenrechte, steht es jedem einzelnen frei, daß diese Auswahl ohne jegliche staatliche Behinderung vor sich gehen darf. Ich selbst stehe auf dem Standpunkt, daß die Festlegung von Lehrlingshöchstzahlen verfassungsmäßig nicht gedeckt ist, sondern verfassungswidrig ist und wir werden mit einem Testfall diese Verordnung an den Verfassungsgerichtshof herantragen.

**Präsident:** Keine Zusatzfrage.

Anfrage Nr. 156 des Herrn Abgeordneten Josef Schrammel an Herrn Landesrat Anton Peltzmann, betreffend die Landesfeuerwehrverbandsabgabe.

Ich bitte Herrn Landesrat um die Beantwortung.

*Anfrage des Abg. Schrammel an Landesrat Peltzmann.*

Die Landesfeuerwehrverbandsabgabe wird derzeit nach der Mannschaftsstärke der Wehren eingehoben. Dadurch sind gerade jene Wehrbereiche im Nachteil, die eine hohe Bereitschaft zur Mitarbeit in der Körperschaft der Feuerwehren, die ja uneigennützig ist, bekunden.

Herr Landesrat, wäre es möglich, die Landesfeuerwehrverbandsabgabe nach einem gerechteren Schlüssel, etwa nach der Bevölkerungszahl, zur Erhebung zu bringen?

**Landesrat Peltzmann:** Die Landesfeuerwehrverbandsabgabe, kurz Landesverbandsabgabe, wird zur Zeit nach der Mannschaftsstärke der einzelnen Feuerwehren eingehoben, und zwar 15 Schilling pro Feuerwehrmann und Jahr. Diese Regelung ist eine ungerechte Veranlagung, weil hier die kleinen Ortswehren, die in Wirklichkeit den echten Mannschaftsstand stellen, ohne diesen Mannschaftsstand wären wir nicht in der Lage die F- und B-Bereitschaften für den überörtlichen Einsatz zu rekrutieren. Es wird vom Landesfeuerwehrverband vorgeschlagen, eine Neuregelung zu treffen, die auf die Einwohnerzahl und auf das Gesamtsteueraufkommen Rücksicht nimmt. Der diesbezügliche Antrag wird zur Zeit in der zuständigen Rechtsabteilung bearbeitet und wird sodann der Gemeindeaufsichtsbehörde zur Stellungnahme vorgelegt.

**Präsident:** Die an Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Adalbert Sebastian gerichteten Anfragen Nr. 145 des Abgeordneten Dipl.-Ing. DDr. Alexander Götz, betreffend Luftverunreinigung im Raume Graz, Nr. 157 des Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Karl Eichtinger, betreffend den Abverkauf von Bauparzellen für Bedienstete des Landeskrankenhauses Mariazell, Nr. 158 der Frau Abgeordneten Johanna Jamnegg, betreffend Besuchszeitregelung im Kinderspital Graz und Nr. 159 des Herrn Abgeordneten Dr. Richard Piaty, betreffend den Baubeginn der Zahnklinik in Graz, konnten wegen Abwesenheit des befragten Regierungsmitgliedes nicht zugestellt werden.

Anfrage Nr. 146 des Herrn Abgeordneten Karl Wimmler an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Franz Wegart, betreffend die Fremdenverkehrsstatistik.

Herr Landeshauptmann, ich bitte um die Beantwortung.

*Anfrage des Abg. Wimmler an Landeshauptmannstellvertreter Wegart.*

Die österreichischen Fremdenverkehrsbetriebe sind durch die Verpflichtung, jeden Monat eine sehr ausführliche Fremdenverkehrsstatistik auf einem 39 Spalten umfassenden Formblatt zu erstellen, schwer in ihrer Verwaltungsarbeit belastet worden.

Können große Betriebe, die das notwendige Personal dafür zur Verfügung haben, diese zusätzliche Arbeit noch bewältigen, ist die Belastung für kleine Familienbetriebe kaum zu verkraften. Alle mit dieser Frage befaßten Stellen haben eine Änderung dieser Bestimmungen, die im Bundesstatistikgesetz

aus dem Jahre 1965 gedeckt und durch eine Verordnung des Handelsministeriums 1971 eingeführt wurde, verlangt. In Tirol haben ganze Gemeinden die Erfüllung der Verpflichtung, Statistikbögen auszufüllen, verweigert. Auch an Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter und an Herrn Landesrat Peltzmann ist diese Frage schon vor längerer Zeit herangetragen worden.

Ich darf daher an Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, die Anfrage richten, ob Sie bereit sind, bei den zuständigen Bundesstellen verstärkt vorstellig zu werden, daß die Verpflichtung für die Fremdenverkehrsbetriebe, monatlich langatmige Statistikbögen auszufüllen, durch eine verwaltungstechnisch einfachere und bessere Lösung ersetzt wird?

**Landeshauptmannstellvertreter Wegart:** Herr Abgeordneter Wimmler, Ihre Anfrage beantworte ich wie folgt: Gegen die Verordnung des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie vom 29. Juni 1971 über statistische Erhebungen auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs wurden sofort von der Masse der Beherbergungsbetriebe schwerste Bedenken angemeldet, da die Verfahrensweise zu kompliziert erschien. Diese Verordnung kam jedoch nach Konsultation zahlreicher offizieller Fremdenverkehrsstellen, darunter der österreichischen Hotelierversammlung und des Österreichischen Gemeinde- und Städtebundes zustande. In 50 Betrieben, in ganz Österreich verteilt, wurde die Brauchbarkeit des Fragebogens erprobt. Hierbei wurde offensichtlich der Verwaltungsapparat von Großhotels und nicht jener von der Masse der Familienbetriebe herangezogen. Auf Grund nachhaltiger Vorstellungen, vor allem der Fremdenverkehrswerbung der Bundesländer und des Kuratoriums für Fremdenverkehr, wurde insofern eine Entlastung der Situation erreicht, als seitens des Handelsministeriums den Bürgermeistern freigestellt wurde, auch ohne Heranziehung der Fragebogen die statistischen Erhebungen durchzuführen. Um weitere Komplikationen zu vermeiden, gelang es auch, eine Zusammenarbeit zwischen Handels- und Innenministerium zu erwirken, da in Kürze auch eine Novellierung des Meldegesetzes heransteht. Die Vorlage dieses neuen Meldegesetzes wird in den nächsten Tagen dem Nationalrat zugeleitet werden.

**Präsident:** Keine Zusatzfrage.

**Abg. Heidinger** zur Geschäftsordnung:

Herr Präsident, nach Paragraph 2 der Geschäftsordnung obliegt es dem Präsidenten, die Würde des Hauses zu wahren. Ich fand hier auf meinem Tisch ein Pamphlet vor, das meiner Meinung der Würde des Hauses entgegensteht. Ich frage Sie, Herr Präsident, wurde diese Druckschrift mit Ihrer Genehmigung hier aufgelegt, wenn nein, sind Sie bereit, künftighin solche Provokationen hintanzuhalten?

**Präsident:** Die in Frage stehende Druckschrift wurde ohne mein Wissen hier aufgelegt. Ich stelle aber fest, daß es durchaus üblich ist, daß auch politische Tageszeitungen gelegentlich auf die

Plätze aller Abgeordneten gelegt werden. Ich begrüße es nicht, wenn solche Dinge geschehen, sehe aber die Würde und die Ordnung des Hauses nicht wesentlich oder entscheidend gefährdet.

**Abg. Jamnegg** zur Geschäftsordnung:

Ich möchte die Frage stellen, warum die Anfragen an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Sebastian nicht zugestellt wurden. In meinem Falle ist es dieselbe Anfrage, die zum zweitenmal nicht zugestellt werden konnte.

**Präsident:** Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian ist nicht in Graz anwesend gewesen in der Frist, in der diese Anfragen zugestellt werden müssen, uns jedoch in der nächsten Landtagssitzung beantwortet werden.

**Abg. Pölzl** zur Geschäftsordnung:

Herr Präsident, ist es möglich, daß diese vier Anfragen jetzt schon zur Beantwortung an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Sebastian für die Eröffnung der Herbstsession zugewiesen werden?

**Präsident:** Soll 48 Stunden vor der nächsten Landtagssitzung eingereicht werden.

Die heutige Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung schriftlich zugegangen. Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall.

Es liegen heute folgende Geschäftsstücke auf, welche ich wie folgt zuweise:

**der Landesregierung:**

den Antrag, Einl.-Zahl 433, der Abgeordneten Marczik, Seidl, Prof. Dr. Eichtinger, Ritzinger, Aichhofer, Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, Prenner, Buchberger und Dipl.-Ing. Fuchs, betreffend die Errichtung eines Internatzubaues für Studierende an Pädagogischen Akademien in Graz;

den Antrag, Einl.-Zahl 434, der Abgeordneten Ritzinger, Marczik, Koiner und Lackner, betreffend eine Sonderförderung des politischen Bezirkes Murau durch das Land Steiermark und den Bund;

den Antrag, Einl.-Zahl 435, der Abgeordneten Dr. Dorfer, Feldgrill, Pölzl, Dipl.-Ing. Fuchs und Ing. Stoisser, betreffend die Einführung von Jungunternehmer-Existenzgründungskrediten;

den Antrag, Einl.-Zahl 436 der Abgeordneten Schrammel, Prenner, Dr. Piaty, Lafer und Buchberger, betreffend die Regulierung der Lafnitz und Feistritz;

den Antrag, Einl.-Zahl 437, der Abgeordneten Schrammel, Jamnegg, Prof. Dr. Eichtinger, Pölzl und Seidl, betreffend die Schaffung eines Landesgehörlosenheimes;

den Antrag, Einl.-Zahl 438, der Abgeordneten Schrammel, Lafer, Prenner, Dipl.-Ing. Schaller und Trummer, betreffend die Einleitung von Sofortmaßnahmen zur Behebung der Unwetterschäden an der Raab, Lafnitz, Feistritz, Ilz, Lungitz und Saifenbach;

den Antrag, Einl.-Zahl 439, der Abgeordneten Lafer, Schrammel, Prenner und Buchberger, betreffend die Regulierung der Raab;

den Antrag, Einl.-Zahl 440, der Abgeordneten Dr. Heidinger, Prof. Dr. Eichtinger, Dipl.-Ing. Fuchs und Dipl.-Ing. Schaller, betreffend die steuerliche Begünstigung der Kunstförderung;

den Antrag, Einl.-Zahl 441, der Abgeordneten Dr. Heidinger, Dipl.-Ing. Hasiba und Koiner, betreffend die Verlängerung der Laufzeit von Darlehen aus dem Wasserwirtschaftsfonds;

den Antrag, Einl.-Zahl 442, der Abgeordneten Heidinger, Klobasa, Gratsch, Aichholzer, Zinkanell und Genossen, betreffend Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Hochwasser in der östlichen und südlichen Steiermark;

den Antrag, Einl.-Zahl 443, der Abgeordneten Sponer, Pichler, Laurich, Fellingner und Genossen, betreffend den Ausbau der Paaler Landesstraße von km 10,5 bis zur Landesgrenze;

**dem Finanz-Ausschuß:**

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 444, betreffend Grundflächeninanspruchnahme sowie teilweise Objektseinelösung von Johann Gruber für die Beseitigung einer Sichtbehinderung in der Ortsdurchfahrt Judendorf-Straßengel der Landesstraße 215;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 445, betreffend Änderung der Satzungen der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark wegen Gewährung nachrangiger grundbücherlich sicherzustellender Bardarlehen und Kredite aus Mitteln des Einlagengeschäftes;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 446, über die Zuerkennung eines außerordentlichen Versorgungsgenusses an Frau Juliane König;

**dem Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschuß:**

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 217 und zu Einl.-Zahl 353, zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Laurich, Schön, Sponer und Genossen, Einl.-Zahl 217 und zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Dr. Klauser, Laurich, Schön, Loidl und Genossen, Einl.-Zahl 353, betreffend Maßnahmen im Gebiet der mittleren Enns;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 286, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Marczik, Koiner und Pranckh, betreffend die Einbeziehung des Bezirkes Murau in die Regionalplanung Aichfeld-Murboden;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 312, zum Antrag der Abgeordneten Karrer, Brandl, Bischof, Fellingner und Genossen, betreffend die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation des Oberen Mürztales;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 313, zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Ileschitz, Pichler, Schön, Zoisl und Genossen, betreffend die beschleunigte Erstellung eines Engergieplanes;

**dem Landwirtschafts-Ausschuß:**

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 335, zum Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, Buchberger, Dipl.-Ing. Schaller, Lackner und Feldgrill, betreffend die gesetzliche Regelung der Benützung von Motorschlitten und ähnlichen Fahrzeugen;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 351, zum Antrag der Abgeordneten Laurich, Zinkanell, Brandl, Schön und Genossen, betreffend die Verabschiedung eines Naturschutzgesetzes unter Berücksichtigung des Seeuferschutzes;

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 42, Gesetz, mit dem das Grundverkehrsgesetz neuerlich abgeändert und ergänzt wird;

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 43, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Landarbeiterkammergesetz 1967 geändert wird;

#### **dem Verkehrswirtschaftlichen Ausschuß:**

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 242, zum Antrag der Abgeordneten Ileschitz, Preitler, Gratsch, Hammerl und Genossen, betreffend den Bau einer Eisenbahnunterführung im Zuge der Landstraße 216;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 447, betreffend Begleitstraßen zu Bundesschnellstraßen gemäß Bundesstraßengesetz 1971; unter Berücksichtigung der gegebenen Dringlichkeit wende ich vor Eingehen in die Tagesordnung die Sitzung unterbrechen, um dem Verkehrswirtschaftlichen Ausschuß die Möglichkeit zu geben, die erforderlichen Vorbereitungen durchzuführen;

#### **dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß:**

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 448, über den Rechenschaftsbericht der Dienststellen des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung für das Jahr 1971;

die Anzeige, Einl.-Zahl 451, des Abgeordneten Georg Hammerl gemäß Paragraph 22 des Landesverfassungsgesetzes 1960;

#### **dem Sozial-Ausschuß:**

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 336, zum Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, Dr. Piaty, Jamnegg, Pranchk und Nigl, betreffend die Einführung der Teilzeitbeschäftigung für das Pflegepersonal in den landeseigenen Krankenhäusern, Alters- und Fürsorgeheimen;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 432, betreffend die Gewährung eines Unfallversicherungsschutzes für die Angehörigen der Strahlenspür- und -meßtrupps;

#### **dem Volksbildungs-Ausschuß:**

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 375, zum Antrag der Abgeordneten Reicht, Heidinger, Laurich, Bischof und Genossen, betreffend die Gestaltung des Vorabendprogramms im ORF.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Ich stelle fest, daß dies nicht der Fall ist.

Weiters teile ich dem Hohen Haus mit, daß die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 141, zum Antrag der Abgeordneten Gross, Dr. Strenitz, Heidinger, Klobasa und Genossen, betreffend die Erstellung eines Bildungsplanes für das Bundesland Steiermark, in der Sitzung des Volksbildungs-Ausschusses am 21. Juni 1972 an die Landesregierung zurückverwiesen wurde.

Die Vorlage ist damit gegenstandslos geworden.

Eingebracht wurden heute folgende Anträge:

der Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller, Koimer, Lafer, Nigl, Feldgrill, Seidl und Dr. Dorfer, betreffend die Vorlage eines Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes;

der Antrag der Abgeordneten Trummer, Aichhofer, Lafer, Koimer, Pölzl und Seidl, betreffend die Fortsetzung und Inangriffnahme von Regulierungsarbeiten in den durch die letzten Hochwässer besonders betroffenen Flußgebieten;

der Antrag der Abgeordneten Nigl, Dipl.-Ing. Fuchs, Jamnegg und Dipl.-Ing. Hasiba, betreffend die Abänderung der Aufnahmebedingungen im Grazer Vertragsbediensteten-Gesetz;

der Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Hasiba, Dipl.-Ing. Fuchs, Jamnegg, Nigl und Haas, betreffend die Schaffung eines Industrieparks für 1000 Beschäftigte im Bereiche der Landeshauptstadt Graz;

der Antrag der Abgeordneten Lackner, Aichhofer, Marczik und Prenner, betreffend die Befreiung der Freiwilligen Feuerwehren von der Mehrwertsteuerpflicht;

der Antrag der Abgeordneten Lackner, Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, Pranchk und Trummer, betreffend den Ausbau von Gemeinde- und Güterwegen;

der Antrag der Abgeordneten Lafer, Lind, Pölzl, Prenner und Schrammel, betreffend die Befreiung der Freiwilligen Feuerwehren von der Gebührenentrichtung bei Kraftfahrzeugüberprüfungen;

der Antrag der Abgeordneten Pranchk, Ritzinger, Marczik und Koimer, betreffend die Ausbaggerung der Mur;

der Antrag der Abgeordneten Lafer, Lind, Pölzl und Schrammel, betreffend den beschleunigten Ausbau der Bundesstraße B 66;

der Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Nigl, Jamnegg, Marczik und Seidl, betreffend die Verpflichtung der Pensionsversicherungsanstalten, bei Zustellung des ersten Pensionszuerkennungsbescheides eine genaue Aufgliederung der Versicherungszeiten anzuführen;

der Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Jamnegg, Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer und Marczik, betreffend die Einführung des Berufstitels „Ingenieur“ auch für Frauen;

der Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Prof. Dr. Eichinger, Marczik und Schrammel, betreffend die Gewährung einer finanziellen Zuwendung an Hinterbliebene von freiwilligen Helfern, die bei Katastropheneinsätzen oder sonstigen Hilfeleistungen verunglückt bzw. an solche Personen, die bei vorgenannten Einsätzen erwerbsunfähig geworden sind;

der Antrag der Abgeordneten Buchberger, Pölzl, Dipl.-Ing. Schaller und Prof. Dr. Eichinger, betreffend den Ausbau der Straßennetzes im oberen Feistritztal;

der Antrag der Abgeordneten Laurich, Schön, Brandl, Fellinger und Genossen, betreffend die Übernahme der Verbindungsstraße zwischen der Eisenbundesstraße und der Landesstraße 280 im Gebiet der Gemeinde Landl als Landesstraße;

der Antrag der Abgeordneten Laurich, Schön Brandl, Fellinger und Genossen, betreffend die Übernahme der Verbindungsstraße zwischen der Erlaufalbbundesstraße (Nr. 25) und der Landesstraße 323 im Gebiet der Gemeinde Landl als Landestraße;

der Antrag der Abgeordneten Brandl, Bischof, Karrer und Laurich, betreffend die Erstellung eines Regionalplanes für das Mariazeller Gebiet;

der Antrag der Abgeordneten Sebastian, Laurich, Fellinger, Brandl, Heidinger und Genossen, betreffend die Sicherung des Zuganges zu den Erholungsräumen in der Steiermark;

der Antrag der Abgeordneten Klobasa, Heidinger, Aicholzer, Zinkanell, Preitler und Genossen, betreffend die Behebung von Hochwasserschäden im Gebiet der Gemeinde Fladnitz im Raabtal;

der Antrag der Abgeordneten Hammerl, Pichler, Schön, Laurich, Aichholzer und Genossen, betreffend die Erstellung eines Landesstraßenkonzeptes;

der Antrag der Abgeordneten Gratsch, Heidinger, Pichler, Prensberger und Genossen, betreffend den Ausbau der Aspangstrecke der ÖBB für eine Achslast von 20 Tonnen;

der Antrag der Abgeordneten Heidinger, Sebastian, Klobasa, Aichholzer und Genossen, betreffend die Instandsetzung der künftigen Bundesstraße Nr. 50 Hartberg—Oberwart.

Weiters wurde eingebracht ein Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. DR. Götz und Wimpler, betreffend die prozentuelle Abgeltung von Katastrophenschäden durch die Steiermärkische Landesregierung.

Dieser Antrag weist nur zwei Unterschriften auf. Ich stelle daher gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung die Unterstützungsfrage.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Antrag unterstützen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Diese heute eingebrachten Anträge weise ich, unter Berücksichtigung der langen Sommerpause, sogleich der Landesregierung zu.

Die schriftliche Ausfertigung an die Abgeordneten ergeht umgehend nach der heutigen Landtags-sitzung.

Eingebracht wurde weiters eine dringliche Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Fuchs, Marczik, Koiner, Dr. Heidinger, Dr. Dorfer, Jamnegg, Prof. Dr. Eichtinger und Nigl, betreffend die Erhaltung der Wirtschaftskraft und der Arbeitsplätze der steirischen Betriebe der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie, an Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl.

Diese Anfrage hat die gemäß Paragraph 58 Absatz 1 und 2 der Geschäftsordnung erforderliche Unterstützung. Wir gehen daher gleich zur Behandlung der dringlichen Anfrage über. Ich verlese den Wortlaut der dringlichen Anfrage.

Herr Landeshauptmann!

Sie haben in einer Fernsehdiskussion am Freitag, 23. Juni 1972, an der unter anderem Bundeskanzler Dr. Kreisky als Eigentümervertreter der verstaatlichten Industrie, der Landeshauptmann von Ober-

österreich, Dr. Wenzel, sowie der Präsident und Generaldirektor der OIAG teilgenommen haben, als wesentliches Interesse der Steiermärkischen Landesregierung mit aller Entschiedenheit die Sicherung der Arbeitsplätze im weitesten Sinne und die Erhaltung der Wirtschaftskraft der steirischen Betriebe der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie gefordert.

Sind Sie der Meinung, daß die bisherigen Äußerungen des Eigentümervertreters erkennen lassen, daß diesen steirischen Anliegen Rechnung getragen wird?

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Fuchs als Erstunterfertigtem das Wort zur Begründung der dringlichen Anfrage.

**Abg. Dipl.-Ing. Fuchs:** Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die steirische Öffentlichkeit würde es nicht verstehen, wenn wir uns mit einer so bedeutsamen Frage wie es die Fusion der Firmen Österreichische Alpine-Montangesellschaft mit der VOEST und der Angliederung der Schoeller-Bleckmann-Werke und der Böhlerwerke darstellt, nicht befassen würden. Sind es doch zum Teil relativ unwichtige Fragen wie das Böllerschließen, die auf der heutigen Tagesordnung stehen. Es genügt auch nicht, wenn man in diesem Zusammenhang überempfindlich nur auf die Würde dieses Hauses bedacht wäre, denn es geht hier um die Wirtschaftskraft einer Region, es geht um über 30.000 Beschäftigte und es geht um eines der ältesten steirischen Unternehmen der verstaatlichten Stahlindustrie. (Abg. Gerhard Heidinger: „Wie soll mit diesem Zettel die Wirtschaftskraft des Landes gefördert werden? Da sind Sie aber nicht ernstzunehmen!“)

Da die Österreichische Alpine-Montangesellschaft der größte Industriebetrieb in der Steiermark ist und nach den vorgelegten Konzeptentwürfen diese Eigenständigkeit verlieren soll, halte ich es für passend, wenn wir uns im besonderen Ausmaße mit den Problemen der Fusion für diesen Betrieb und mit den Auswirkungen für diese traditionsreiche Firma befassen. (Abg. Pichler: „In anständiger Weise auseinandersetzen!“)

Die Alpine-Montangesellschaft wurde am 19. Juli 1881 gegründet durch eine Zusammenführung verschiedener obersteirischer Betriebe, aber es ist vielleicht in dem Zusammenhang interessant, daß auch das Eisenwerk Eibiswald und die heutigen Waagner-Birò-Werke damals Bestandteile der Alpine waren und es wird die Damen und Herren dieses Hohen Hauses interessieren, daß auf den Gründen gegenüber von Waagner-Birò, auf denen sich heute der Konsum erhebt, einmal ein Blechwalzwerk gestanden hat. Im Jahre 1938 waren die Aktien an der Österreichischen Alpine-Montangesellschaft im Besitz des Essener Stahlwerksverbandes und mußten damals nach dem Anschluß an die Reichswerke Hermann Göring verkauft werden. Die Reichswerke Hermann Göring haben die Betriebe in der Steiermark unter dem Namen Reichswerke Hermann Göring Alpine-Montanbetriebe weitergeführt. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Darf ich eine Frage stellen, wenn Sie auch sagen würden, wie die Aktien in den Besitz der Essener

Werke gelangten!") Das ist in diesem Zusammenhang unwesentlich, Herr Landeshauptmannstellvertreter, aber wir können uns nachher darüber sehr gut unterhalten. (Abg. Zinkanell: „Daran will die ÖVP nicht erinnert werden!“ — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe. — Landesrat Peltzmann: „Ihr seid nicht bereit, sachlich zu diskutieren!“) Jedenfalls haben die Reichswerke Hermann Göring die Betriebe als Österreichische Alpine-Montanbetriebe weitergeführt und dem steirischen Betrieb den Auftrag erteilt, in Linz eine Hütte aufzubauen, es war dies der Beginn des seinerzeitigen Hüttenwerkes Linz der Reichswerke Hermann Göring Alpine-Montanbetriebe. Der damals führende Ingenieur bei diesem Unternehmen war der Herr Bergrat Dipl.-Ing. Zahlbruckner. Gleichzeitig wurden und völlig unabhängig davon in Oberösterreich die sogenannten Eisenwerke Oberrandau gegründet, die nach 1948 unter Verschmelzung der Hütte Linz der Alpine-Montangesellschaft und unter Hinzufügung des Hüttenwerkes Krems und der Hütte Liezen zu dem Betrieb VOEST wurden. Diese Trennung der Hütte Linz von der Alpine-Montangesellschaft hat sowohl bei der Alpine-Montan als auch bei dem neugegründeten Unternehmen eine ganze Reihe von Abgrenzungsproblemen in der Bilanz durch die Ausgliederung der einzelnen Vermögensteile jahrelang erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Es wurde schon damals festgelegt, daß im Zuge einer Arbeitsteilung die Alpine-Montangesellschaft auf die Blechproduktion zugunsten der VOEST zu verzichten habe. Es wurde das Eisenwerk Krieglach liquidiert und die Blechproduktion eingestellt. Das ist die Geschichte.

Heute beschäftigen die Österreichischen Alpine-Montanbetriebe in der Steiermark etwa 25.000 Menschen. Es wurden in Donawitz fast 1 Million Tonnen Roheisen erzeugt und der Erzberg, der viel besungene, auch von Ihnen und von uns allen immer wieder, fast möchte ich sagen beschützte, eiserne Brotlaib der Steiermark hat im vergangenen Jahr 4 Millionen Tonnen Erz gefördert. Die 25.000 Beschäftigten der Alpine in der Steiermark machen insgesamt ein Viertel der gesamten Industriebeschäftigten in der Steiermark aus und sind keine schlechteren Menschen als die Beschäftigten der VOEST in Linz und verdienen daher im hohen Ausmaß unsere Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Was aber eine Fusion für die in den Betrieben Beschäftigten bedeuten kann, das hat sich bereits aus einer Zeitungsmeldung von gestern ergeben. Aus der Hauptverwaltung in Wien der Alpine-Montangesellschaft, in der rund 1000 Beschäftigte Arbeit finden, wurden 150 für die neue Generaldirektion des Konzerns nach Linz angefordert. Die Frage ist, was mit den anderen geschieht, wie schaut es mit denen Aufstiegschancen aus und was geschieht mit den ganzen führenden Leuten, mit den Arbeitern und Angestellten in den steirischen Betrieben? Werden die in einer ähnlichen Form behandelt werden? Ist das die viel gerühmte Mobilität der Arbeitskräfte, die man sich wünscht und die der Präsident Benya in der Fernsehdiskussion angeschnitten hat, wenn er gesagt hat, es kann keiner fordern, daß er vom Anfang einer Berufstätigkeit

bis zum Ende im selben Betrieb Arbeit finden kann. Die Frage ist nur, müssen die teilweise nach Oberösterreich übersiedeln oder gilt das im Rahmen des steirischen Raumes? Es geht aber nicht nur um die in der Alpine Beschäftigten, es geht um den gesamten Wirtschaftsraum in der Obersteiermark. Wir haben zuviel in den vergangenen Jahren gehört von dem Industriefriedhof, in der Mürz- und Murfurche. Wir haben zuviel gehört von den sogenannten Standortnachteilen und von den technischen Fragen, die einen großen Hochofen anstelle mehrener kleiner bedingen. Wir erinnern uns sehr genau, wie wir, und ich glaube, es ist nicht einmal zwei Jahre her, hier in diesem Haus gemeinsam dafür eintreten mußten oder glaubten eintreten zu müssen, damit die VOEST ihren Abnahmeverpflichtungen gegenüber der Alpine-Montangesellschaft vom steirischen Erzberg wirklich nachkommt. Denn die VOEST war damals nicht bereit, ihre Verträge in der den Interessen des Erzberges entsprechenden Form zu erneuern.

Es geht uns nicht um eine Konfrontation mit der steirischen Sozialistischen Partei. Es geht uns aber darum, daß wir die gemeinsame Linie finden müssen und daß wir uns gemeinsam an die steirische Linie, an die Eigenständigkeit der Steiermark auch gegenüber Einflüssen aus einer Bundesregierung, die Ihnen vielleicht sehr sympathisch ist, halten müssen. In Ihrem Organ der SPO haben Sie sich zu dem ganzen Thema darüber erbaut, daß der Herr Landeshauptmann Niederl und Landeshauptmann Dr. Wenzel in der Auffassung, wie eine solche Fusion vor sich gehen solle, zu Meinungsverschiedenheiten gekommen sind. Ich darf Ihnen versichern, solche Meinungsverschiedenheiten wird es zwischen Landeshauptleuten der Österreichischen Volkspartei immer dann geben, wenn es sich um die Interessen des von ihnen zu vertretenden Landes handelt. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir wissen sehr genau, daß wir die Interessen der Steiermark vor die Parteidisziplin zu stellen haben und haben dies in den vergangenen Jahren immer wieder zum Ausdruck gebracht und bewiesen. Der Presse ist zu entnehmen, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian der vorgeschlagenen Lösung seine Zustimmung gegeben hat. Ich frage mich nur, welcher Lösung? Denn der Beschluß, in wenigen Monaten für zwei auch nach europäischen Maßstäben große Betriebe einen gemeinsamen Vorstand, bestehend aus acht Personen, zu bilden, stellt nach unserer Meinung keine Lösung dar. Was wir vermissen, ist ein Plan, wie dieses neue Konglomerat von Betrieben geführt werden soll und welche Ziele der Eigentümer damit verfolgt. Wir kennen den Böhlerplan, den VOEST-Plan, es gibt die berühmte B 17-Lösung und verschiedene Stahlgutachten; es gibt Äußerungen von allerhöchster Stelle; es gibt sehr kritische Stimmen, wie die des Herrn Professor Trenkler, die zumindest manche der technischen Argumente, die vorgebracht werden, sehr in Frage stellen.

Heute haben wir zwar keinen Plan, aber dafür eine Fusion und das soll uns als eine Lösung verkauft werden. Die Fusion kann bestenfalls im Rahmen eines Gesamtkonzeptes der österreichischen

Stahl- und Eisenindustrie ein Teil sein. Aber sie als Lösung und als die Frage, nach der alles sich zu richten hat, hinzustellen, ist unserer Meinung nach nicht ausreichend.

Ich ersuche daher den Herrn Landeshauptmann, die gestellte Frage namens der Steirischen Landesregierung zu beantworten, damit die Betroffenen, aber auch die ganze steirische Öffentlichkeit darüber informiert wird, wie die Entwicklung in der obersteirischen Industrie weitergehen wird und was sie davon zu erwarten haben.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Wechselrede zu eröffnen. (Beifall bei der OVP.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl das Wort.

**Landeshauptmann Dr. Niederl:** Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die dringliche Anfrage möchte ich folgendermaßen beantworten:

Aus dem Jahre 1969 existiert der Gesetzesauftrag, wonach innerhalb von vier Jahren die verstaatlichten Eisen- und Stahlbetriebe branchenmäßig zusammengefaßt werden und hiefür die zweckentsprechende Rechtsform zu wählen ist. So heißt es im Gesetz. Das heißt mit anderen Worten, zweieinhalb Jahre sind verstrichen. Inzwischen wurden Meinungen weitergegeben, die dazu führen, daß die Arbeiter und Angestellten um ihre Arbeitsplätze bangen. Die Steiermärkische Landesregierung hat mehrmals schriftlich und mündlich bei der Bundesregierung und der OIAG zum Ausdruck gebracht, daß durch das Gewicht der zu treffenden Entscheidungen steirische Interessen berührt werden und ohne Anhörung der gewählten Repräsentanten des Landes nicht vorgegangen werden kann. Darüberhinaus habe ich in Donawitz mit Belegschaftsvertretern eingehende Gespräche geführt. Es schien so, daß diesem Standpunkt Rechnung getragen wird, nachdem das steirische Verlangen nicht von lokalpatriotischen Erwägungen, sondern von gesamtwirtschaftlichen Interessen getragen wurde. Die Beschlüsse der OIAG auf Fusion VOEST Alpine und Angliederung der Edelstahlbetriebe — Böhler und Schoeller-Bleckmann und deren verschiedene Auslegung verliefen jedoch in eine andere Richtung. Mit Bestürzung muß von steirischer Seite festgestellt werden, daß außer dem grundsätzlichen Fusionsbeschluß nur geklärt ist, daß Alpine und VOEST im Vorstand 4 zu 4 vertreten sind und daß der Generaldirektor der VOEST ein Dirimierungsrecht hat, das heißt, über steirische Interessen sind Mehrheitsbeschlüsse möglich. Alle anderen schwierigen Fragen wurden offen gelassen und es wird eine Zeit dauern, bis Klarheit besteht. Der Herr Bundeskanzler bedauerte es selbst in der Fernsehdiskussion, daß seit dem Gesetzesauftrag so viel Zeit verloren ging. Gewerkschaftspräsident Benya meinte, daß die großen Schwierigkeiten erst kommen. Aus all dem ergibt sich, daß gegenwärtig kein fertiges industriepolitisches Konzept vorliegt, sondern daß Teilentscheidungen bekannt sind, die zwangsläufig zu weiteren Auseinandersetzungen führen werden. Die Unternehmen werden unter

dieser Entwicklung leiden und auch in ihrer Handlungsfähigkeit beschränkt werden, da Entscheidungen in die Zukunft mit Ungewisheiten belastet sind. Wir müssen daher in großer Sorge um unsere Wirtschaftskraft verlangen,

1. daß im Vorstand der neuen fusionierten Gesellschaften Alpine—VOEST auch Böhler und Schoeller-Bleckmann entsprechend vertreten sind. Eine Majorisierung jener Betriebe, die immerhin mehr als die Hälfte der Belegschaften der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie stellen, muß abgelehnt werden.

2. Die Aufgliederung der einzelnen Unternehmensbereiche bedarf einer vordringlichen Entscheidung.

3. Der Kohlenbergbau und der Bergbau überhaupt muß in der neuen Gesellschaft eingegliedert sein. Es freut uns in diesem Zusammenhang, daß erstmals neutralitätspolitische Gesichtspunkte, die von der Steiermärkischen Landesregierung immer vertreten wurden, zumindest in der Diskussion Anerkennung finden.

4. Der Sitz der Generaldirektion ist für uns ebenfalls bedeutungsvoll und auch welche Produktionen im Lande bleiben bzw. welche Produktionszweige eingerichtet werden. Es muß daher verlangt werden, daß in der Steiermark wichtige Positionen ihren Sitz erhalten, die mit entsprechenden Befugnissen ausgestattet sind, um die Handlungsfähigkeit der steirischen Betriebe zu gewährleisten. Entschieden muß dagegen aufgetreten werden, daß das neu fusionierte Unternehmen mit Ungewisheiten belastet und eine Fülle ungelöster Probleme vorhanden sind. Es muß festgestellt werden, daß außer einem Grundsatzbeschluß des OIAG-Vorstandes bisher nichts geschehen ist, weshalb der Bund als Eigentümer mit aller Dringlichkeit aufgefordert werden muß, seine Verantwortung auch der Steiermark gegenüber ernst zu nehmen. (Beifall bei der OVP.)

**Präsident:** Zu Worte gemeldet in der Wechselrede hat sich der Herr Abgeordnete Marczik. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Marczik:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Daß der Steiermärkische Landtag diesmal seine Frühjahrs-session nicht in der ruhigen und gewohnt routinemäßigen Art beschließen wird können, war auf Grund der zahlreichen sprunghaften und sehr häufig einander widersprechenden Aussagen sowie der jüngst erfolgten Beschlüsse im Zusammenhang mit unserer Schwerindustrie zu erwarten. Und auch die Erklärungen von Politikern über einzelne Details, wie etwa über den Sitz der Generaldirektion, meine Damen und Herren, der nunmehr zu fusionierenden und als Töchter anzugliedernden Betriebe lassen es uns als unbedingte Pflicht erscheinen, hierzu klar Stellung zu nehmen.

Wir alle, meine Damen und Herren, können und dürfen nicht schweigen, wenn es um die vitalsten und ureigensten Interessen unserer steirischen Industriebetriebe, wenn es um die Sicherung der Arbeitsplätze unserer steirischen Mitmenschen

geht, die es auf Grund ihres Fleißes und auf Grund ihrer oft jahrzehntelangen Arbeit in diesen Betrieben wahrlich nicht verdient haben, daß sie nun ständig aus einer Unsicherheit in die andere gestoßen werden. Die Frauen und Männer in diesen Betrieben, vor allem der Alpine, aber auch in den Töchterbetrieben wie etwa der Styria und den übrigen steirischen Betrieben, die dort ihr tägliches Brot verdienen und sehr entscheidend am Aufbau unserer Wirtschaft beteiligt waren und täglich ganze Arbeit leisten; sie sollen, meine Damen und Herren, in diesen Tagen und Wochen, vielleicht auch Monaten, jedenfalls eines wissen, daß wir als freigewählte Vertreter des Volkes uns vorbehaltlos zu ihrer berechtigten Forderung nach Sicherheit der Arbeitsplätze, zur Chancengleichheit der einzelnen Betriebe hinsichtlich Produktion, Sozialleistungen und Absatz sowie der Investitionsplanung und eventuellen Ausweitungsmöglichkeiten bekennen und für die Beachtung und Durchsetzung dieser Forderungen, meine Damen und Herren, mit aller Entschiedenheit eintreten werden. (Beifall bei der ÖVP.) Das, was uns besonders bewegt, um es sehr kurz zu formulieren, meine Damen und Herren, ist die zu fordernde absolute Gleichberechtigung der Alpine und ist die Tatsache, daß an der Roheisen- und Rohstahlerzeugung in Donawitz in der derzeitigen Kapazität nicht gerüttelt werden darf (Beifall bei der ÖVP.) An dieser unserer Solidarität, meine Damen und Herren, mit den Interessen der in diesen Industriebetrieben der Steiermark beschäftigten Frauen und Männer soll und kann uns niemand hindern, und ich möchte es namens unserer Fraktion sehr deutlich sagen, wir werden sehr wachsam sein und für die Berücksichtigung dieser steirischen Forderungen mit aller Entschiedenheit und allen zu Gebote stehenden Mitteln eintreten! Ich möchte jetzt noch sehr ernst etwas sagen: Es soll niemand glauben, wo immer er steht und gleichgültig, welchen Rang er bekleidet, daß sich die steirischen Landespolitiker in ihrer Meinung oder in ihren Reden einschränken lassen, wenn es gilt diese Interessen der steirischen Bevölkerung und der steirischen Wirtschaft zu wahren. Hier gibt es, meine Damen und Herren, kein „Schluß jetzt mit der Debatte!“, es gibt auch keinen Verweis darauf, es gäbe keine Verlängerung usw. Das meine Damen und Herren, nehmen wir nicht zur Kenntnis! Fernsehinterviews nämlich, in denen man mit drohendem Unterton meint, Landesinteressen und die Eigenständigkeit unseres Wirkens durch Machtpolitik seitens der Bundesstellen überspielen zu können, werden bei uns, meine Damen und Herren, auf berechtigten und schärfsten Widerstand stoßen. Denn eine solche Art zu argumentieren erscheint mir in einem demokratischen Staatswesen äußerst bedenklich. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Uns steirische Abgeordnete — und ich hoffe ja, daß alle Damen und Herren in diesem Hohen Hause dieser Meinung sind — möge man jedenfalls in Hinblick bei Plänen einer allfälligen Meinungsbeschränkung ausklammern, denn eine solche Rechnung ginge niemals auf. Ich muß das sagen, meine Damen und Herren, warum, weil es im Zusammenhang mit

der Frage Eisen und Stahl keine Lösung geben darf, die steirischen Interessen widerstrebt oder diese unbeachtet läßt.

Nun aber nochmals zum Fusionsbeschluß selbst. Dieser wurde — wie Sie wissen, meine Damen und Herren — nach unsicherem Herumexperimentieren grundsätzlich gefaßt. Und wer nun meinte, daß nun die für diese Betriebe so notwendige Ruhe und Ordnung einkehren würde, hatte sich gründlich getäuscht, denn nun begann das Rangeln von neuem, wie etwa über den Sitz der künftigen Generaldirektion, oder der von manchen Juristen in ihrer Konstruktion noch angezweifelten Hauptverwaltungen sowie über die äußerst schwierig zu lösenden Kompetenzverteilungen im Rahmen des künftigen Achtervorstandes, die bisher noch immer nicht geklärte Sache mit Schoeller und Böhler usw. Meine Damen und Herren, alle diese Fragen blieben ungelöst! Die Folge ist, daß erneut Unsicherheit und Unruhe bei der Belegschaft in diesen Betrieben erzeugt wurde. (Abg. Pichler: „Vom OAB!“ — Abg. Loidl: „Vom Euch!“) Die Belegschaft nämlich, die fürchtet, übergangen, überspielt und in ihrer Existenz gefährdet zu werden. Ich darf Ihnen sagen, schauen Sie, ist das ein Wunder? Meine Damen und Herren, wenn die verantwortlichen Zentralstellen zwar eine Leichtgläubigkeit erhoffen und wünschen, aber so eine Leichtgläubigkeit läßt sich nicht einfach befehlen und Erklärungen seitens des OIAG-Generals „es werde ohnedies nichts passieren“ müssen berechtigt in Zweifel gezogen werden, wenn man doch bereits in den letzten Jahren zum Ubendruß, meine Damen und Herren, Furcht und Sorge gerade um die Existenz der verstaatlichten Betriebe und hier speziell der Alpine, auszustehen hatte. Ich erinnere nur an die gemeinsamen Initiativen hier im Steiermärkischen Landtag, etwa hinsichtlich der Ausfallhaftungsübernahme seitens des Bundes für jene Kredite, die zur Realisierung des mittelfristigen Investitionsprogrammes, von dem wir hoffen und fordern, daß es Schritt um Schritt verwirklicht wird (Abg. Gross: „Beschlossen bis 1975!“), erforderlich waren, meine Damen und Herren, erinnern Sie sich doch Herr Kollege, es war ein langer und beschwerlicher Weg, bis Wien reagiert hat. Sie waren damals bei der defizitären AUA wesentlich schneller, Sie wissen das sehr genau! Es hat also sehr lange gedauert, bis hier der Startschuß gegeben werden konnte.

Meine Damen und Herren! Eines möchte ich feststellen. Man atmete damals, als die Kredite bewilligt wurden, für kurze Zeit auf. Und man hat also geglaubt, nun sei das Wesentlichste geschehen, aber bald darauf begann dann das Zick-Zack dieser einander widersprechenden, einander kollidierenden und jedenfalls nicht befriedigenden Lösungen, und jene, die sie anboten, waren meist dieselben, und daß diese Leute zunächst alle diese Lösungen als besonders gut, ja als optimal bezeichneten, um sie bald darauf wieder zu verwerfen, ja meine Damen und Herren, da braucht man sich nicht zu wundern, daß eine begründete Ungläubigkeit auf diesem Gebiet und eine berechtigte Unsicherheit seitens der in der Industrie Tätigen nach zahlreichen Beteuerungen trotzdem festzu-

stellen ist. Und dies vor allem deshalb, weil wir oftmals den Eindruck haben, daß es an jenem echten Geist und an jener Bereitschaft zur Gleichberechtigung und Koordination in manchen Teilbereichen dieser Industrie mangelt. Die Standortfrage des obersten Managementsitzes, meine Damen und Herren, ist für uns Steirer auch nicht uninteressant. Denn es ist ganz klar, würde man sich im Nachbarland so vehement für diese Frage exponieren, wenn sie nebensächlich wäre? Und ich muß schon sagen, hier hätten wir, nicht nur hier, „Kraft“ im Steirischen Landtag erhofft, sondern wir haben gehofft, daß in gewissen Gremien, wo über diese Fragen diskutiert wurde und wo wir nicht dabei waren, meine Damen und Herren, sehr entschieden für diese Steiermark und auch bezüglich des Sitzes Stellung genommen worden wäre! (Abg. Zinkanell: „Warum dieser Angriff gegen Ihren Landeshauptmann?“)

Ich möchte nur feststellen, meine Damen und Herren, das bezieht sich auf Ihren Landeshauptmannstellvertreter Sebastian, um das klar zu sagen. Und nun, meine sehr Verehrten, möchte ich Ihnen noch etwas sagen. Schauen Sie, daß es hier nicht nur finanzielle und persönliche Gründe sind, die hier diesen Sitz nach Linz dirigieren wollen, ist wohl klar und ist sehr leicht zu erraten. Dazu noch das Dirimierungsrecht für den derzeitigen VOEST-Generaldirektor und den späteren Gesamtgeneraldirektor, wie das geplant ist, ja meine Damen und Herren, daß das bei uns Steirern nicht nur Unsicherheit und Ungewißheit, sondern auch keine Freude verursacht, muß eigentlich jedem steirischen Politiker und jedem steirischen Menschen klar sein. Meine Damen und Herren, so war es auch nicht verwunderlich, daß es keine „Musik“ in den Ohren der in diesem Betrieb Beschäftigten war, wenn der Herr Bundeskanzler und andere Bundespolitiker eigentlich kurzweg erklärten, der Sitz der Generaldirektion komme nach Linz. Das mag man ebenso leicht verstehen, wie wir es andererseits für sonderbar finden, daß sich diese Herren sehr wohl nach Linz bequemen, meine Damen und Herren, und dort intern mit ihren Partiegremien Verhandlungen führten. Die anderen Couleurs haben sie ohnedies nicht hingelassen, die wurden ausgeschlossen, aber bitte sehr, das ist ja anscheinend eine neue Ordnung, moderne Österreich-Demokratie zu üben (Abg. Pichler: „So wie am Semmering!“), nicht wahr, meine Damen und Herren? Das wollte ich Ihnen also sagen! Denn, meine Damen und Herren, die Vertreter der Alpine hat man jedenfalls nur nach Bedarf nach Wien zitiert. Und sehen Sie, jetzt sage ich Ihnen etwas, hier beginnt unserer Auffassung nach jene Ungleichheit, die keinesfalls dazu führt, die an sich unbestrittene Notwendigkeit einer Eisen- und Stahllösung in den Augen der zuvorderst Betroffenen, nämlich der in dieser Industrie Beschäftigten, als gerecht und in dieser Art erstrebenswert erscheinen zu lassen. Die berechnete Sorge, meine Damen und Herren, daß hier nicht mit gleichen Chancen miteinander gearbeitet und koordiniert werden könnte, sondern daß die Gefahr einer Majorisierung echt besteht, ist — wie es derzeit aussieht — leider nicht von der Hand zu weisen!

Doch hier wird man auf engerischen Widerstand stoßen. Hier werden wir bei den ersten Anzeichen unser Veto einlegen. Der Herr Landeshauptmann hat in seiner Beantwortung kurz auf die Kohlenbergbaubetriebe hingewiesen. Ich möchte namens meiner Fraktion sagen, es sind volkswirtschaftliche, es sind neutralitätspolitische Erwägungen, und eines ist für uns klar: Wir wollen und brauchen kein Zusperrn! Auch die Leute dort haben es verdient, daß man sich sehr klar über ihre Probleme den Kopf zerbricht, wie etwa über das Problem der Energiereserven. Es gibt heute genug Beispiele in anderen Ländern. (Abg. Schön: „St. Stefan im Lavanttal!“) Herr Kollege Schön, wenn Sie mit der LAKOG anfangen, dann muß ich Ihnen sagen, es ist noch nie soviel zugesperrt worden, als jetzt in der Regierungszeit Kreiskys. (Beifall bei der OVP.) (Abg. Pichler: „Was ist mit der LAKOG? Nur keine Unterstellungen!“) Ohne, daß etwas abgebrannt ist, meine Damen und Herren! (Abg. Pichler: „Welcher Betrieb, Kollege Marczik, wurde zugesperrt?“) Ich weiß, daß das für Sie nicht sehr angenehm ist, wenn Sie merken, daß wir uns entscheidend mit diesen Fragen beschäftigen. Ich weiß, daß Sie derzeit in einer sehr unangenehmen Lage sind. Das wissen Sie selber ganz genau. (Abg. Brandl: „Sie können doch nicht solche Behauptungen aufstellen!“ — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe. — Präsident: „Meine Damen und Herren, ein Zwischenruf ist hörbar, aber ein gemischter Chor wird hier nicht verstanden!“)

Ich möchte bezüglich der Kohlenfrage noch einmal sagen. Man muß das überlegen und wenn Sie es hören wollen, dann wollen wir, daß diese Betriebe, die ein Recht darauf haben, Klarheit zu bekommen, daß diese Betriebe weiter gefördert und erhalten werden. (Abg. Pichler: „Welcher Betrieb wird zugesperrt?“) Sie haben es inzwischen bereits gehört. (Abg. Brandl: „Das ist unerhört, solche Behauptungen aufzustellen!“ — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.) Da ist etwas abgebrannt. Ich hoffe Herr Kollege Brandl — Sie sind ein sehr interessierter Mensch —, daß Sie die Zeitungsmeldungen gelesen haben, was los war. (Abg. Pichler: „Man soll nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glashaus sitzt!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Abg. Pölzl: „Warum seid Ihr denn so nervös?“) Das ist verständlich.

Meine Damen und Herren! Nochmals sei abschließend gesagt. Wir Abgeordnete der OVP fordern die Landesregierung auf, alle erforderlichen Schritte bei den zuständigen Stellen zu unternehmen, damit die Arbeitsplätze in den unter dem Gesichtspunkt der Gleichberechtigung zu fusionierenden und zu führenden Betrieben Alpine (samt Töchter)—VOEST sowie Schoeller-Bleckmann unbedingt gesichert bleiben, damit aber nicht nur die bestehenden Arbeitsplätze gesichert bleiben, sondern auch deren Anzahl erweitert wird, und damit die wirtschaftliche Potenz der Steiermark erweitert werden kann.

Eng damit ist das Schicksal des steirischen Erzberges verbunden und der dort Beschäftigten. Ich muß Ihnen sagen, die seinerzeit geäußerten Einmottungspläne haben zu einer berechtigten Allergie

unter den dort Beschäftigten geführt. Ich glaube daher, daß wir alle eines Sinnes sind, wenn nicht, wie einmal ein Politiker in diesem Hohen Haus behauptet hat, es hier zu beweisen sei, wer „der bessere Steiner“ sei. Es geht darum, daß wir alle Steirer sind und daß wir rechtzeitig und deutlich kundtun, daß wir Steirer auf unsere Mitsprache und unsere Mitbestimmung größten Wert legen! Ich sage es noch einmal abschließend. Die Interessen der steirischen Industriearbeiter und -angestellten und die wirtschaftlichen Aspekte gilt es nachhaltigst zu vertreten. Auf dem Rücken dieser Arbeiter und Angestellten dürfen keine waghalsigen und nachteiligen Experimente ausgetragen werden. Unsere Industriezentren vor allem in der Obersteiermark dürfen nicht nur kein Industriefriedhof, sie dürfen auch kein Industriekrankenhaus werden, meine Damen und Herren.

Unser Landeshauptmann hat den steirischen Standpunkt präzisiert. Wir Abgeordneten der ÖVP laden Sie ein, hier mitzutun, wir unterstreichen diese Linie und werden, wann und wo immer dies erforderlich sein sollte, mit aller Entschiedenheit dafür eintreten, daß die Zukunftschancen dieser Industriebetriebe in der Steiermark gewahrt bleiben. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete DDr. Götz. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. DDr. Alexander Götz:** Hohes Haus!

Es wird, und darüber bin ich mir im klaren, einigermaßen schwierig sein, zum Problem der künftigen Stahlunion Stellung zu nehmen, wenn wir hier nur ein sicherlich notwendiges und berechtigtes, aber im Grunde nicht unmissenes steirisches Bekenntnis ablegen. (Abg. Ritzinger: „Dann müssen die Sozialisten zuerst zeigen, was sie überhaupt wollen!“) Wenn der Herr Abgeordnete die Freundlichkeit haben würde zuzuhören, dann würde ich sehr ... (Abg. Zinkanell: „Die „Kleine Zeitung“ hat die ÖVP aufgefordert dazu!“ — Präsident: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Götz!“) Herr Präsident, ich habe Zeit, bis sich die beiden Abgeordneten unterhalten haben. Ich möchte dazu folgendes sagen. Wir haben einen Teil der geschichtlichen Entwicklung von Alpine und VOEST heute gehört. Es war komischerweise oder verständlicherweise nicht allzuviel dabei die Rede davon, daß sich von der seitherzeitigen Sektion IV über die IBV bis zur OIAG eine Verantwortlichkeit für den heutigen Zustand der österreichischen Stahlindustrie hinzieht, eine Verantwortlichkeit, über die in der Stunde auch geredet werden muß. Denn gäbe es die vier großen österreichischen Stahlbetriebe voll wettbewerbsfähig am Weltmarkt mit entsprechenden betrieblichen Gewinnen, dann würde die Frage der Fusion nicht seit über einem Jahrzehnt diskutiert werden müssen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Kreisky hat ja gesagt, daß sie mit Gewinn geführt werden!“)

Das Zweite: Ich zitiere aus einer Rede hier im Landtag, die ich im Jahre 1968 gehalten habe. Eine Rede, die sich mit den damals vorliegenden, sicher nicht unumstrittenen, aber doch immerhin beach-

tenswerten Gutachten der amerikanisch-schweizerischen Gesellschaft Allen-Booz und mit dem zweiten Gutachten der Leobner Hochschule unter Professor Trenkler beschäftigt hat. Ich rufe in Erinnerung daß diese Situation, vor der wir heute stehen, nicht gestern aufgetaucht ist, sondern beispielsweise im Jahre 1968 Allen-Booz bei der Kritik der bestehenden Stahlwerke unter anderem ausgeführt hat. Ich zitiere: „Die österreichische Stahlindustrie ist in ihrer jetzigen Form nicht lebensfähig. 2. Die meisten Stahlbetriebe arbeiten mit Verlust oder an der Verlustgrenze. 3. Die durchschnittliche Produktivität ist die niedrigste in Westeuropa. 4. Obwohl die Gesamtlage seit Jahren augenscheinlich ist, wurde in der Vergangenheit wenig unternommen oder geplant, um sie zu bessern.“ Soweit Allen-Booz.

Trenkler hat festgestellt: „Zu kleine Werkseinheiten im Wettbewerb, Konkurrenz der Werke untereinander.“ — Ich erinnere an eine Reihe von Presseberichten über die Tatsache der Konkurrenzierung der Vereinigten Österreichischen Stahlwerke und der übrigen verstaatlichten Betriebe am Weltmarkt — ungenügende Investitionen, mangelnde Koordination, ungenügender Aufwand für die Forschung. Das sind Kritikpunkte aus zwei Stahlgutachten, über deren Qualifikation Sie, meine Damen und Herren, verschiedener Meinung sein können. Nur glaube ich, das eine muß unbestritten bleiben. Ohne Grund wird es bei zwei unterschiedlichen Fachgutachten nicht zu derartigen herben Kritikformen gekommen sein.

Es ist dann eine Reihe von Vorschlägen gemacht worden, von der einen wie von der anderen Gruppe, die in einem Punkt wieder ident waren, nämlich in der Zusammenfassung der Unternehmen zu einem einzigen in AG-Form. Das, meine Damen und Herren, wollte ich deshalb in Erinnerung rufen, weil die Diskussion, was kann oder was muß heute geschehen, oder die Diskussion, was hat die OIAG seit dem Jahr 1969 eigentlich getan, weil diese Diskussion unvollständig wäre, wenn man sich nicht dieser Tatsachen erinnert. Ich möchte gar nicht daran anknüpfen, daß Freiheitliche Abgeordnete im Jahre 1957 bestenfalls ein Lächeln geerntet haben, als sie damals eine Zentralfrage von heute angeschnitten haben, nämlich Sitz der Alpine in der Steiermark. Na, das stand überhaupt nicht zur Diskussion, ja, meine Damen und Herren, dürfen wir uns heute wundern, daß die Beschäftigten in der Alpine nur sehr geringes Verständnis für die Frage ihrer Zentrale in Wien haben, daß für sie diese Frage aus diesen Gründen von untergeordneter Bedeutung ist? Und ich möchte die zweite Frage stellen. Gleichberechtigung für die steirischen Betriebe, jawohl, ich bekenne mich dazu, aber bitte sagen Sie mir eine vernünftige Alternative, wenn auf der einen Seite — und das muß man bitte über die Grenzen hinaus sagen, da kann man nicht bei der Grenze von Oberösterreich oder Grenze gegenüber Wien einen Strich machen und sagen, wir sehen nur die Steiermark und nicht die gesamtösterreichischen Wirtschaftsbelange erster Ordnung — ein ausgezeichnet funktionierendes Spitzenmanagement der VOEST die Grundlage dafür war, daß die VOEST die Alpine überrundet hat,

die bis vor kurzem über ein derartiges Management deshalb nicht verfügt hat, weil dort die Spitzenpositionen, meine Damen und Herren, nach dem alten Proporz zwischen ÖVP und SPÖ besetzt wurden. Meine Damen und Herren, wollen Sie haben, daß die steirischen Betriebe schlecht oder gut geführt werden? Wollen Sie haben, daß also die bessere Leitung auch für steirische Betriebe einen bestimmten, nämlich Vier-zu-fünf-Einfluß hat, oder wollen Sie haben, daß die VOEST vom schlechteren steirischen Management einen Weg geführt wird, den die Alpine leider gehen mußte? (Abg. Marczik: „Das ist ja unrichtig!“) Man merkt es an den Bilanzen, Herr Kollege. Als nächster Punkt darf ich sagen, alle diese Gutachten beschäftigen sich ja mit Vereinheitlichungen, beschäftigen sich mit Strukturänderungen, beschäftigen sich mit der Verlagerung der Sitze bestimmter Produktionszweige, aber, meine Damen und Herren, daß eine Vereinheitlichung, eine Koordinierung stattfinden muß, darüber, glaube ich, besteht doch nirgends ein Zweifel. Und nun frage ich Sie, wenn es in den vergangenen, man kann ruhig sagen Jahrzehnten nur die Betrachtungsweise gegeben hat, daß der Standortvorteil bestimmt wird durch kürzere oder billigere Transportwege, durch die Rohstoffvorkommen, durch das Nahverhältnis Gewinn — Verarbeitung — Veredelung, also die Dinge die gewissermaßen in klassischen Lehrbüchern der Wirtschaft zu finden sind, dann vermisse ich eine Feststellung, die wir als Steirer mit vollem Recht treffen können, daß sich doch in den letzten zehn Jahren der Standortvorteil verfügbarer Arbeitskräfte an die Spitze aller Standortvorteile emporgeturnt hat, daß heute die Frage, wo finde ich Beschäftigte, wo finde ich Arbeitnehmer für einen Betrieb, doch die Zentralfrage geworden ist und es nicht einzusehen ist, daß dieser Standortvorteil, den ganz zweifellos die Steiermark zu bringen hat, nicht die notwendige Beachtung und Berücksichtigung finden wird.

In Wirklichkeit, meine Damen und Herren, noch ein Wort zu der Neutralitätspolitik, die vor allem hinsichtlich der Bergbaubetriebe sehr angebracht ist. Auch hier wieder ein Rückblick auf nicht ausländische Gutachten, sondern ein Rückblick auf die Vorschläge, die Trenkler im Jahre 1968 gemacht hat, wo er schreibt unter dem Titel sogenannter Realplan: Zusammenfassung der Unternehmungen in AG-Form aller und Ausgliederung in dieser Zusammenfassung der Bergbaubetriebe. Ich glaube also, man wird dem Professor Trenkler von Leoben nicht unterstellen wollen oder können, daß er sich gegen den Erzberg, gegen die Kohlenbergbaubetriebe ausgesprochen hat, sondern er hat jene Sorge gehabt, die unausgesprochen auch heute hier im Raum steht, daß nämlich in einer Zusammenfassung jene Betriebe, die strukturfähig sind, von einer Gesamtunternehmensleitung in irgendeiner Form, sei es stillgelegt, abgebaut oder in anderer Form jedenfalls in ihrer zukünftigen Entwicklung beeinträchtigt sind. Und mir schiene eines noch zweckmäßig, wenn auf der einen Seite — und das begrüße ich — nun diese Bergbaubetriebe nicht ausgegliedert werden, so müßte auf der anderen Seite klar ausgesprochen werden, daß jene finanziellen Aufwendungen, die den neutralitätspolitischen Gesichtspunkten zufolge einzusetzen

sind, nicht von den Stahlbetrieben, sondern aus allgemeinen Steuermitteln seitens des Eigentümers Staat zu tragen sind. In dem Augenblick wird auch eine Stahlunion, oder wie immer sie heißen mag, in der Lage sein, eine gemeinsame Gestaltung dieser Betriebe, und zwar zum Besten der gesamten österreichischen Stahlindustrie, zuwege zu bringen.

Lassen Sie mich eines sagen, meine Damen und Herren! Wir können heute, wenn Sie wollen, nur einen Punkt sehen oder uns über zwei Punkte unterhalten. Es haben sich die Dinge an der Sitz-Frage sehr erhitzt, zu Recht, aber nur zum Teil zu Recht, denn in Wirklichkeit ist doch die Frage, was und wo wird der neue Vorstand der neuen Österreichischen Stahl-AG seine Investitionen tätigen, wo und wie wird er Strukturverbesserungen durchführen, das ist das Entscheidende, aber auch der Vorwurf an Herrn Dr. Taus, warum er diese Grundlage nicht jetzt, Jahre nach Gründung der ÖIAG vorzulegen in der Lage ist und warum wir andererseits, meine Damen und Herren, von den Fachleuten, von den Generaldirektoren völlig unterschiedliche, einander widersprechende Fachgutachten bekommen, wie Koller-Plan oder B 17-Plan, wie Plan der ÖIAG Geist und andere. Es ist ja eine Inflation an Stahlplänen, alle von Fachleuten erstellt, auf dem Markt.

Das nächste, meine Damen und Herren, ist also nicht die Frage des Standortes, es sei denn mit einer besonderen Betonung der Hauptverwaltung Leoben, denn, wenn diese neue Stahlunion ihre derzeitige Entwicklungs- und Forschungsarbeit nicht ganz erheblich ausweitet, dann fehlt die Voraussetzung der Wettbewerbsfähigkeit am Weltmarkt, und wenn wir diese Hauptverwaltung nach Leoben bekommen, dann, meine Damen und Herren, bitte ich auch das Positive zu sehen, dann haben wir wenigstens einen Teil davon in der Steiermark, während bisher ja die gesamte Zentrale der Alpine sich in Wien befunden hat und auch etwas werksfremd geworden ist. Das wollen wir nicht übersehen.

Ich möchte den Standpunkt der Freiheitlichen Abgeordneten zusammenfassen. Ich habe erwähnt, daß wir es nicht verstehen würden, den Standortvorteil verfügbarer Arbeitskräfte nicht an die Spitze der Überlegungen des neuen Unternehmens zu stellen. Wir Freiheitlichen erwarten und verlangen die Berücksichtigung dieses in Zukunft noch bedeutsameren Standortvorteiles bei Festlegung der Investitionen im Bereich der neuen Stahlunion. Wir erwarten zweitens im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Stahlindustrie auf den Weltmärkten einen raschen und erheblichen Ausbau der Hauptverwaltung Forschung und Entwicklung in Leoben, wir erwarten drittens für die strukturschwächsten Betriebe des Bergbaues eine staatliche Förderung, die aus neutralitätspolitischen Gründen notwendig und gerechtfertigt ist.

Wir erwarten viertens die Schaffung eines einheitlichen Lohn- und Gehaltsniveaus in der neuen Stahlunion auf der Ausgangsbasis der derzeitigen Lohn- und Gehalts- sowie Prämien- und Zulagen-sätze der Vereinigten Österreichischen Stahlwerke

und wir erwarten fünftens vom neuen Vorstand die volle Verantwortlichkeit für die Erhaltung der Arbeitsplätze. Lehnt der neue Vorstand diese Verantwortung ab, so ist er vom Eigentümer Staat abzuberufen. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian. Ich erteile es ihm.

**Erster Landeshauptmannstellvertreter Adalbert Sebastian:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe erst jetzt erfahren, daß es in der Regierung, und das heißt zwischen Sozialisten und ÖVP, Meinungsverschiedenheiten in dieser für die Steiermark so essentiellen Frage gibt. Ich werde den Beweis dann dafür antreten. Bei allem Respekt, Herr Landeshauptmann, vor der Funktion, die sie bekleiden, aber wenn Sie in Ihrer Funktion als Parteiohmann Dinge gesagt haben, die nicht auf die einheitliche Auffassung in der Regierung hinweisen, muß ich dies bedauern und hier richtigstellen. (Abg. Jamnegg: „Hier geht es nicht um eine Partei!“) Ich habe darauf hingewiesen, daß ich dies aus Ihren Äußerungen hier erst entnommen habe und aus der Rede des Herrn Abgeordneten Burger, auf die ich noch zurückkommen werde, weil er sich im Haus befindet, daß es Meinungsverschiedenheiten gibt.

Ich möchte mir auch erlauben, zuerst ein paar Worte über die historische Entwicklung zu sagen. Ich habe vor vielen Jahren in diesem Haus einmal, als die ÖVP noch gar nicht so ein besonderes Interesse für die verstaatlichte Industrie gezeigt hat, schon darüber gesprochen. (Landesrat Peltzmann: „Sie träumen noch vom Königreich Waldbrunner!“) Nehmen Sie das Protokoll nach der Nationalratswahl 1962 zur Hand, wo es darum ging, ob die ÖVP bereit ist zuzustimmen, daß die verstaatlichte Industrie in die Finalindustrie ausweichen kann oder nicht. Lesen Sie diese Dinge nach. Ich habe bei dieser Sitzung und bei dieser Rede dargelegt, wie überhaupt die Aktien in den Besitz des Rheinischen Stahl- und Kohlenbergbaues gekommen sind, daß dies nämlich eine Transaktion des damaligen steirischen Industriellenbundes und der Heimwehren mit Herrn Castegioni war zum Waffenkauf und so sind diese Aktien in den deutschen Besitz gekommen. (Unverständliche Zwischenrufe.) Ich habe damals berichtet, daß, wenn diese Transaktion nicht erfolgt wäre, es nicht möglich gewesen wäre, der deutschen Reichsregierung im Jahre 1937 zu sagen, ein Auftrag, den die Alpine von Rußland bekommen hat, muß storniert werden. Der Hochofen, den Schuschnig angeblasen hat und der zu Ihnen gehörige heute noch lebende Landeshauptmann Stepan war in Donawitz und wir haben uns gefreut, daß es endlich Brot und Arbeit gibt, dieser Hochofen mußte 14 Tage später ausgeblasen werden, weil der Auftrag storniert wurde. (Abg. Ritzinger: „Was hat das mit der Eisen- und Stahlfrage zu tun?“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Zwischenruf von der SPÖ: „Das war eure Schuld!“ — Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Ich war damals zwei Jahre alt, wollen Sie uns jetzt für diese Dinge verantwortlich ma-

chen?“) Ich bin sehr froh, meine Damen und Herren, daß Betriebsräte hier sitzen. Ich habe über die historische Entwicklung gesprochen, vollkommen ohne Reminiszenzen. (Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: „Wozu dann die Polemik!“) Sie haben früher gesagt, wieso unsere Leute nervös sind. Wenn Sie sagen, Sie waren zwei Jahre alt, als Begründung, dann gibt es keinen Grund zur Aufregung.

Der Herr Abgeordnete Fuchs hat begonnen 1881 und hat dann in der Geschichte einen großen Sprung gemacht und ich habe diese Geschichte ergänzt. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Piaty: „Wann beschäftigen Sie sich mit dem jetzigen Problem?“)

Nun, meine Damen und Herren, jetzt gehen wir zum jetzigen Problem. Ich würde sagen, lesen Sie das Protokoll vom 11. November, als wir geredet haben über Investitionen, wo Sie gesagt haben, es handelt sich um Industrie und Gewerbe, man muß sehr vorsichtig sein. Aber der Punkt scheint so wichtig, daß wir uns hier unterhalten. Dasselbe trifft heute zu. Sie gehören zu denen, die sagen, die Wirtschaft hat ihre Eigengesetzlichkeit und die öffentliche Hand soll sich möglichst wenig darum kümmern. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist eine Unterstellung! Wann soll ich das so gesagt haben, wie Sie es eben formuliert haben?“) Nur dann, wenn es schlecht geht, kommt die ÖVP. Der Kampf oder die Auseinandersetzung, um die es jetzt geht, muß ich sagen wie der Abgeordnete Götz, das ist nicht neu. Mag sein, daß es für einige von Ihnen neu ist. Da hinten sitzen Betriebsräte, die nach dem Krieg mit mir zugleich angefangen haben und jedes der Worte überprüfen können, die ich hier sage und die mit uns gemeinsam bei mancher gegenteiligen Auffassung für diese Betriebe gekämpft und gerauft haben. Daher bin ich sehr verwundert über die Äußerungen des Herrn Abg. Burger; ich werde auf das Gespräch noch zurückkommen. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Haben Sie Geduld, meine Damen und Herren. Die Auseinandersetzung, ob in Donawitz Stahl produziert werden soll, hat 1946 schon begonnen. Damals ist man schon auf dem Standpunkt gestanden, wir brauchen das nicht, in Linz sind große Hochofen, wir können das dort tun. In gemeinsamer Front haben wir das abgewehrt und die VOEST hat damals einen Hochofen nach Schweden verkauft und wir haben unseren Stahl produziert. Dann ist die Holding geschaffen worden. (Zwischenruf von der ÖVP: „Nicht von uns!“) Ich muß das sagen, weil jetzt die Holding als die Krone der Weisheit gepriesen wird. Unter dieser Holding hat jedes Unternehmen getan, was er wollte. Wir hatten den nächsten Krieg mit der VOEST, als es galt, den Stahlplan zu verwirklichen, also die Produktionszuteilung an die Unternehmungen neu vorzunehmen, etwas, was nach der Fusion genauso schwer sein wird, als es damals schon gewesen ist. Auch das konnte damals geregelt werden. Nachdem es nie möglich war unter dieser Holding, die Vorstände in den Griff zu bekommen, daß sie das, was notwendig ist, tun, daß sie sich nicht gegenseitig konkurrenzieren, Lagerhaltung, Verkauf am Weltmarkt usw., hat die ÖVP nach ihrem Wahlerfolg 1956 ge-

sagt: „Jetzt ist Schluß, die Holding ist nichts, jetzt machen wir die Industrie- und Bergbauverwaltung, die wird die Betriebe jetzt in den Griff bekommen. Geschehen ist gar nichts, außer daß man den § 4 geändert hat. Es war vorher möglich, daß Wohnbaumittel vom Betrieb zur Verfügung gestellt werden konnten und dann nicht mehr.“

1959 hat sich die Situation wieder geändert, die IBV ist aufgelöst worden und man hat für die verstaatlichte Industrie eine Sektion IV und eine Sektion V gegründet und 1962 — wie ich schon sagte — ist aus dem Vierzehner-Ausschuß, der bestanden hat, ein Fünfzehner-Ausschuß geworden, wo Ihr Generalsekretär Withalm hineingekommen ist. Dieser Ausschuß sollte die jetzt in Angriff genommenen Probleme lösen. Geschehen ist nichts. (Unverständliche Zwischenrufe.) Aber meine Herren, was haben Sie? Ich zeige hier eine historische Entwicklung auf, warum es zu dem Zustand gekommen ist und Sie schreien jetzt wieder. Na ja, ich habe doch nie bestritten, daß das die Koalition gemacht hat. Ich sage, so war es. Man hat gesagt (Abg. Marczik: „Warum haben Sie nicht von der Pittermann-Ara gesprochen? Die haben Sie in Ihrem geschichtlichen Rückblick vergessen!“) Herr Pittermann, natürlich, aber auch die Industrie und die Bergbauverwaltung hat versagt, die Holding hat versagt, die Sektion IV und V hat also versagt wie wir jetzt feststellen, der Herr Pittermann und der Herr Withalm, weil die waren im Fünfzehner-Ausschuß, haben versagt. 1962 sagte ich Ihnen schon, damals haben sich die Parteienverhandlungen ja bis 1963 hingezogen, ist also auch diese Frage nicht geregelt worden mit Ausnahme des Passus in dem Koalitionsabkommen, Herr Kollege, daß die Verstaatlichte, das, was sie bis jetzt schon macht auf dem Finalsektor, wird zur Kenntnis genommen, aber keine Ausweitung; ich habe damals hier in diesem Hause gesagt, wenn man sich zur Verstaatlichten bekennt, meine Damen und Herren, dann muß man ihr die gleichen Chancen einräumen wie jedem privaten Unternehmen, nämlich, daß sie sich marktorientiert verhält in der Produktion und daß sie ihr Kapital aufnehmen kann, wann und wo sie will und wann sie es braucht. Weil die VOEST ein potentes Unternehmen war und ich möchte jetzt nicht — und das sage ich hier, so wie ich es im Bundeskanzleramt gesagt habe, Herr Landeshauptmann —, daß bei der ganzen Diskussion nämlich noch mehr Porzellan zerbrechen wird und die Alpine diskriminiert wird und diskreditiert auf dem Markt, daß man immer sagt, na ja, wenn sie nicht so schlecht wäre, dann hätte sie etwas mehr mitbestimmen können. Der Herr Kollege Peltzmann hat bei der Diskussion 1970 gesagt: „Ein schlechtes Management haben sie.“ (Landesrat Peltzmann: „Zu dem stehe ich noch.“) Ich habe es auch gewußt, aber ich habe es nicht gesagt. Ich freue mich darüber, denn es waren ja Ihre Generaldirektoren. Sie haben sich nach dem Vertrag gehalten und keine Finalindustrie errichtet. (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten.) Ja in Linz, die haben es zu was gebracht, ich kann Ihnen nicht helfen. Aber, ich muß also sagen, meine Damen und Herren, wir würden als Steirer schlecht beraten sein, wenn wir diese Betriebe jetzt als arm hinstellen

würden, denn da machen wir ja noch mehr Fehler, daß die sagen, ja was wollt ihr denn, die sind eh arm, die Leute sagen das ja selber, sondern ich habe das bei der Diskussion auch im Bundeskanzleramt gesagt. Wenn man darüber redet, warum die Alpine so dasteht, was war die Ursache? Die Ursache war, ich habe auch das hier wiederholt gesagt, daß wir den Inlandsmarkt beliefern mußten zu 80 Prozent, nicht ins Ausland konnten, wo wir für unsere Produkte oft das Dreifache bekommen hätten. Das war das eine. Wir mußten diese 80 Prozent, die wir auf den Inlandsmarkt geliefert haben, zu Dumpingpreisen manches Mal verkaufen, wo sich manche private Wirtschaft dadurch einen Erfolg erarbeiten konnte. Ich habe noch unter Lebzeiten des Herrn Generaldirektors Oberegger, mit dem ich wahrlich in meinem Leben viel gestritten habe, hier gesagt, 6 Milliarden Schilling hat die Alpine so der österreichischen Wirtschaft zur Verfügung gestellt. Mittlerweile sind es 8 Milliarden geworden. Es ist im Interesse des Aufbaues der Wirtschaft geschehen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: Und auch der in der Wirtschaft Beschäftigten.“) Ja, Herr Kollege, warum sind Sie bei diesen Feststellungen so kritisch? (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Ich muß Sie nur ergänzen, weil Sie immer etwas vergessen!“) Es hat die private Wirtschaft dabei den Vorteil gehabt (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Und die dort Beschäftigten!“), weil sie dieses Material beziehen konnte. Und wenn Sie wollen, können Sie sagen, jawohl die Beschäftigten, ich trenne das ja nicht, ich trenne nicht Kapital und Arbeitskraft, also was wollen Sie? (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Dann sind wir einer Meinung!“) Und es sind bisher mindestens 8 Milliarden geworden, die die Alpine gegeben hat. Jetzt wäre es nimmermehr notwendig, in der Aufbauphase war es notwendig. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Meine Damen und Herren, dazu hat die Alpine den Erzbergbau mitgeschleppt unter schwierigen Konkurrenzbedingungen (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Weil die VOEST nichts abnehmen wollte!“), jetzt ist er rationalisiert. (Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Moment, ich komme auf alles, Herr Kollege, wenn Ihnen die Anfragen so wichtig sind, dann hoffe ich, daß Sie die Geduld aufbringen, das alles zu hören, oder es ist nicht so wichtig. Aber bitte, ich habe ja Zeit, Sie haben ja Angst, daß es zu lange dauert. Ich stelle hier also mit Nachdruck fest, daß der Erzbergbau jetzt aktiv ist und rationalisiert ist. Es ist nur für das Gemeinwesen dort für Eisenerz und für das Gebiet, etwas schlimm, weil mit weniger Leuten mehr Erz gebrochen wird als je zuvor und es darum geht, das Gemeinwesen, die Leute dort zu erhalten. Ich stelle weiters fest, daß die Frage des Kohlenbergbaues oft und oft hier diskutiert wurde und je nachdem, wer zuständig war, hat man versucht, den Schwarzen Peter dem einen oder anderen zuzuschieben. Bis wir uns dann am 31. Oktober 1967 darauf geeinigt haben und nicht unser Herr Landeshauptmann Niederl und sonst wer war's mit der Neutralität, sondern der sozialistische Landtagsantrag war es, wo wir gesagt haben, aus neutralitätspolitischen und wehrwirtschaftlichen Gründen müßte einmal darauf Bedacht genommen werden. Und wir haben weiters hier als Sozialisten seinerzeit den Antrag eingebracht, unter

der OVP-Regierung, auf Gleichbehandlung des Erztransportes, nicht daß die VOEST ihr Erz nach dem Wasserweg, ohne Verkehrssteuern zu bezahlen, transportiert, und wir müssen für unser Erz, das wir vom Hüttenberg herausführen, Transportsteuer bezahlen. Auch das haben wir verlangt. Daher muß ich also sagen, war die Alpine, abgesehen jetzt vom Management, das bereit war, sich diesen wirtschaftlich unsinnigen parteipolitischen Bindungen zu unterwerfen zum Gegensatz der VOEST, hat es also diese Bremse gegeben und dann sind die Auflagen gegeben. Aber es sind die Unternehmungen gut und wenn die Alpine so sich am Weltmarkt hätte orientieren können, dann hätte sie auch das Barkapital gehabt oder die Güte und Qualität, um Geld aufnehmen zu können und nicht immer beim Staat anzuklopfen, wenn sie eine Anleihe aufnehmen mußte. Ich glaube also, daß man diese historischen Dinge sehen muß. Und nun sollen die entstehenden Probleme in Angriff genommen werden, jetzt wird gesagt, dies ist ja unmöglich — selbst jene, die in Reden und Zeitungsartikeln immer gefordert haben, es müsse etwas geschehen, ehe es zu spät ist, sind jetzt dagegen. Ich erinnere an die Diskussion und es ist heute schon darüber geredet worden, als die Gutachten vorgelegt wurden und jetzt geschieht also was, meine Damen und Herren, es geschieht eine Fusionierung und wir werden beim Zusammenfassen dieses Unternehmens in der Weltrangliste der Stahlproduzierenden an der 10. Stelle liegen. In der Produktion liegen wir allerdings an der 20. Und jeder, der also von der Wirtschaft einiges versteht, wird die Diskrepanz, die alleine darin liegt, sehen, daß wir nach der Größenordnung wohl an der 10., in der Produktion aber an der 20. Stelle liegen. Das heißt also, daß diese neugeschaffene Organisation wesentliche Rationalisierungsmaßnahmen, Produktionsabsprachen und weiß ich, was alles da drinnen liegen wird, vornehmen wird müssen. (Landesrat Peltzmann: „Auf Kosten der Steiermark!“)

Meine Damen und Herren! Ich nehme, damit Sie also hier sich Ihre Zwischenrufe ersparen, mal vorweg, es ist eine Unterstellung, daß etwas auf Kosten der Steiermark geht, hierfür gibt es keinen Beweis.

Der jetzige Generaldirektor war nicht bereit, sein Unternehmen der Alpine anzubieten, sondern der VOEST. Es war die Alpine nicht in der Lage, Liezen zu übernehmen, um das wir gerungen haben und die VOEST hat Liezen ausgebaut, obwohl der Sitz in Linz ist, sind über 1000 Menschen beschäftigt. Der Herr Kollege Niederl war bei der Stadterhebungsfeier in Liezen, bei welcher der Generaldirektor den Neubau einer Maschinenhalle mit Maschinenbau in Liezen angekündigt hat. Das sind immerhin Leistungen für die Steiermark. Ich möchte nicht a priori jemandem etwas unterstellen, ohne nicht gleichzeitig zu sagen, gewisse Schwierigkeiten wird es geben. Wenn man etwas tun will und 20 Jahre sich einig ist und geschimpft hat, daß nichts geschieht und die OVP Anfragen im Parlament gestellt hat, „Was tut der Herr Bundeskanzler, wann wird fusioniert?“ Es ist letztlich das OIAG-Gesetz gegen unsere Stimmen beschlossen worden, das zwingend dem Eigentümer die

Fusionierung auferlegt. (Landesrat Peltzmann: „Die Fusionierung nicht!“) Die branchenweise Zusammenfassung.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich folgendes sagen. Wir haben am 10. November 1970, als es um die Investition für die Alpine ging, hier lange debattiert. Auch damals war der Abgeordnete Fuchs der Einbegleiter und hat die Anfrage an den Landeshauptmann gestellt. Der Landeshauptmann, da sind wir uns einig, war eine Persönlichkeit und ich habe wiederholt darauf hingewiesen, daß er immer das Gute für die Steiermark im Auge hat. Darüber gibt es keine Meinungsverschiedenheit. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Darum sind wir froh, daß wir wieder eine Persönlichkeit haben!“) Ich habe nicht gesagt, daß er keine Persönlichkeit ist. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Ihre Taktik kennen wir!“) Ich muß Ihnen das sagen, weil ich eine Rede zu diesem Problem vom Herrn Landeshauptmann Krainer zitiere, der die Tragweite erkannt hat. Der Herr Landeshauptmann Krainer hat in dieser Diskussion am 10. November 1970, 7. Sitzung des Landtages, VII. Periode, Seite 67, folgendes gesagt: „Jeder Verantwortliche weiß, was Standort heißt. Wir wissen auch, was Wasserwege bedeuten. Aber wenn man sinnvoll kooperieren und rationalisieren will, dann muß man den Mut haben, anstelle von Roh-eisenerzeugung bei reduziertem Erzbergbau die freigesetzten Arbeiter in einer anderen Weise zu beschäftigen und zwar beim Maschinenbau und im Stahlbau.“ Wortwörtlich nachzulesen, meine Damen und Herren. (Landesrat Peltzmann: „Zu dem bekennen wir uns ja!“)

Meine Damen und Herren, ich lese den Schluß. Hier heißt es: „Daher wollen wir heute den einheitlichen Willen zum Ausdruck bringen von der Regierung und dem Landtag für unsere Alpine, für die dort beschäftigten Menschen die gehörige Wahrnehmung volkswirtschaftlicher Interessen und nicht eine Philosophie, die in Wirklichkeit unserer sozialen Leistungsgesellschaft nicht entspricht“. Daran knüpfe ich an, daß wir uns einig gewesen sind in dieser Frage und daß nichts da steht von der immerwährenden Stahlerzeugung, die ich zwar vertrete — aber Sie haben Bravo geklatscht.

Es ging also darum, die Arbeitsplätze zu erhalten, wohlwissend, daß nicht immer die vorgegebene Produktion das entscheidende ist. Um die Arbeitsplätze geht es.

Jetzt zu den Arbeitsplätzen. Wir haben dann, meine Damen und Herren, am 19. Juni 1972 in der Landesregierung, nachdem die „Oberösterreichischen Nachrichten“ diese Abstimmung gebracht haben, über meinen Antrag, das stelle ich ganz konkret fest, außerhalb der Tagesordnung, weil ich gesagt habe — ich bin der Meinung, die steirische Landesregierung muß sich rühren, wenn die Oberösterreicher solche Dinge machen —, beschlossen:

1. geht es uns primär um die Erhaltung der Arbeitsplätze, um deren Ausbau und Rationalisierung und um die Produktionsfähigkeit für die Zukunft. Es hat keine Meinungsverschiedenheiten gegeben.

2. Die Frage der Gestion. Wir waren uns einig in der Landesregierung, daß die Gestion des Unter-

nehmens eine sekundäre Frage ist, daß das nicht so entscheidend ist, denn wichtig ist für uns der Punkt, zu dem wir uns damals bekannt haben.

Das Dritte war, daß wir gesagt haben, die Sitzfrage dieser Generaldirektion. Wir waren in der Steiermark immer schon benachteiligt, haben es immer für unglücklich gehalten und der Herr Landeshauptmann weiß, daß es Gespräche und Briefverkehr gegeben hat. Da komme ich auf die Mobilität, Herr Abgeordneter Fuchs, weil Sie sagen, na ja, was ist da sozial, da müssen 200 Leute eventuell fahren. Entschuldigen Sie, ich möchte es Ihnen nicht unterstellen, daß Sie es gesagt haben. (Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Fuchs.) Wir haben in der Steiermärkischen Landesregierung einen Beschluß gefaßt, daß wir, falls die Alpine die Generaldirektion in die Steiermark verlegen würde, ihr alle Unterstützung zuteil lassen würden, um 600 Wohnungen in Leoben zu bauen. Auch dies hätte einen Eingriff bedeutet und ich bin davon überzeugt, wie immer die Sitzfrage gelöst wird, viele werden es auf keinen Fall sein. (Landesrat Peltzmann: „Der Beschluß wurde aber auf Antrag des Landeshauptmannes Dr. Niederl gefaßt! Es schaut so aus, als ob die ÖVP keine Mehrheit hätte in der Regierung!“) Herr Kollege, wenn Sie hier die Geschichte wissen wollen. Ihr habt es mit uns gemeinsam beschlossen, aber ihr seid mehr. Ich bin mit der Zusatzfrage noch nicht fertig. Dazu möchte ich sagen, auch hier habe ich mit Stefflitsch und mit Fabricius verhandelt und als Ergebnis dieser Verhandlungen ist der Brief an den Herrn Landeshauptmann geschrieben worden. Aber in der Sitzfrage waren wir uns in der Regierung einig, daß sie tertiäre Bedeutung hat. Wir haben gesagt, eine Lösung läge darin, daß man sagt, die Generaldirektion mit einem möglichst kleinen Stab in Wien und regionale Zuteilung von Aufgaben den Unternehmungen.

Ich habe gesagt, bei allem Respekt vor der Funktion des Landeshauptmannes, aber ich hätte zumindest erwartet, daß Sie in Ihrem Klub diese Dinge gesagt hätten. Zur Krönung, meine Damen und Herren. Als wir diese einhellige Auffassung beschlossen hatten und nachdem sich nach unserer Geschäftsordnung in der Regierung außer der Tagesordnung nur der zu Wort melden darf, der sich hier vorher meldet, hat dann, als wir den Beschluß schon formuliert hatten, der Herr Landesrat Dr. Krainer gesagt — ich muß das sagen, weil ich zumindest von Ihnen soviel Fairneß erwartet hätte —, ob er doch noch reden dürfe, obwohl er sich nicht zu Wort gemeldet hat. Er hat wiederholt gemeint, man sollte doch den Beschluß nicht fassen, der ist unglücklich und ihm wurde vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter als ÖAAB-Obmann dabei sekundiert. Der Landeshauptmann Niederl hat gesagt: „Nein, wir haben es beschlossen, bei dem bleiben wir.“ (Präsident: Entschuldigen Sie, ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie Ihre Redezeit schon um 50 Prozent überschritten haben.) Ich bitte, daß das festgehalten wird. (Landesrat Dr. Krainer: „Das ist doch eine völlig falsche Darstellung!“ — Zahlreiche weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Zum Schluß komme ich zum Abgeordneten Burger, weil er sich im Haus befindet. Ich stelle hier fest, daß es eine Unwahrheit ist, was Sie in Ihrem Interview gesagt haben. Ich stelle meine Immunität sofort zur Verfügung, denn es müssen die Tonbänder und die Filmaufzeichnungen noch vorhanden sein.

Ich habe mich bemüht, meine Damen und Herren, die Dinge möglichst sachlich darzulegen. Ich habe erst jetzt erfahren, daß es Meinungsverschiedenheiten gibt. Denn am Montag sind wir nach der gemeinsamen Beschlußfassung in voller Übereinstimmung auseinandergegangen. Außerdem hat es weder in der Sitzung beim Bundeskanzler beim ersten Mal noch beim zweiten Mal eine Meinungsverschiedenheit mit dem Herrn Landeshauptmann gegeben. Im Gegenteil, ich konnte dort sagen — weil Cettel und Maurer nicht einer Meinung waren —, daß trotz der Schwierigkeit des Problems zwischen uns keine Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ich hoffe und ich bin froh, daß die Betriebsräte des Unternehmens die Entwicklung miterleben konnten und gehört haben und sich davon überzeugt haben, was wahr ist.

**Präsident:** Zu Worte gemeldet hat sich zur Geschäftsordnung der Herr Abgeordnete Nigl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Nigl:** Ich habe mich zur Geschäftsordnung deswegen gemeldet, weil der Herr Landeshauptmannstellvertreter die Geschäftsordnung der Regierung zitiert hat. Es muß ihm als Abgeordneter des Hohen Hauses auch bekannt sein, daß bei der Wechselrede zum dringlichen Antrag für jeden Redner die Redezeit mit 20 Minuten beschränkt ist. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Die Zwischenrufe sind eingerechnet worden!“)

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Landesrat Dr. Krainer zur tatsächlichen Berichtigung.

**Landesrat Dr. Krainer:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zur tatsächlichen Berichtigung zu Worte gemeldet und, Herr Landeshauptmannstellvertreter, so wie wir Ihnen heute zugehört haben über die geschäftsordnungsmäßige Zeit hinaus, so haben Sie uns in der Regierung die Möglichkeit gegeben, außerordentlich das Wort zu ergreifen. Es ist ausschließlich um die Frage der Umformulierung des Kommunikés gegangen und der Herr Landesrat Dr. Klausner hat, weil es um das Wort „daher“ ging, sehr zustimmend diese Wünsche aufgenommen und wir haben das Kommuniké gemeinsam umformuliert. Das und nichts anderes ist in dieser Regierungssitzung geschehen. (Zwischenrufe von der ÖVP: „Ah, so war das, das ist sehr interessant!“ — Abg. Zinkanell: „Was steht in dem Kommuniké?“) Nichts anderes, weil ich damals gesagt habe, es handle sich um eine Lebensfrage der steirischen Industrie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, haben Sie gemeint, spielen Sie die Dinge nicht hoch. Das und nichts anderes ist geschehen.

**Präsident:** Ich erteile nochmals Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Sebastian das Wort.

**Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian:**

Das ist ja sehr interessant, ich hätte sehr vieles gerade von Ihnen, Herr Kollege, an Fairneß erwartet, wenn Sie den Antrag gestellt hätten, und darum geht es, daß einmal in Erkenntnis der Wichtigkeit dieser Frage ich den Antrag gestellt habe, und die Formulierung des „daher“, da verwechseln Sie den letzten Montag, mein Bester. Mit dem „daher“, schauen Sie, worum ist es gegangen, Sorge, es ist ja auch nicht schlecht, ich wehre mich nur dagegen, wenn also Dinge anders dargestellt werden, als sie sind. Schauen Sie, worum ist es damals gegangen, Sie haben Sorge gehabt wegen des Konfliktes mit Oberösterreich. Die Oberösterreicher haben sich festgelegt gehabt und daher, es war bei der Sitzfrage, wo wir debattiert haben und wo Sie dann doch noch einmal gemeint haben, man solle das nicht tun. (Abg. Marczik: „Das ist doch keine Wortmeldung zur Geschäftsordnung!“) Ich sage noch einmal, ich hätte diese Dinge gar nicht gesagt, wenn man nicht heute — und das müßten Sie fairerweise tun — sagen würde, daß es nie, nie bis zur Montagsitzung eine Meinungsverschiedenheit zwischen uns in der Frage gegeben hat. Das hätte ich erwartet von Ihnen.

**Präsident:** Zu Worte gemeldet hat sich Herr Präsident Ileschitz. Ich erteile ihm das Wort.

**Präsident Ileschitz:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Verschiedene meiner Vorredner sind zum Teil in sachlicher, zum Teil in emotioneller Form auf die Konzentration der verstaatlichten Industrie eingegangen. Es hat Berichtigungen gegeben (Abg. Pözl: „Falsche Berichtigungen!“), die zum Teil sachlich richtig waren, was ich auch anerkenne. Wenn man aber über die geschichtliche Entwicklung eines Unternehmens, wie der OAMG, spricht, dann soll man nicht ein ganzes Jahrzehnt überspringen, und zwar ein sehr entscheidendes Jahrzehnt, nur deshalb, weil es für Sie ein sehr unangenehmes Kapitel darstellt. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Für mich nicht! Ich bin 1932 geboren und verwahre mich dagegen, daß Sie mich damit belasten!“)

Für Sie persönlich nicht, weil Sie zu jung waren, das ist richtig. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist doch nicht wahr, was Sie gesagt haben, das ist eine Verleumdung!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Sie, Herr Ingenieur, wissen das, aber wenn man Ihnen schon eine geschichtliche Entwicklung erstellt oder in schriftlicher Form übergibt und Sie dies zitieren, dann überprüfen Sie das, ob es auch richtig ist. So wenig wie ich waren auch Sie im Jahr 1881 bei der Gründung der Österreichischen Alpine Montangesellschaft auf der Welt. (Unverständliche Zwischenrufe.) Ich warte, ich habe ja Zeit. (Unverständliche Zwischenrufe von allen Seiten.)

Sie haben also berichtet, Begründung der Österreichischen Alpine Montangesellschaft im Jahre 1881 bis zu jenen unseligen Dreißigerjahren, in denen die OAMG Donawitz ohne Aufträge praktisch darnieder gelegen ist und an Italien ver-

schachert wurde. Sie setzten fort mit jener Zeit, als Österreich zu bestehen aufgehört hatte, und gerade um diese Zeit geht es uns. Sie war die schlechteste, die schwärzeste Krisenzeit, die die OAMG überhaupt mitzumachen hatte. Dies zu berichten hatten Sie vergessen. Es ist richtig, daß Sie diese Zeit nicht bewußt erlebt und auch nicht zu verantworten haben, wohl aber Ihre Vorgänger, die aus begreiflichen Gründen diese Information unterließen.

Meine Damen und Herren, das mußte klargestellt werden. Es ist nunmehr klargestellt und nun kann ich mich auch mit der Materie näher beschäftigen. Wir haben jedenfalls — und das steht fest — durch das Verstaatlichungsgesetz im Jahre 1946 die Verstaatlichung der österreichischen Grundstoffindustrie und verschiedener anderer durchgeführt und damit gemeinsam den Wunsch und den Willen zum Ausdruck gebracht, daß die österreichische Eisen- und Stahlindustrie nie wieder in jene Situation kommen soll, in der sie sich eben vorher schon befunden hat. Unsere Aufgabe ist es, heute genauso für diese verstaatlichte Eisen- und Stahlindustrie einzutreten, wie wir es bisher getan haben, vielleicht sogar noch etwas mehr. Ebenso ist es unsere Aufgabe, und das betone ich bei allem österreichischen Denken, daß uns letztlich das steirische Hemd näher als der gesamtösterreichische Rock sein muß. Ich treffe diese Feststellung auch deshalb, weil Ausführungen von Vorrednern dahin zielen, als würden gerade die Sozialisten in diesem Landtag nicht bereit sein, einen steirischen Standpunkt zu vertreten oder gar, und es klang diese Unterstellung heraus, als wollten wir uns gegen den größten steirischen Betrieb, die Hütte Donawitz stellen. (Landesrat Peltzmann: „Aber Herr Präsident, wer war denn 23 Jahre verantwortlich für die verstaatlichte Industrie?“)

Ich möchte dies nur klar und deutlich zum Ausdruck bringen, damit niemand unsere Lauterkeit, unser Stehen zur verstaatlichten Idee, unseren guten Willen und unsere Kampfbereitschaft anzweifeln kann.

Wenn es dann, lieber Herr Landesrat, zu verschiedenen Entwicklungsphasen seit 1946 bei der Alpine gekommen ist, dann darf ich feststellen, daß dies letzten Endes nach dem österreichischen Recht geschah. Verantwortlich für das Unternehmen ist nach dem österreichischen Recht — Aktienrecht — der Vorstand bzw. der jeweilige Generaldirektor des Unternehmens.

Na und wenn schon (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Wer stellt den?“), wer? Gemeinsam wurde bestellt. Es wurde heute ja auch schon davon gesprochen, wer bestellt, das ist richtig. Zuerst gemeinsam in der Koalition, allerdings mit OVP-Mehrheit, dann von Ihnen allein in der OVP-Alleinregierung, aber bestellt wurden die Vorstände, und nun meine Damen und Herren, müssen wir auf das zurückkommen, was auch der Herr Abgeordnete und Bürgermeister Dr. Götz gesagt hat. Die Führungsspitze der VOEST war nun einmal aktiver und dynamischer als zum Beispiel die Generaldirektoren der Österreichischen Alpine Montangesellschaft. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Und was ist bei Schoeller-Bleckmann?“) Über

diese Generaldirektoren brauche ich wohl nicht allzuviel sagen, Sie kennen sie ja, Oberegger, Roth Fitzinger usw. Ich stimme daher dem Werturteil des Herrn Abgeordneten Dr. Götz zu.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollten ja grundsätzlich zur Frage des Überlebens der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie sprechen.

Es ist, so nehme ich an, bekannt, daß die österreichische Eisen- und Stahlindustrie ohne Fusionierung den 36. Platz in der Weltrangliste der Stahl produzierenden Länder einnimmt. Bei einer Fusion aller österreichischen Eisen- und Stahl produzierenden Unternehmungen würden wir als kleines Land in der Wertung den 10. Rang erreichen. Für uns also ein gewaltiger Schritt nach vorwärts. Wir wissen, daß die Kapazität der EWG-Länder — Montan-Union — an jährlicher Stahlproduktion bei 130 Millionen Tonnen liegt und diese Unternehmungen nur zu 84 Prozent ausgenützt sind. Das heißt, daß bei voller Auslastung noch rund 20 Millionen Tonnen mehr jährlich produziert werden könnten. Österreich dagegen ist maximal imstande 5 Millionen Tonnen zu produzieren. Diese Gegenüberstellung beweist, wie dringend notwendig es für uns Österreicher ist, die Unternehmungen zu fusionieren, um eine einigermaßen geschlossene homogene wirtschaftliche Kapazität den ausländischen Konkurrenzunternehmungen gegenüberzustellen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Ganz Ihrer Meinung!“)

Sehen Sie, ganz meiner Meinung!

Nun kommen wir zur Frage, in welcher Form die Fusion der Verstaatlichten erfolgen soll. Die einen sagen Holding. Als Gewerkschafter dazu gleich meine Meinung. Wir sind an einer Holding sehr wenig interessiert. Und warum? Weil zum Beispiel eine Mitsprachemöglichkeit für uns Gewerkschafter und für die Betriebsräte nur eine äußerst minimale wäre. Bei einer Fusion der Unternehmungen, wie sie jetzt vorgeschlagen wird, werden die Betriebsräte ein Drittel der Aufsichtsratsitze besetzen. Damit hätten wir endlich einmal die Möglichkeit der verantwortlichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer in diesen Unternehmen. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Ritzinger: „Für die Folgen auch!“)

Uns geht es darum, lieber Freund Ritzinger, endlich einmal die Möglichkeit zu schaffen, daß nicht nur Generaldirektoren oder Vorstandsmitglieder ausschließlich und allein nach ihren persönlichen Aspekten oder Rücksichten entscheiden, sondern daß in erster Linie diejenigen, um die es unserer Meinung nach geht — also die Belegschaftsmitglieder — die Möglichkeit haben, die Arbeitsplätze zu erhalten und hier einiges mitzureden haben. (Abg. Ritzinger: „Ich möchte Sie nur zeitgerecht daran erinnern, daß sie auch die Verantwortung tragen dafür!“) Unter diesen Aspekten ist die Chance dafür endlich gegeben. Ich sage daher als Gewerkschafter zu einer solchen Fusion ja und dreimal ja. Mit diesem Vorschlag haben wir Gewerkschafter im engsten Zusammenwirken mit den Betriebsräten — was man heute von Ihnen schon mehrfach angezweifelt hat, ja sogar den Tod der

steirischen Betriebe eines solchen Unternehmens voraussagte — bei einem Vorstand vier zu vier sogar bei einer Dirimierung durch den Generaldirektor die Möglichkeit, unseren Willen im Interesse der steirischen Arbeitnehmer durchzusetzen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Da müssen Sie immer zuerst den Kreisky fragen!“) Wir werden streng darauf achten, daß den steirischen Arbeitnehmern kein Arbeitsplatz verlorenggeht. Dessen können Sie sicher sein. Wir haben als Gewerkschafter in dieser zweiten Republik nicht nur einmal unter Beweis gestellt, daß diese Kraft der organisierten Arbeitnehmerschaft nicht übersehen werden kann. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Da hat der Betriebsrat einen Beschluß gefaßt, was ist mit Ihrer Unterstützung gewesen?“)

Lieber Herr Abgeordneter Fuchs! Wir haben heute schon mehrmals über die Wertigkeit der verschiedenen Firmenverantwortlichen in der verstaatlichten Industrie gesprochen. Der Koller ist nun einmal dynamisch und er hat unter Beweis gestellt, daß er für seine VOEST, für die er bisher verantwortlich zeichnet, sehr wohl zu kämpfen versteht. Er hat dabei die Unterstützung des Landeshauptmannes Wenzel und der ganzen oberösterreichischen Landesregierung. Wenn nun dieser Mann verpflichtet werden soll, nicht nur der Generaldirektor der VOEST, sondern der fusionierten Unternehmungen zu sein, dann wird dieser Mann österreichisch im Sinne der österreichischen Stahl- und Eisenindustrie denken und handeln. Ich bin überzeugt, daß er dann für die Erhaltung der steirischen Betriebe genauso eintreten wird, wie er dies bisher auf Linzer bzw. oberösterreichischem Boden getan hat. (Unverständliche Zwischenrufe.) Wir werden mit ihm dann einen österreichischen Generaldirektor und nicht einen VOEST-Generaldirektor haben. Seien wir froh, daß er bereits unter Beweis stellte, daß er ein starker Mann ist.

Ausdrücklich betonen möchte ich, daß es uns Gewerkschaften zusammen mit den Betriebsräten immer um die Erhaltung der Arbeitsplätze gegangen ist. Wir werden auch in der Zukunft unter Beweis stellen, daß die Gewerkschaften sich mit den Betriebsräten und den von uns nominierten Aufsichtsräten sehr wohl in eine Front begeben werden, um die Arbeitsplätze der Steiermark in jeder Beziehung zu sichern. Wir werden weiter dafür Sorge tragen, daß die bessere soziale Situation der VOEST... (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Bis jetzt haben wir noch nichts gemerkt von der Fusion! Ihr seid von der Gewerkschaft sehr zahm geworden!“) Sie sind arm, mein Gott! Wir verhandeln noch um die Form und er sagt, es ist noch nichts geschehen. Warten Sie nur ab bis in die Zeit nach dem 1. Jänner 1973, Herr Abgeordneter. Wir können die Eier nicht früher kochen, bevor sie nicht gelegt sind. Ist ja unwahrscheinlich. Ihre Zwischenrufe kann man nicht ernst nehmen. Ich werde mich damit auch nicht beschäftigen.

Ich möchte hier in aller Deutlichkeit noch einmal feststellen, daß wir mit Sorge dafür tragen werden, daß die besseren Sozialleistungen, die die VOEST bisher ihren Bediensteten geboten hat, auch ausgedehnt werden auf die übrigen Betriebe, vor allen Dingen auf die steirischen Betriebe. Es wird die Belegschaft der VOEST nicht verzichten zugunsten

der schlechteren Gestion der Alpine und auch umgekehrt, sondern wir werden nur nachziehen können und das wird unsere Aufgabe sein. Wir hoffen und warten nur darauf, daß die Herren, die im Vorstand von Ihrer Seite sind, genauso bereit sind, auf diese unsere Idee, auf diese Forderung einzugehen.

Zum Abschluß noch ein Hinweis. Wir haben vor Jahren unter dem heute schon mehrfach zitierten verstorbenen Landeshauptmann Krainer einen Ausschuß begründet, der sich betitelt „Verein für Arbeitsmarktpolitik“. Es gehören ihm sämtliche Kammern, das Landesarbeitsamt, der Österreichische Gewerkschaftsbund, die Landesregierung und andere an. Dieser steirische Arbeitsmarktpolitik-Ausschuß, so lautete die Präambel, soll vor allen Dingen bei wichtigen wirtschaftlichen Fragen, die unser Bundesland betreffen, zur Beratung zusammengerufen werden, der seinerseits Vorschläge zur Lösung von Problemen zu erarbeiten hätte. Um arbeiten zu können, sind natürlich Geldmittel erforderlich, sagte Landeshauptmann Krainer. Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark sowie der Österreichische Gewerkschaftsbund haben den festgelegten Betrag bezahlt. Es wurde eine erste Rate von je 25.000 Schilling vorgeschrieben und auch überwiesen. Ich betone ausdrücklich, daß gerade in der jetzigen Situation es richtig und notwendig gewesen wäre, daß der Vorsitzende dieses Ausschusses endlich einmal diesen Ausschuß aktivierte. Wir Gewerkschafter haben darauf gewartet. Wir warten heute noch. Es ist bisher nichts geschehen. Mit der Einberufung und der Aktivierung dieses Vereines wäre es möglich gewesen, eine steirische Front aufzubauen, so wie es die Oberösterreicher für Ihre Interessen blendend verstanden haben. Unser Verein für Arbeitsmarktpolitik führt heute noch, trotz mehrfacher Hinweise, ein Dornröschen-Dasein. Ich kann Ihnen daher nur empfehlen, wenn Sie es ernst meinen, dann aktivieren Sie diese positiven Kräfte unseres Bundeslandes. (Beifall bei der SPO.)

**Präsident:** Am Wort ist Herr Landesrat Anton Peltzmann.

**Landesrat Peltzmann:** Wenn sich heute ein Zuhörer von der VOEST im steirischen Landtagssaal befindet, dann wird es ihm schwerfallen zu überlegen, wem er von den Sozialisten den höheren VOEST-Sängerorden überreichen soll. Ich habe angenommen, daß wir uns im steirischen Landtag befinden, aber ich weiß nicht, hier haben sich die Grenzen etwas verschoben. Ich glaube, Linz ist bereits bis hieher vorgedrungen. Nichts gegen die VOEST. Es ist ein potentes Unternehmen. (Unverständliche Zwischenrufe.) Paßt Ihnen das auch nicht? Aber ich glaube, daß man die Leistung der Alpine nicht unter das Licht der VOEST stellen braucht. (Zweiter Präsident Heschitz: „Die ist genug gewürdigt worden!“) Es wurde heute schon gesagt, daß die Alpine einen Großteil ihrer Kapazität für einen Großteil des Inlandsmarktes zur Verfügung stellen mußte in einer Zeit... (Abg. Zinkanell: „Das haben wir schon vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Sebastian gehört!“) Ich habe

„schon einmal“ gesagt, Sie müssen nur zuhören. (Abg. Gratsch: „Also bitte, wiederholen Sie es!“ — Präsident: „Herr Landesrat Peltzmann hat das Wort!“) Wenn die Herren Abgeordneten es genehmigen, werde ich weiter fortfahren. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Aber auch nur 20 Minuten!“) Wir waren so fair und haben den Einwurf erst nach 35 Minuten gemacht. (Abg. Zinkanell: „Da ist auch etwas gesagt worden, das hatte einen Inhalt!“) Schauen Sie, die Zeit, wo ich nicht reden kann, wird der Präsident nicht anrechnen. Die Rechnung geht nicht auf.

Wir wissen auch, daß der VOEST-Stahlbau Hunderte von Tonnen Inlandsmaterial der Alpine verarbeitet hat genau zu den günstigen Konditionen, wie sie die anderen eisenverarbeitenden Betriebe bekommen haben. Aber das ist nicht das Entscheidende. Ich darf ein paar Dinge doch neu ins Gedächtnis rufen, und zwar zuerst einmal beim Herrn Bürgermeister Götz. Sie haben den amerikanischen Stahlplan und den Leobner Plan angezogen. Sie wissen, es hat einen B-17-Vorschlag gegeben, es hat einen Zwischenvorschlag gegeben, der ausgesagt hat, VOEST- und Alpineedelstahl allein. Wir sind vollgefüllt mit Vorschlägen. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Das habe ich auch gesagt!“) Sie haben den Professor Dr. Trenkler zitiert, den Sie als Fachexperten anerkennen. Ich gebe Ihnen doch zu bedenken, daß Herr Trenkler vor kurzem in der Österreichischen Berg- und Hüttenzeitung seine Stellungnahme zu der jetzigen Diskussion sehr klar umrissen hat, die seiner damaligen Überlegung widerspricht, weil sich auf der Wirtschaft und dem Sektor der Produktion Erneuerungen... (Landesrat Gruber: „Damals war er Konsulent der VOEST und nicht der Alpine!“) Von einem Böhlermann nehme ich den Einwurf zur Kenntnis gegen die Alpine. (Landesrat Gruber: „Das ist nicht gegen die Alpine gerichtet. Sie haben nur die Frage aufgeworfen!“)

Er schreibt und ich zitiere: „Wie in anderen Sparten geht bei der Roheisenherzeugung der internationale Trend zu großen Produktionseinheiten. Man baut heute Hochöfen mit einem Durchmesser von 12 bis 14 Metern. Ein solcher Ofen hat eine Roheisenproduktion wie alle Linzer Hochöfen zusammen und ergibt mehr Roheisen als in Donawitz gebraucht wird.“ Daraus ersieht man, daß der Bau solcher Hochöfen für uns nicht zielführend ist.

Und er schreibt dann weiter: „Die Vergrößerungen über 10 Meter Gestelldurchmesser hinaus bringen jedoch keine so wesentlichen Verbesserungen der relativen Investitionskosten, aber ebenso die Brennstoffkosten, daß sich diese Roheisenproduktion in Österreich in dieser Größenordnung rentieren würde.“ (Unverständliche Zwischenrufe.) Nein, ich möchte da nur sagen, daß da hier, wenn ich jetzt nun den Böhler-Plan anschau, der das Gegenteil aussagt, oder, wenn ich den VOEST-Plan hernehme, der in der Roheisenproduktion die gleiche Linie verfolgt wie der Böhler-Plan, daß damit unsere Betriebe nicht gefährdet sind. Nun, ich möchte für mich die Feststellung treffen, daß ich sehr wohl für die Konzentration bin und mich immer dafür ausgesprochen habe und ob das jetzt

eine Holding oder eine Fusion wird, ich darf Ihnen sagen, daß ist nach meiner Ansicht — ich lasse mich von den Herren Wirtschaftsjuristen gern berichtigen — mehr eine Geschmacksache, wenn es nur einen Eigentümer gibt, wie es hier der Fall ist, dann können Sie mir das glauben, weil der alleinige Eigentümer mit seinem Weisungsrecht die Holding genauso mit allen Dingen ausrüsten kann. (Zwischenruf von der SPO: „Ist das eine Fahnenfrage?“) Keine Fahnenfrage, Herr Kollege. Was ist für mich eine Fahnenfrage? Das ist, daß solche Beschlüsse gefaßt werden, ohne vorher die Grundlagen für solche Beschlüsse zu erarbeiten. Daran liegt es und das gebrannte Kind fürchtet das Feuer. Bei der Mehrwertsteuer hat man es genauso gemacht. Der Finanzminister Androsch hat in der sogenannten Minderheitsregierung erklärt, daß man der Wirtschaft einen Mindestzeitraum von einem Jahr einräumen müsse. Was tut er? Er halbiert, nichts sonst. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Herr Kollege, der Koren hat damals gesagt, ist nicht notwendig und jetzt sagt er das Gegenteil!“) Das hat der Koren nie gesagt. Es gibt keinen Staat, wo die Einführungsfrist unter ein Jahr gesetzt wurde, aber bitte, das am Rande. Schauen Sie, wir werden jene Konzentrationsmaßnahmen unterstützen, die auf die steirischen Belange voll Rücksicht nehmen. Ich glaube, da sind wir uns doch einig? (Zwischenrufe von der SPO: „Jawohl!“) Warum plärren wir uns dann gegenseitig an?

Meine Damen und Herren, es müssen gewisse Voraussetzungen, zum Beispiel die Bereinigung der Produktionsstruktur, es muß die Voraussetzung für eine Abstimmung der Investitionsprogramme geschaffen werden, es müßten auch die organisatorisch und produktiv-technischen Reorganisationsmaßnahmen vorher festgelegt werden. Und man muß versuchen, neue Entwicklungswege zu gehen.

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sind die gesetzgebende Körperschaft des Landes Steiermark. Wie machen Sie das mit den Gesetzen? Sagen Sie auch, jetzt machen wir zuerst das Gesetz und wenn wir es durchführen, dann machen wir das andere hinten nach? Ich glaube, dieser Landtag hat es bis jetzt anders gehalten und das verlangen wir von der Bundesregierung, vom Bundeskanzler als Eigentumsvertreter der verstaatlichten Industrie. (Beifall bei der OVP.)

**Präsident:** Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gross. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Gross:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es ist im Verlauf der Diskussion heute schon soviel Grundsätzliches gesagt worden, daß ich mir einiges ersparen kann. Aber bevor ich etwas sage, möchte ich doch grundsätzlich auf etwas eingehen, das der Herr Abgeordnete Schaller in einem Zwischenruf bei der Rede des Landtagspräsidenten Ileschitz eingeflochten hat, damit in diesem Hause kein falscher Eindruck entsteht. Der Kollege Schaller hat, wenn ich ihn richtig verstanden habe, in einem Zwischenruf gesagt, na, der OGB ist ja relativ zahm geworden. Ich darf Ihnen in voller Verantwortung meiner Funktion als Landessekretär

dieses Gewerkschaftsbundes sagen, der Österreichische Gewerkschaftsbund wird die Interessen der Arbeitnehmer dieses Landes gegenüber jeder Regierung mit seiner ganzen Kraft vertreten, wer immer diese Regierung bildet. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Und wie ist es bei den Preissteigerungen, was sagt der Gewerkschaftsbund da?“) Kollege Schaller, ich möchte jetzt nicht auf diesen Zwischenruf näher eingehen, sonst kommen wir... (Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Nein, wenn Sie jetzt sagen, daß es wahr ist, dann muß ich Sie widerlegen. Wir haben die Preissteigerungen als Gewerkschaftsbund in dieser Weise nicht in Abrede gestellt, aber wir haben noch nie so viele Lohnerhöhungen erreicht als im vergangenen Jahr. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Aber Sie haben nichts getan!“ — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.) Wir haben ein reales Wirtschaftswachstum in diesen Jahren gehabt wie nie zuvor und einen realeren Zuwachs von 5 Prozent in diesem Lande und das können Sie nicht wegdiskutieren. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Die Wähler werden Ihnen das nicht abnehmen!“) Und wenn Sie uns fragen, was wir dagegen getan haben, dann darf ich Ihnen sagen, wir haben genügend Vorschläge unterbreitet, aber Sie darf ich daran erinnern, daß Ihre Partei zwei Gesetze, die eine Grundlage hätten bilden können, in der Abstimmung im Dezember verhindert hat, wir haben sie eingebracht diese Gesetze. (Beifall bei der SPO.)

Aber, meine Damen und Herren, es ist anscheinend heute in diesem Hause bei dieser Stimmung wirklich fast nicht mehr möglich, ohne Emotionen gewisse Fragen rein sachlich zu behandeln. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Der ÖAAB ist jetzt dafür!“) Aber ich habe nur erinnert, was bis jetzt geschehen ist und jetzt sind wir am Wege einer Einigung, das ist uns ja klar. Wir wissen das also, aber nur auf Grund der Zwischenfrage des Kollegen Schaller. Nun bin ich also der Meinung, wir sollen doch die Dinge sachlich diskutieren ohne Emotionen. Meine Damen und Herren, dieser Boden der Sachlichkeit wird dann verlassen, wenn dauernd in den Raum gestellt werden, in der Presse und auch tatsächlich im Haus hier, Erklärungen zum Beispiel wie „Industriefriedhof“ einen „Streik“, wie im Mittagsjournal angekündigt worden ist vorgestern, oder die Aussage des Kollegen Marczik, der jetzt bereits von einem Zusperrn spricht. Er konnte allerdings auf die konkrete Frage, wo man denn zugesperrt hat im Bereich der verstaatlichten Industrie keine konkrete Antwort geben. Aber vielleicht kann ich ihm ein wenig helfen. Kollege Marczik, man hat dort zugesperrt, wo privatkapitalistische Interessen den Interessen der Arbeitnehmer und des Landes vorgezogen worden sind. Nie in einem verstaatlichten Betrieb. Und vielleicht darf ich Ihnen, meinen Damen und Herren, dazu noch etwas sagen, das sicherlich sachlich unbestreitbar ist. Wenn also hier der Gedanke ventiliert wird, man sperrt zu, es geht also relativ schlecht, dann schauen Sie sich eine Statistik an, auch der Kollege Marczik, und dann muß er feststellen, daß wir also in diesen Monaten, in diesen Jahren jetzt den höchsten Beschäftigtenstand haben, den wir je in der Zweiten Republik besessen

haben, ist das die schlechte Wirtschaftspolitik? (Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: „Sie müssen auch an die Zukunft denken!“) Und eines darf ich als Gewerkschafter auch noch sagen: Es wurde ein Kollege zitiert, der in diesem Hause heute anwesend ist, ich wäre sehr vorsichtig mit Formulierungen wie, „wenn es notwendig sein sollte, werden wir fragen und wenn notwendig auch Streik“. Meine Herren, ich sage Ihnen, über Kampfaktionen und Streikmaßnahmen entscheiden noch immer jene Gremien, die vom Gewerkschaftsbund gewählt worden sind und nicht der OAAB. (Beifall bei der SPO.)

Unsere Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre sind frei gewählt. Der OAAB wird keine Gewerkschaftspolitik machen. Das darf ich Ihnen garantieren. (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.)

Wenn ich etwas sagen kann: All das, was ich hier feststelle... (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe. — Präsident: „Herr Abgeordneter Gross, ich bitte einen Augenblick. Meine Damen und Herren, jeder einzelne von Ihnen bringt sich um seine Wirkung und seinen Erfolg, wenn sein Zwischenruf nicht als Solopart gesungen wird, sondern im Chor. Bitte darauf Rücksicht zu nehmen!“ — Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Ich muß Ihnen sagen, der Abgeordnete Burger ist länger Gewerkschafter als Sie!“ — Beifall bei der OVP.)

Kollege Wegart, das hat mit der grundsätzlichen Feststellung nichts zu tun, daß eine solche Äußerung ihm nicht zusteht, sondern nur den gewählten Organen. (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe von allen Seiten. — Abg. Marczik: „Ist das ein überparteilicher Gewerkschaftsbund?“)

Ich frage mich im übrigen, wie weit all dieser Pessimismus, den Sie heute hier erzeugen und der eigentlich durch nichts begründet ist, zum Beispiel im Einklang zu bringen ist mit einem Antrag, den Sie selbst im Jahre 1968 in diesem Hohen Haus eingebracht haben, der eine exakte Untersuchung verlangt, inwieweit bewußt oder unbewußt erzeugter Pessimismus die Wirtschaftskraft eines Landes schwächen kann. Ich muß Ihnen sagen, teilweise würden Ihre Aussagen, die heute hier getroffen wurden, diesem Antrag direkt zuwiderlaufen, aber er ist von Ihnen gekommen. Denn wir haben momentan absolut keinen Grund zum Pessimismus. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Momentan!“ — Präsident Ileschitz: „Überhaupt!“) Wir haben uns in Wirtschaftskreisen und auch Ihre Kollegen doch dazu bekannt, daß wir diese Fusion für die optimal beste Lösung in diesem Zeitpunkt halten. Der Abgeordnete Ileschitz hat auch betont, daß wir als Gewerkschafter wohl einen Unterschied machen, ob es Fusion heißen soll oder Holding, weil bei der Fusion ist das Mitspracherecht der Arbeitnehmer gewahrt in einem Ausmaß wie nie zuvor, aber bei der Holding ist es nicht gewahrt. Darauf legen wir entscheidenden Wert. Ich darf Ihnen noch etwas sagen. Es wird dem Aufsichtsrat der OIAG im Vorstand der Antrag vorgelegt werden, der zum Inhalt hat, daß diese Erweiterung der Mitbestimmung noch ergänzt werden soll durch eine Kommission, die eingesetzt wird, um die Lohn-, Gehalts-

und Sozialpolitik mit Vertretern des Zentralbetriebsrates zu beraten. Dafür ist eine Frist gesetzt worden.

Meine Damen und Herren, weil das unterschwellig hervorklingt, Sie dürfen doch nicht annehmen, daß wir zuschauen, daß man von der VOEST nach unten nivellieren wird. Da werden wir sehr wohl die Rechte der steirischen Arbeitnehmer zu wahren wissen. Wenn Sie vom Diminierungsrecht sprechen, daß es mißbraucht wird. Ich will es nicht verteidigen. Es gibt im steirischen Landtag ein Diminierungsrecht. Ich darf Ihnen sagen, diese VOEST hätte doch genug Gelegenheit gehabt, wenn sie nicht den ernststen Willen zur Zusammenarbeit hat, andere Maßnahmen zu setzen. Die VOEST hat uns im Falle Liezen geholfen, sie hat bei der Hütte Krems geholfen und die VOEST hätte auch schon vor Jahren am Erzberg andere Möglichkeiten vorgeschlagen. Warum soll sich das alles verschlechtern, wenn wir in eine Fusion hineingehen. Das ist ja praktisch paradox, wenn ein gemeinsamer Vorstand, der VOEST-Alpine heißen wird, gebildet wird.

Wir als Gewerkschafter und auch als Sozialisten sind überzeugt, daß diese Fusion kein Gesundheitsrisiko bringen wird, sondern eine echte Ausweitung. Auf was wir Wert legen, ist vorwiegend die Sicherung der Arbeitsplätze, die Fortsetzung des Investitionsprogrammes. Wenn Sie mit derselben Heftigkeit wie heute immer für die verstaatlichte Industrie eingetreten wären, dann wären wir in diesem Land schon ein Stückchen weitergekommen. (Beifall bei der SPO.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Helmut Heidinger:** Die Ausführungen des Kollegen Gross veranlassen mich, ihm doch eine Frage zu stellen, und zwar eine, glaube ich, gerade für uns Steirer sehr entscheidende Frage. Die OIAG hat bezüglich der Fusion einen klaren Vorschlag gebracht mit einem Zehner Vorstand, in dem auch die steirischen Edelstahlwerke hätten vertreten sein sollen. Es war auch die Sitzfrage für Wien eigentlich entschieden bzw. der Vorschlag.

Dann hat, wenn ich richtig unterrichtet bin — und ich bitte gleich mich zu berichtigen, wenn es nicht stimmen sollte Kollege Gross —, die sozialistische Fraktion der Gewerkschafter in der VOEST eine sehr stürmisch verlaufene Versammlung abgehalten und sozusagen den Herrn Bundeskanzler und den Herrn Gewerkschaftspräsidenten zitiert. Es sollen dort nach Mitteilungen, die ich von Freunden erhalten habe, Worte gefallen sein und Aktionen gesetzt worden sein, die nicht unbedingt als einem Bundeskanzler adäquat sind. Aber die Folge dieser Aktion... (Zweiter Präsident Ileschitz: „Das ist die Unterschriftenaktion der ‚Oberösterreichischen Nachrichten‘, die haben das angeheizt!“) Herr Präsident, so billig können Sie es nicht machen. (Zweiter Präsident Ileschitz: „Nicht ‚so billig‘, so ist es!“) Das gleiche Recht, das sich die sozialistischen Gewerkschafter der VOEST herausgenommen haben, müssen wir auch den OAAB-

Gewerkschaftern der Alpine zubilligen. (Beifall bei der ÖVP.) Jetzt sind wir uns wieder einig. Das möchte ich zum Anfang sagen.

Ich möchte mich sehr kurz fassen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Der ÖAAB ist keine Gewerkschaft!“ — Abg. Gross: „Im Vorstandsvorschlag zur Aufsichtsratsversammlung der ÖIAG ist noch immer vorgesehen die Hineinnahme eines Vertreters von Böhler und Schoeller-Bleckmann!“) Ich komme darauf. (Zweiter Präsident Ileschitz: „Gut Ding braucht Weile!“)

Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube ich kann es sehr kurz machen, daß das Ergebnis der bisherigen Diskussion — und ich glaube, daß die dabei vorgebrachten Emotionen mit Rücksicht auf die Wichtigkeit dieses Themas auch verständlich sind —, daß es unbestritten ist, daß Alpine, VOEST, Böhler, Schoeller-Bleckmann im Eigentum des Bundes stehen und daß das seinerzeitige Verstaatlichungsgesetz — das zur Ergänzung der historischen Wahrheit — als Verfassungsgesetz einstimmig im Parlament beschlossen worden ist mit den Stimmen der damaligen Mehrheitspartei, der ÖVP. Das ist die erste Feststellung. (Landesrat Gruber: „Aber nicht als Verfassungsgesetz!“) Natürlich. (Landesrat Gruber: „Einstimmig beschlossen, aber nicht als Verfassungsgesetz!“) Die zweite Feststellung ist die, ich glaube, Herr Landesrat Gruber, da sind wir uns einig, daß die Fusion vielleicht die einschneidendste wirtschaftspolitische Tat in der Steiermark seit 1945 ist. Unbestritten ist, daß nicht nur die Arbeitsplätze gesichert, sondern, daß wir am Wachstum der hoffentlich gesunden österreichischen Stahlindustrie teilhaftig werden sollen. Einigkeit besteht darüber, daß die Schaffung eines Stahlkonzerns auch für die Steiermark positiv sein kann, aber der Abgeordnete Dipl.-Ing. Fuchs hat sehr richtig gesagt, wir stehen jetzt vor dem Beschluß der Fusion, aber wir haben keinen Plan. Gestatten Sie mir, daß ich Zweifel anmelde über die überhastete Vorgangsweise, die nun bei dieser Fusion Platz greift.

Ich zitiere aus einem Papier der VOEST vom 3. März 1972, in der Öffentlichkeit als VOEST-Plan über die österreichische Stahlindustrie bekannt: „Vorstehende Konzeption eines Endzustandes zeichnet nur die großen Konturen. Da die für eine Detailausarbeitung notwendigen Informationen über das Programm und die technischen und wirtschaftlichen Kennzahlen der einzelnen Produktionsstätten nicht oder in nicht ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen.“ Die Frage ist, wer im Vorstand der ÖIAG dafür verantwortlich ist. Ein weiteres Zitat aus dem Böhler-Plan, den Sie sicher sehr gut kennen, Herr Landesrat Gruber: „Die unter konstruktiver Mitarbeit von Böhler angelaufenen Arbeiten der von der ÖIAG eingesetzten Ausschüsse sollten innerhalb Jahresfrist die Grundlagen für die Erstellung eines neuen Eisen- und Stahlplanes schaffen. Dieser Eisen- und Stahlplan soll beinhalten: Festlegung der Produktionsziele mit Standortfestlegung, Berücksichtigung der gesamten Infrastruktur unter Einbeziehung der Strukturveränderung und Untersuchungen über den notwendigen Kapitalaufwand und Vorschläge über

die Finanzierung.“ Ich glaube, daß das sicher fachgerechte Gremien waren, die diese Fragen aufgeworfen haben. Und wir haben also schlicht und einfach Zweifel daran, die Katz im Sack zu kaufen. Wir haben Zweifel daran, ich sage das offen, daß eine faire Partnerschaft zwischen VOEST und Alpine und den Edelstahlwerken zusammenkommt. Und ich muß bezüglich der gesellschaftsrechtlichen Äußerungen, die der Herr Bundeskanzler im Fernsehen gemacht hat, auch Anmerkungen machen. Ich verstehe nicht, warum auf einmal vom Zehner-Vorstand abgerückt wird, das heißt, ich kann es mir denken, und man nur VOEST- und Alpine-Vorstandmitglieder in der fusionierten Stahlunion haben will, weil nämlich dann — und das ist menschlich verständlich, ich schätze den Herrn Generaldirektor Koller als ausgezeichneten Fachmann, es wurde viel über das Management hier und dort geredet, aber eines kann er sicher nicht, er kann nicht heute ein Vertreter Oberösterreichs sein und soweit wir wissen, ist auch der Herr Generaldirektor Koller sehr beteiligt an diesen Aktionen, die also dazu geführt haben, das erste ÖIAG-Konzept in Frage zu stellen.

Und daher sind wir der Meinung, daß der Vorstand nicht durch das Diminuerungsrecht des Vorstandsvorsitzenden — und das ist im Aktiengesetz vorgesehen — zu einem erweiterten VOEST-Vorstand werden kann, wo die Alpine-Vorstandmitglieder honoris causa ohne Geschäftsbereich mitlaufen dürfen. Es muß daher, unseres Erachtens, zunächst einmal die Aufsichtsratszusammensetzung geklärt werden, denn der Weg aktienrechtlich ist ja der, daß zunächst eine neue Gesellschaft gegründet wird, es ist ja nicht eine Fusion zur Aufnahme der Alpine in die VOEST, sondern durch Neugründung. Da muß also zuerst einmal der Aufsichtsrat her und ich möchte mich jetzt gar nicht verbreitern: „Die SPÖ betoniert Mehrheit in der Stahlindustrie“, wußte die „Kleine Zeitung“ zu berichten und wir hoffen nicht, Herr Kollege Gross, Sie haben sehr richtig moniert die Mitsprache der Betriebsräte, die sind im Betriebsrätegesetz mit zwei Mitgliedern festgesetzt, es müßte das Betriebsrätegesetz, das Aktiengesetz geändert werden, eventuell auch das ÖIAG-Gesetz, das werden Sie mit Ihrer Mehrheit sicher können, aber, wenn das dazu dienen sollte, die sonstigen Ausgewogenheiten in den Vorständen und Aufsichtsräten einseitig zu verschieben, dann werden Sie verstehen, daß wir mit einer solchen Lösung nicht einverstanden sind.

Und schließlich und endlich möchte ich unterstreichen, daß die Alpine und die Werke der Alpine, ebenso wie die steirischen Edelstahlwerke am weiteren technischen Fortschritt partizipieren müssen, und daß es daher für uns eine ganz wichtige Frage ist, daß die Forschungsanstalt in Leoben in Verbindung mit der Montanistischen Hochschule ausgebaut wird. Und daher habe ich vorhin dem Herrn Präsidenten einen Beschlußantrag überreicht der Abgeordneten Dr. Heidinger, Prof. Dr. Eichtinger, Dipl.-Ing. Fuchs, Dir. Marczyk, Dr. Dorfer, Jamnegg und Koiner, der folgendermaßen lautet: „Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dringend vorstellig zu werden, daß vor Durchführung der ge-

planten Fusion der österreichischen verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie ein Konzept erarbeitet wird, das auf die berechtigten Sorgen der steirischen Öffentlichkeit Rücksicht nehmend, die zukünftige Entwicklung der Werke darstellt. Es ist darauf zu achten, daß die steirischen Werke entsprechend ihrer derzeitigen Bedeutung an einem Wachstumsprozeß teilhaben, um nicht nur Arbeitsplätze zu sichern, sondern auch neue zu schaffen. Eine Voraussetzung dafür ist auch, daß das derzeitige Forschungszentrum der Alpine in Leoben weiter ausgebaut wird. Auch auf die Probleme der im Kohlenbergbau Beschäftigten ist Bedacht zu nehmen. Die personelle Bestimmung des Aufsichtsrates hat unbedingt auf regionale Gesichtspunkte Rücksicht zu nehmen. Ebenso ist bei der Verteilung der Vorstandsressorts auf ein Gleichgewicht zwischen derzeitigen VOEST- und Alpine-Interessen Bedacht zu nehmen. Die Frage der Interessen der beiden steirischen Edeldahlunternehmungen und deren Vertretung im Vorstand ist noch einmal eingehend zu überdenken.

Aus diesen Gründen muß von der Bundesregierung die Einsetzung eines Fusionskomitees im Rahmen der OIAG verlangt werden, bestehend aus den Generaldirektoren, deren Stellvertretern und den jeweiligen Zentralbetriebsratsobmännern der betroffenen Firmen, das unter Vorsitz des Generaldirektors der OIAG die Fusion vorzubereiten hat. Das von diesem Komitee zu erarbeitende Konzept eines großen österreichischen Stahlkonzerns auf Basis einer Fusion von VOEST und Alpine und der Angliederung von Böhler und Schoeller-Bleckmann ist auch den Landesregierungen der betroffenen Bundesländer sowie den in den betroffenen Unternehmungen Beschäftigten vor effektiver Durchführung der Fusion zur Stellungnahme zuzuleiten."

Wir glauben, daß dieser Antrag die Zustimmung aller im Hohen Haus finden kann im dem Bewußtsein, daß es keine steirische und keine oberösterreichische, sondern eine österreichische Stahlindustrie geben muß. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zu Worte gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Jammegg. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Jammegg:** Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es hat in diesem Haus ja schon sehr viele lebhaftige Debatten gegeben und es hat auch divergierende Meinungen zu der einen oder anderen Frage gegeben. Aber soweit ich mich zurückerinnere, ist es immer möglich gewesen, in existenziellen Fragen dieses Landes zu einer einheitlichen Linie, zu einer einheitlichen Auffassung zu kommen. Hier scheinen sich nun einige Dinge verändert zu haben. Offenbar ist es für Sie doch etwas schwieriger geworden, unter einer sozialistischen Bundesregierung sich im Interesse der Steiermark zu behaupten. (Von der SPO: „Na, na!“ — Heiterkeit.) Heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, scheint es so zu sein, und ich bedaure das. (Landesrat Dr. Klausner: „Eine andere Masche fällt Ihnen nicht ein? Das ist Ihr Dauerschlagler jetzt!“) Herr Landesrat und meine Damen und Herren der sozialistischen Fraktion, daß der Aktionsradius der Sozialistischen Partei, aber auch Herr Kollege Gross und Herr Kollege

Ileschitz, der Aktionsradius der sozialistischen Mehrheitsfraktion im OGB und in der Arbeiterkammer immerhin so eingengt ist, daß hier die steirischen Interessen, die Interessen der steirischen Arbeitnehmer nicht mehr mit demselben Nachdruck wahrgenommen werden, wie das etwa vor zwei Jahren und Jahre zurück noch der Fall war. (Zweiter Präsident Ileschitz: „Wir werden Ihnen genügend Beweise in unserer Organisation geben!“)

Lieber Herr Kollege Ileschitz! Wie anders sonst wäre es zu erklären, daß gestern die sozialistische Mehrheitsfraktion in der Landesexekutive des OGB die Landesexekutive des steirischen OGB für unzuständig erklärt hat, im Zusammenhang mit einer Beschlußfassung und mit einer Resolution für eine entsprechende Lösung der Stahlfrage bzw. für eine schriftliche Absicherung der Alpine offiziell einzutreten. (Allgemeine Zwischenrufe der OVP: „Oh, oh! Hört, hört!“ — Zweiter Präsident Ileschitz: „Sagen Sie nicht nur einen Teil, sondern alles! Die Stahlgewerkschaft und die Gewerkschaft der Arbeiter und Angestellten sind zuständig!“ — Abg. Gross: „Sie haben die Resolution nicht vorgelegt. Das ist ein Irrtum!“) Wir haben die Resolution vorgelegt und haben gestern stundenlang in der Gewerkschaft diskutiert. Sie haben die verschiedensten Versionen auf den Tisch gebracht. Sie haben unter anderem auch gesagt: Hier sind die Fachgewerkschaften zuständig, sprich Metallarbeiter und Privatangestellte, nicht der Österreichische Gewerkschaftsbund. (Zweiter Präsident Ileschitz: „Die Autonomie der Gewerkschaften muß gewahrt bleiben!“ — Abg. Marozik: „Was ist denn der Gewerkschaftsbund dann, wo sind wir denn?“ — Glockenzeichen — Präsident: „Frau Abgeordnete Jammegg, ich bitte weiterzusprechen!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen — Präsident: „Am Worte ist die Frau Abgeordnete Jammegg. Ich bitte, sie sprechen zu lassen und Ihre persönlichen Unterhaltungen etwas leiser zu führen!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf feststellen, daß die Zuweisung an die Fachgewerkschaften in diesem Fall eine neue Situation im Österreichischen Gewerkschaftsbund ist. (Präsident Ileschitz: „Das war seit eh und je so!“) Ich darf daran erinnern, daß wir uns in der Landesexekutive — das können die Gewerkschafter, die aus meiner Fraktion hier sitzen, bestätigen, und auch Sie müßten es bestätigen — laufend mit den wirtschaftspolitischen Fragen beschäftigt haben. (Abg. Pölzl: „Hinterberg, Guggenbach!“ — Abg. Gross: „In Guggenbach hat auch die Fachgewerkschaft verhandelt. Sie kennen eben unsere Organisation nicht!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist etwas anderes!“ — Präsident Ileschitz: „Sie können auch nicht für die Bekleidungsindustrie verhandeln, Herr Abgeordneter Fuchs!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist doch nicht Sache einer Gewerkschaft!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Ihr redet von der Gewerkschaft wie ein Blinder von der Farbe!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Als Wirtschaftsverbände reden wir von der Gewerkschaft!“ — Präsident: „Wenn die Herren sich untereinander ausgesprochen haben, bitte ich die Frau Abgeordnete, wieder weiterzureden!“)

Meine Damen und Herren! Ich darf noch einmal ausdrücklich feststellen und Sie daran erinnern, daß wir Jahre zurück in allen wichtigen wirtschaftlichen Fragen — ich nenne allein den Kohlenbergbau — uns nicht nur in diesem Hohen Hause, sondern auch in der Landesexekutive des OGB damit befaßt, Beschlüsse gefaßt und Resolutionen beschlossen haben. Jetzt ist eine neue Situation, darüber kommen Sie einfach nicht hinweg. (Präsident Ileschitz: „Die ist nicht neu! Wir werden das beweisen, Frau Kollegin!“ — Abg. Aichhofer: „Eine Fachgewerkschaft für freigestellte Lehrer gibt es auch!“ — Präsident: „Frau Abgeordnete, bitte weiterzusprechen!“)

Ich möchte weiter folgendes festhalten: Am selben Tag — also gestern —, wo man uns in der Landesexekutive des OGB die Annahme der Resolution der Fraktion christlicher Gewerkschafter verweigert hat, haben die Sozialisten in der Vollversammlung der Handelskammer eine dem Inhalt nach gleiche Resolution mitbeschlossen. Es scheint also schwieriger zu sein, innerhalb der steirischen SPO eine Koordinierung zu finden als zwischen Ihnen und der SPO in Wien. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist die Weisungsgebundenheit!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe heute auch mit Interesse in der Zeitung gelesen — gestern wurde das in der Exekutivsitzenung nicht gesagt und auch nicht angekündigt —, daß eine Betriebsrätekonferenz stattfinden soll, allerdings erst zu einem Zeitpunkt, „sobald das Gerippe der Stahlfusion feststeht“. Was heißt das aber? (Zweiter Präsident Ileschitz: „Sicher, ich muß zuerst ein Skelett haben, bevor ich arbeiten kann!“ — Landesrat Peltzmann: „Vor drei Jahren ist es uns auch so gegangen, wie es euch jetzt geht!“ — Zweiter Präsident Ileschitz: „Stellen Sie sich vor, wenn wir hergehen und den Wirtschaftstreibenden das Primat wegnehmen, selbst etwas aufzubauen, sondern als Gewerkschafter sagen, so müßt ihr es machen. Lieber Kollege Pölzl, wie würden Sie schreien!“ — Glockenzeichen!) Nachdem die Betriebsrätekonferenz also erst nach dem Fusionsbeschluß stattfinden wird, darf ich feststellen, daß die Betriebsräte somit nicht vorher befragt werden. Wir reden immer alle zusammen von der Mitbestimmung. Die Frage ist: Wo bleibt hier die Mitbestimmung? Die Betriebsräte wenden da nachher über vollendete Tatsachen informiert. Auf das kommt es heraus. (Präsident Ileschitz: „Die Betriebsräte haben ja schon Beschlüsse gefaßt!“ — Abg. Gross: „Die Betriebsräte haben ja schon getagt!“ — Landesrat Peltzmann: „Das ist die neue Mitbestimmung: „Jawohl, Herr Bundeskanzler!“ — Glockenzeichen!) — Präsident: „Ich bitte, für längere Ausführungen sich zu Wort zu melden!“)

Und nicht nur wir, sondern die Arbeiter und Angestellten in der verstaatlichten Industrie, vor allem in der Alpine, sind heute überaus beunruhigt. (Zweiter Präsident Ileschitz: „Am 21. Juni 1972 war der Zentralbetriebsrat beisammen!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „In der Sitzfrage hat damals der Zentralbetriebsrat beschlossen!“)

Ich darf auch folgendes noch feststellen: Es wurde hier versprochen, daß nun die Alpine-Angestellten und -Arbeiter zu höheren Sozialleistungen

kommen werden (Zweiter Präsident Ileschitz: „Wir werden uns dafür einsetzen!“), wenn die Fusion mit der VOEST erfolgt. Wir haben uns gestern schon darüber unterhalten, daß hier Hoffnungen geweckt werden, wo die Realisierung dieser Versprechen noch durchaus in der Luft hängt. Ich darf Sie daran erinnern, daß die Betriebsräte der VOEST via Fernsehen ganz eindeutig Stellung genommen haben: „Nicht auf unsere Kosten, die sollen sich das zuerst erarbeiten.“ Gemeint waren hier die Alpine-Arbeiter. Man glaubt offensichtlich, daß man mit der Frage Angleichung und Anhebung der Sozialleistungen von den echten Problemen der Alpine ablenken könne. (Zweiter Präsident Ileschitz: „Wenn wir das heute zum Ausdruck bringen, dann dokumentieren wir, daß wir uns dafür auch einsetzen werden!“ — Abg. Pölzl: „Ein Zukerker!“) Wir sind auch dafür, aber wo steht das schriftlich?

Und nun komme ich zu einer weiteren Frage. Es ist uns, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, völlig unverständlich, daß die Sozialisten in der Steiermark und auch die sozialistischen Gewerkschafter nicht wie wir darauf bestehen, daß vor der endgültigen Beschlußfassung die Dinge genau und gründlich abgeklärt werden. Und wenn man gestern von sozialistischer Seite gemeint hat, man muß nicht alles schriftlich festlegen, es gebe auch eine gewisse Vertrauensbasis, dann muß ich sagen, das ist das Ausstellen eines Blankoschecks der steirischen Sozialisten nach Wien oder nach Linz. (Zweiter Präsident Ileschitz: „Was soll das, sehr verehrte Frau Kollegin? Die Tagesordnung des Gewerkschaftsbundes wird heute im Landtag einer Zensur unterzogen? Das ist kein Forum dazu!“) Sie haben, Herr Kollege Ileschitz, heute hier zu diesen Fragen Stellung genommen, und ich erlaube mir, als Vertreterin der Fraktion christlicher Gewerkschafter Ihnen hier zu antworten. (Zweiter Präsident Ileschitz: „Wo kommen wir hin, wenn jeder Verein seine Dinge hier zur Sprache bringt!“ — Abg. Schrammel: „Der Ileschitz muß abtreten!“ — Zweiter Präsident Ileschitz: „Ja, wegen organisatorischer Schwierigkeiten!“)

Ich möchte zum Schluß noch eines sagen. (Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten.) Ich verstehe, daß Sie geneigt sind, aber ich verspreche Ihnen, ich bin bald zu Ende. Ich will zum Schluß nur folgendes noch vermerken, und zwar zur Sicherung der Arbeitsplätze: Von allen Seiten wird betont, daß das die primäre Frage ist, nämlich die Sicherung der Arbeitsplätze. Aber ich muß hier sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß es mich bedenklich gestimmt hat, daß im Zusammenhang mit der ganzen Stahlfrage vom Präsidenten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Benya, öffentlich geäußert worden ist, daß der Arbeitnehmer nicht Anspruch auf den Arbeitsplatz, sondern auf einen Arbeitsplatz hat. Das mag im grundsätzlichen, wenn wir die Mobilität heute berücksichtigen, richtig sein, aber, im Zusammenhang mit dieser Stahllösung ausgesprochen, glaube ich, müßten wir in der Steiermark heilhörig werden, denn das könnte, meine Damen und Herren, auch bedeuten, wenn man nicht mehr auf den, sondern auf einen Arbeitsplatz Anspruch

hat, daß Arbeitsplätze eben auch von Steiermark weg in andere Bundesländer verlagert werden könnten. Worum geht es also wirklich? Es geht darum, daß es doch möglich sein müßte, in dieser für die Steiermark so wichtigen Frage zu einer einheitlichen Auffassung zu kommen, so wie das in früheren Jahren immer der Fall war. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zu Worte gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Eichinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Prof. Dr. Eichinger:** (Zwischenruf von der SPO: „Wieder ein Alpine-Arbeiter!“) Es haben nicht alle Alpine-Arbeiter gesprochen, diese Feststellung darf ich gleich treffen, liebe Kollegen. Nun kurz zum Herrn Kollegen Gross. Ich verstehe eines, wir hatten es natürlich leichter, so ungefähr 2,8 Prozent Geldentwertung zu verteidigen, als Sie es heute tun müssen bei 6,2 Prozent. Unter Umständen wird sie durch Ihre Mehrwertsteuer, die zu einem völlig falschen Termin eingeführt wird, noch höher sein. Natürlich haben Sie hier Ihre Schwierigkeiten. Was Sie noch zum Industriefriedhof, Herr Kollege Gross, gesagt haben, das Wort Industriefriedhof, das war ein Stehsatz in der „Neuen Zeit“. (Landesrat Dr. Klausner: „Lesen Sie heute die ‚Kleine Zeitung‘, dann wissen Sie warum!“) Und eigenartigerweise, als es um das Investitionsprogramm der Alpine gegangen ist, sind in der SPO-Zeit — damals gab es noch so mutige Männer — Leute von Ihnen aufgetreten, die gesagt haben: Wollt Ihr dort in Wien haben, daß wir einen steirischen Industriefriedhof bekommen? (Abg. Gross: „Das war eine andere Sache!“) Herr Kollege Gross, darauf ist es zurückzuführen, also auf die Unruhe, die Sie hier erzeugt haben. Noch eines, Herr Kollege Gross, die Vollbeschäftigung, die haben Sie wohl von uns übernommen. Wir sind nämlich stolz gewesen darauf. (Zwischenruf von der SPO: „Auch die Regierung!“ — Landesrat Dr. Klausner: „Da würden wir gut ausschauen, wenn wir alle vier Jahre die Gesetze ändern würden!“) Schauen Sie, Sie haben im Jahre 1970 einen Staat übernommen, wo es die Vollbeschäftigung gegeben hat.

Und nun zum Herrn Kollegen Heschitz. Das ist so typisch für einen Sozialisten, wenn er in allergrößter Bedrängnis ist, dann spricht er vom Jahr 1934, das ist einmal so üblich. (Landesrat Dr. Klausner: „Mit der Historie haben ja Sie angefangen!“) Junge Zuhörer, das muß ich sagen, die sind erschüttert, daß Sie heute noch auf das Jahr 1934 ausweichen müssen. Es ist traurig, wenn man diese Feststellung heute treffen muß. Und Herr Landesrat Klausner, eines möchte ich Ihnen auch sagen, der Herr Kollege Fuchs hat nicht polemisiert, er hat nur einen kurzen Rückblick gegeben (Landesrat Dr. Klausner: „Hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian polemisiert?“), und Sie sind es gewesen, die eine ganz üble politische Maché hier hineingetragen haben. Das ist die Tatsache. (Landesrat Dr. Klausner: „Danke für die Auszeichnung!“) Bitte, das habe ich sehr gerne gemacht, es war notwendig, Herr Landesrat.

Und nun, wenn es um ein Ja für die steirischen Interessen gegangen ist, meine Damen und Herren, wir sagen dreimal ja für diese steirischen Interessen, wie Sie ja Bescheid wissen. Ich sage Ihnen ganz offen, wenn Sie hier so tun, als ob wir nicht für die Fusion wären, dann sage ich Ihnen, uns geht es ja darum, daß durch diese Fusion die steirischen Interessen nicht geschädigt werden. Darum kämpfen wir, und darum bitten wir Sie, daß Sie auch mittun und diese bekannte Front, die der Kollege Heschitz gemeint hat, die gemeinsame Front mit uns aufbauen helfen. Nun ist es halt un- gut, wenn man Kreisky verteidigen muß, jenen Mann, der diese gemeinsame Front zerschlagen hat. (Landesrat Gruber: „Ihr wärts froh, wenn Ihr einen hättet zum verteidigen!“) Das werden wir schon noch sehen, das wird die Zukunft bringen. Wissen Sie, einen Dr. Kreisky, den Inflationskanzler Dr. Kreisky zu verteidigen, das überlassen wir ruhig Ihnen. Und Dr. Kreisky, der die steirischen Interessen an Oberösterreich transferiert, na, den verteidigen Sie eh, weil Sie eben eine dirigierte Partei sind. (Landesrat Dr. Klausner: „Sie haben heute die ‚Kleine Zeitung‘ nicht gelesen, dort steht es, warum die Preise steigen!“) Und zum Herrn Landeshauptmannstellvertreter Sebastian möchte ich hier nur kurz sagen (Landesrat Dr. Klausner: „Der wartet auch auf Ihre Noten!“), es haben die Betriebsangehörigen hier wohl gehört, daß 80 Prozent seiner Rede eine lange Geschichte aus der Vergangenheit war, zum Teil hat sie nicht gestimmt, mußte sie korrigiert werden, 10 Prozent vielleicht für die Gegenwart war und das, was für die Zukunft gegolten hat, das hat uns nicht allzusehr befriedigt. (Landesrat Gruber: „Das glauben wir!“)

Nun möchte ich noch eines erwähnen, diese Interessen hier oder diese Frage berührt selbstverständlich auch die einzelnen Gemeinden. Wenn ich meine eigene Gemeinde herausnehme, dann werden Sie sehen, daß wir allein in Kindberg eine Lohnsumme der Alpine von 87 Millionen und eine Gehaltssumme von 18,5 Millionen haben, daß der Alpine-Betrieb für die Wirtschaft dieses Ortes und für das Blühen dieses Ortes eine wesentliche Bedeutung hat. Ähnlich ist es auch in Krieglach und aus diesem Grunde sind wir hier auch von kommunaler Seite her sehr daran interessiert, was mit diesem Betrieb, was überhaupt mit den verstaatlichten Betrieben des Mürtztales geschieht. Es geht uns ja auch um die Frage Schoeller-Bleckmann und selbstverständlich auch um den Betrieb des Böhlerwerkes, weil auch hier Gemeinden in engem Zusammenhang stehen. Aber das Alpine-Schicksal ist eben für viele Orte auch ein Gemeindegeschicksal. Wir haben damals geglaubt, wir können sehr beruhigt sein, da nämlich die steirischen Betriebsräte und auch die Landesregierung sich vollkommen einig waren, daß selbstverständlich der Sitz in Wien sein wird und daß bei einer Fusionierung die Alpine gleichberechtigt ist. Wir waren der Meinung, daß die Steiermark gleichzusetzen ist mit der Alpine Montan und daß gerade hier in der Steiermark alles unternommen wird, um diese Interessen zu verteidigen. Alpine und die Steiermark sind nun eben einmal unzertrennliche Begriffe. Eines darf ich Ihnen sagen, wer die Alpine

schädigt, schädigt letzten Endes jeden von uns und schädigt — das werden wir auch noch sehen — unser ganzes Land. Doch was hat sich nun später entwickelt? Es kam plötzlich die Geschichte aus Oberösterreich und hier haben wir erlebt, daß es möglich ist, daß ein Land aufsteht, geschlossen aufsteht und dem Bundeskanzler Kreisky zeigt, daß diese Politik, die er führen will, glattweg abgelehnt wird. Die Zerreißung der VOEST wurde besprochen, der zentralistische Dolchstoß des Dr. Kreisky, die zentralistischen Tendenzen dieses Mannes, Schädigung der Stadt Linz, all das wurde in den Mittelpunkt der oberösterreichischen Initiativen gestellt und das Ergebnis ist gewesen, daß Landeshauptmann Wenzel zusammen mit allen Oberösterreichern, aber auch eingeschlossen die oberösterreichischen Sozialisten, es fertiggebracht hat, daß Kreisky abziehen mußte. Die Oberöreicher, die hatten eben ihr Ziel erkämpft.

Für uns in der Steiermark, meine Damen und Herren (Zwischenruf des Abg. Gerhard Heidinger.), ich komme jetzt drauf, Herr Kollege Heidinger, nur die Ruhe, kommt alles noch. Für uns in der Steiermark gab es daraufhin die Alarmstufe eins, und nun erleben wir eine steirische Tragödie, meine Herren, daß nämlich Kreisky, der in Linz gescheitert ist, der die Generaldirektion von Wien abwandern lassen mußte, sich nun verzweifelt an die steirischen Sozialisten klammert. Dort mußte er jetzt Hilfe haben und Verständnis bekommen. (Landesrat Dr. Klausner: „Sind wir in der Kinderstunde beim Märchenerzählen?“ — Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: „Sie erzählen selber Märchen!“ — Landesrat Gruber: „Da gehört viel Geduld dazu, Ihnen zuzuhören, Herr Professor, das muß ich sagen!“ — Landesrat Dr. Klausner: „Er ist es von der Schule her gewohnt!“) Aber Herr Landesrat, nur keine Unruhe.

Die steirischen Sozialisten — das möchte ich hier ganz offen feststellen — sind, wie es schon manchmal passiert ist, umgefallen. (Zwischenrufe von der SPÖ: „Aber, aber!“ — Abg. Brandl: „Wo denn?“) Ich habe auch in der „Neuen Zeit“ gelesen, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian mit dieser Lösung zufrieden ist. Das heißt mit der Lösung, die Generaldirektion ist in Linz und die Alpine ist nicht gleichberechtigt, weil man draußen dirigieren kann. (Abg. Gerhard Heidinger: „Onkel Karls Märchenstunde!“) Ein gewachsener Donawitzer mußte damit seinen Betrieb, seine Alpine preisgeben, und zwar deshalb, weil für ihn die Parteidisziplin mehr war als das Schicksal der Leute, die dort oben beschäftigt sind. (Zweiter Präsident Ileschitz: „Das ist doch eine Unterstellung! Sie werden schon sehen, was wir machen!“) Die Parteidisziplin hat also ihren Tribut gefordert. Ich darf wohl sagen, die Betriebsräte, die Donawitzer und Obersteirer werden ihm das wohl lange nicht vergessen. (Landesrat Gruber: „Ganz bestimmt nicht! Aber Sie werden wir bald vergessen!“)

In Wirtschaftskreisen weiß man nämlich, daß eine vorschnelle Fusion unter Umständen mehr Schaden als Nutzen bringen kann. Deshalb auch unser Antrag, man möge die Probleme noch einmal überdenken und diesen Ausschuß einsetzen. Es ist ganz klar, daß die Reorganisation — und das wissen wir

— sehr einschneidende regionalpolitische Auswirkungen haben wird. Das steht uns noch bevor. Darum glaube ich, Kollege Ileschitz, man müßte mit diesen voreiligen Bemerkungen etwas vorsichtiger sein. Die Weichen für die Zukunft werden nämlich in diesen nächsten Wochen und Monaten gestellt für unsere steirische Zukunft, und die dürfen wir bei Gott nicht verspielen. Da heißt es aufpassen.

Zum Kammerpräsidenten Schwarz noch ein Wort. Er verurteilt unseren Nationalrat Siegfried Burger — das können Sie heute in der „Neuen Zeit“ lesen —, weil er sich um seine Arbeitskollegen kümmert, weil er es ist, der mitten drinnen in diesem Betrieb steht und der die Sorgen dieser Leute kennt. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Pichler: „Der Baumann ist nicht drinnen?“)

Präsident Schwarz stellte fest, was bei einer Fusionierung herauschaut. Das weiß doch heute kein Mensch. Es ist leichtfertig, wenn man solche Dinge ausspricht. (Landesrat Gruber: „Ja, man muß einen Mut haben!“) Die Sicherung der Arbeitsplätze, von der er spricht, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir wollen nämlich mehr Arbeitsplätze bekommen, weil wir genau wissen, wie sich all das auswirken wird. (Zwischenrufe von der SPÖ. — Zweiter Präsident Ileschitz: „Es hat nie so viele Beschäftigte gegeben wie jetzt, wir werden dafür sorgen, daß das so bleibt!“)

Nun teilt der Donawitzer Betriebsratsobmann sehr süße Zuckerln aus, bessere soziale Leistungen, Angleichung an die VOEST, Dinge, die für uns selbstverständlich sind, Dinge, die er aber (Abg. Brandl: „Oh, der Herr Landeshauptmann sagt etwas anderes!“) bringt, um die Leute abzulenken von den tatsächlichen Gefahren.

Landeshauptmann Dr. Niederl hat die Situation klar dargelegt, ob das im Fernsehen war oder ob das die heutige Erklärung war. Er scheiterte aber bisher daran, daß im Alpinebetrieb ein Mantel des Schweigens ausgebreitet wurde. Man darf nicht reden (Zweiter Präsident Ileschitz: „Wer hat jemandem verboten zu reden?“), die Belegschaft soll sehr ruhig sein, die Belegschaft soll nicht erfahren, was auf sie zukommt; und das ist von wesentlicher Bedeutung. (Abg. Gerhard Heidinger: „Miesmacher!“ — Abg. Brandl: „Das ist reiner Wirtschaftspessimismus, was sie da machen! Er schädigt die Wirtschaft!“ — Abg. Klobasa: „Unwahrscheinlich ist das!“) Und nun eine Feststellung, meine Herrschaften. Dort, wo die oberösterreichischen Sozialisten sich selbstverständlich um ihren Landeshauptmann scharten, ist bei uns eine Lücke entstanden. Und diese Lücke sind Sie. Denn Sie haben nicht mitgetan. (Gelächter bei der SPÖ.) Sie haben diese gemeinsame steirische Front verlassen, und das wird man sich in diesem Lande wohl merken müssen. (Zweiter Präsident Ileschitz: „Wann wird der Verein für Arbeitsmarktpolitik einberufen?“ — Landesrat Gruber: „Hat die Landesregierung einen einstimmigen Beschluß oder einen Mehrheitsbeschluß gefaßt?“ — Abg. Pichler: „Einstimmig, ja in der Regierung!“) Dazu, Herr Landesrat, möchte ich Ihnen auch Antwort geben. (Landesrat Gruber: „Einstimmig oder Mehrheit?“) Es ist ein eigenartiges Spielchen, das Sie betreiben. In der Landesregierung sagen

Sie einstimmig ja, und wenn Sie nach Wien fahren, dann fallen Sie um. Das ist der große Unterschied. Aber wir wissen genau, wie wir das zu werten haben. Diese Taktik wird auch die steirische Bevölkerung erfassen, das können Sie mir glauben. Was wir in dieser Situation vor allem verlangen, ist, daß man endlich die Karten auf den Tisch legt, daß man mit offenem Visier spricht. Wir müssen vorher, Herr Kollege Ileschitz, informiert sein. Vorher müssen wir alle Probleme kennen. Es ist entscheidend, Herr Kollege Ileschitz, wie die Macht dann verteilt wird, wie die Ressorts verteilt werden. Denn eines möchte ich auch feststellen: Wir wollen keine dirimierte Alpine, wir wollen auch keine dirimierte Steiermark!

Man müßte doch etwas gelernt haben. In Oberösterreich hat es zwei Phasen gegeben. (Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: „Die Vorstandsdirektoren werden nicht gewählt!“) Die erste Phase war: Kreisky hat nachgegeben. Die Macht des Giganten kommt nach Linz. Und jetzt kommt die zweite Phase. Kommt es einmal zu Zeiten, wo es wirtschaftlich nicht so gut geht, wo wir in ein Wellental hineinkommen, dann werden wir sehen, was sich in Linz in der zweiten Phase abspielt. Dann werden nämlich die Linzer Interessen die ersten sein und die Interessen der Steiermark, der Kolonie von Linz — ich sage es auch so, wie es in einer Zeitung stand — werden zweitrangig behandelt werden. Und das kann die Katastrophe für uns werden. (Abg. Brandl: „Miesmacher!“ — Abg. Zinkanell: „Sie freuen sich umsonst, Herr Kollege!“)

Ich möchte abschließend den Vorschlag machen: Bilden Sie mit uns die Einheitsfront, von der gesprochen wurde. Das Schicksal der 30.000 Beschäftigten bei der Alpine, Schoeller und Böhler verlangt von uns, daß wir uns gemeinsam in diesem Landtag dafür einsetzen, daß die Arbeitsplätze gesichert sind, daß die Arbeitsplätze vermehrt werden (Abg. Zinkanell: „Aber ernst und seriös und nicht mit solchen Flugblättern!“), daß damit das weitere Schicksal in diesem Lande so gelenkt wird, daß der Arbeitnehmer sagen kann, es ist ein gutes für ihn. (Beifall bei der OVP.)

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prensberger. Ich erteile es ihm.

**Abg. Prensberger:** Meine Damen und Herren! Wenn heute in einer ziemlich hitzigen Form über die Arbeitsplätze der Alpine diskutiert wird, dann gebe ich Ihnen recht, Herr Abgeordneter Fuchs, daß man rückblickend sieht, wie die Entwicklung der Alpine war, und wenn Sie darauf hingewiesen haben, daß die Alpine schon im 19. Jahrhundert bestanden hat, denn damals verkaufte sie Wagner Biro, und ich bestreite nicht, daß auch die Alpine der Vergangenheit, wenn man von der Gegenwart spricht, von einer sogenannten Konzentration von kleinen Hochöfen profitierte, dadurch war sie schon 1903 einer derjenigen Betriebe, die die modernsten und größten Hochöfen Europas besaßen. Das ist eine Tatsache. Wenn man aber die weitere Entwicklung betrachtet, und das muß man, wenn man darüber ernstlich diskutiert, so ergibt sich daraus, daß

schon 1920, weil die Entwicklung auf diesem Sektor sehr rasch vorwärts geht, die Alpine bereits beim Ausbau und bei der Modernisierung vernachlässigt wurde. Denn 1920 gab es Hochöfen in Europa mit einer Tagesleistung von 400 und 500 Tonnen und 1935 waren wir schon sprunghaft bei einer Leistung der Hochöfen von 700 und 800 Tonnen pro Tag.

Es war also so, daß sich die zweite Phase der Industrieplanung, die Verlegung der Schwerindustrie an die Flüsse und Ströme, bereits ausgewirkt hat — im Jahr 1935 und 1940 wurde die VOEST in Linz an der Donau gegründet. Die VOEST bekam damals schon die modernsten Hochöfen, die eine Leistung von 700 bis 800 Tonnen pro Tag aufwiesen. Damit war bei Kriegsausbruch die Alpine bereits vernachlässigt, sie war nicht mehr so modern wie damals das neugebaute VOEST-Werk. Wir haben aber seit 1950 in der Entwicklung der Wirtschaft erleben müssen, und das nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt, daß man weiter zu den Groß-Hochöfen übergeschwenkt ist, so daß man 1950 bereits 1600 Tonnen Leistungen pro Tag aus den Hochöfen herausgeholt hat. Dies nicht nur in den USA und der Sowjetunion, sondern auch in Schweden. Und es geht noch weiter. 1964 wurden die ersten Groß-Hochöfen sowohl in Rußland mit einer Tagesleistung von 4200 Tonnen als auch in Schweden mit 4000 Tonnen und Japan mit 4400 Tonnen ausprobiert und in Dienst gestellt. Wenn man 1968 bei dieser schnellen industriellen Entwicklung zur Kenntnis nehmen mußte, daß in Deutschland ein Hochofen mit einer Tagesleistung von 8600 Tonnen pro Tag in Betrieb gegangen ist, dann wissen wir, daß dies einer österreichischen Gesamtstahlerzeugung von ca. 3 Millionen Tonnen entspricht. Diese Entwicklung bringt es aber mit sich, daß wir uns ernstlich mit diesen Problemen zu befassen haben. Das hat mit politischer Einstellung überhaupt nichts zu tun, das sind Realitäten.

Wir haben heute — und das kann man überall nachlesen — in den modernen Stahlwerken der ganzen Welt Hochöfen mit einer Tagesleistung von 2500 bis 2800 Tonnen. So wird sich infolgedessen herauskristallisiert haben, daß diese Hochöfen scheinbar leistungsmäßig rentabel und das Risiko nicht so groß ist wie bei den zu großen Ofen. Daraus ergibt sich — wie heute schon hier in diesem Hohen Haus erwähnt wurde und wie das 1969 geschaffene Gesetz besagt —, daß die spartengleichen Betriebe der verstaatlichten Industrie in Österreich sich zusammenschließen müssen. Die ausländische Industrie, die weit größer ist als die österreichische, schließt sich neuerlich zu Interessensgemeinschaften zusammen. Dies muß doch einen Sinn haben. Sie wollen damit die Konkurrenzfähigkeit für die Zukunft sichern, sie wollen — mit Recht wurde in der Diskussion darauf hingewiesen — der Forschung und der Entwicklung mehr Gelder zur Verfügung stellen können, und aus diesem Grund wird auch Österreich diese Entwicklung zur Kenntnis nehmen müssen. 1969 wurde dieser Beschluß gefaßt und man hat erlebt, daß die Stickstoffwerke und die OMV nach einer gewissen

Diskussion sich auf diesem Gebiet zusammenschlossen haben und daraus für diese Betriebe nur Profit entstanden ist.

Wenn man nun auch darüber spricht, warum und wieso wird nun der Beschluß gefaßt, daß man endlich auch den Mut aufbringt, in Österreich der Entwicklung Rechnung zu tragen, wirft man Bundeskanzler Kreisky vor, daß die Manager der Wirtschaft zu lange gezögert haben und er als Politiker eingreifen muß und mit Recht sagt: „Die Zeit schreitet vorwärts, die Entwicklung zwingt uns dazu, nicht nur in der EWG, sondern in der ganzen Welt die Entwicklung der Zusammenschließung der Großbetriebe.“ Was auch die österreichische Stahlindustrie betrifft, wurde darauf hingewiesen, daß, wenn wir uns zusammenschließen, wir wohl an 10. Stelle stehen, leistungsmäßig erst an 20., das muß uns doch zu denken geben.

Wir haben hier aufzuholen. Wenn man uns heute verantwortlich machen will, daß wir scheinbar als Politiker oder als Gewerkschafter die „Verantwortlichen“ wären und die Arbeit von Fachleuten dem Management der Wirtschaft zusteht, die Zeit gehabt haben, jahrelang Vorsorge zu treffen, um diese Probleme wirklich auch im Interesse der Arbeitnehmer zu lösen und auch im Interesse der österreichischen Wirtschaft, so muß ich Ihnen sagen, hierüber kann man Ansichten vertreten wie immer man will. Wir als Gewerkschafter begrüßen die Fusion, weil wir kein Interesse daran haben und es nicht unsere Aufgabe ist, die Aufsichtsratsposten, sondern die Arbeitsplätze dieses Landes zu sichern. (Beifall bei der SPO.) Wenn man uns vorwirft, daß wir noch keinen Plan erstellt haben, so werden durch die Fusion jetzt nun die Managements dieser Wirtschaft und dieser Betriebe gezwungen werden, diesen Plan zu erstellen. Es ist für mich als Arbeiter und als Metallarbeiter, das sage ich ausdrücklich, ziemlich klar, daß ein Hochofen in der Größenordnung von 8600 Tonnen Leistung pro Tag ziemlich schwer in Donawitz aufgestellt werden kann. Auch bei der VOEST wäre das nicht möglich, denn da müßten wir als Steirer sofort dagegen protestieren, das Risiko wäre zu groß.

Dieser Hochofen hat eine Jahresleistung von ca. der heutigen Rohstahlerzeugung Österreichs. Bei Ausfall würde die ganze Stahlindustrie stillstehen. Die weitere Entwicklung und Planung ist die Aufgabe der Managements dieser Sparten. Bei der Erstellung eines Erzeugungsprogrammes und einer Spartenvereinbarung haben wir Steirer darauf zu achten, daß unser Land nicht benachteiligt wird. Wenn die Hochöfen auch in Österreich — ich bin davon überzeugt — vergrößert werden, strebt man dann vielleicht doch die Lösung an, die heute schon in aller Welt bei den modernen Werken gegeben ist, Hochöfen mit über 2000 Tonnen Tagesleistung in der Steiermark wie bei der VOEST. Bei den vier Hochöfen dieser Leistung würden wir nach meiner Meinung das gleiche produzieren wie heute, wenn nicht mehr. Somit ist eine Teilung der Roheisenerzeugung möglich, dadurch wäre in der Steiermark der Erzabbau und die Roheisenerzeugung gesichert. Das bedeutet wiederum eine echte Arbeitsplatzsicherung bei der Alpine und am Erzberg.

Ich habe vor kurzem ein Plakat gesehen, das so schön rot mit weißer Inschrift war. Da war ich der Meinung, es sei ein Plakat der Kommunistischen Partei, ich stellte aber dann fest, daß darauf hingewiesen wird, die ÖVP muß nun Sorge tragen, daß in der Steiermark die Arbeitsplätze gesichert werden. Ein Sprecher hat von diesem Rednerpult aus gesagt: „Viermal bin ich dafür, daß die Arbeitsplätze gesichert werden müssen“ — dies ist eine Selbstverständlichkeit für uns alle als Gewerkschafter, daß es hier in dieser Frage keine Zweifel gibt. Wir werden immer für die Arbeitsplatzsicherung eintreten, nicht nur, weil wir heute hier diskutieren, sondern es ist unsere Aufgabe und unsere Verpflichtung und die werden wir auch im Interesse unserer Arbeitnehmer durchsetzen.

Und wenn man hier sagt, die Generaldirektion in Wien oder in Linz — ich habe mir diese Fernsehdiskussion angesehen. Wenn es uns gelingen würde, daß man im Land Steiermark auch der Landeshauptstadt so viel Interesse entgegenbrächte, daß sich alle so einsetzen, um die Probleme, die zu lösen sind, gemeinsam zu lösen, würden wir es als Grazer auch begrüßen.

Eines darf ich Ihnen aber auch sagen, wenn Sie heute die Frage des Sitzes der Generaldirektion so besonders herausstreichen, habe ich vermißt, das ist jetzt keine Gehässigkeit meinerseits (Abg. Pözl: „Nein!“), nein wirklich nicht, daß der Herr Landeshauptmann dort nicht gerade gesagt hat, er sei gegen den Sitz der Generaldirektion in Linz, sondern er hat darauf hingewiesen, die Arbeitsplätze müssen gesichert werden, ich glaube das war richtig. Die Frage um den Sitz der Generaldirektion ist eine andere. Wenn es uns gelänge, sie in die Steiermark nach Leoben zu bringen, wären wir auch nicht dagegen. Ich glaube aber, daß das Wünsche sind, die man erst erfüllen müßte. Eines aber darf ich hier als Gewerkschafter ganz besonders unterstreichen: „Wir haben Verantwortung übernommen“, weil ich hier gehört habe, daß die Erklärung Bundeskanzler Kreiskys für sie scheinbar alarmierend war, der darauf hingewiesen hat, daß in diesem neugeschaffenen Aufsichtsrat und in dieser Fusionierung auch die Betriebsräte, das heißt die Belegschaftsvertretung dieser Betriebe, mehr Mitspracherecht haben werden, und ich habe in einem Zwischenruf gehört, auch „verantworten“. Wir waren immer bereit zu „verantworten“, auch in einer schlechten Zeit, und ich habe es Ihnen nicht vorgeworfen, das möchte ich ausdrücklich sagen, daß die Alleinregierung der ÖVP damals schuld war, daß 1967/68 eine Wirtschaftskrise . . . (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe) Moment, das war eine Erscheinung in Europa (Zwischenruf von der ÖVP: „Jawohl!“), und wir haben nur kritisiert, daß die ÖVP-Alleinregierung nicht gegen dieses Vorsorge getroffen hat.

Wir haben es Ihnen nicht allein in die Schuhe geschoben. Als 1969 die ÖVP-Alleinregierung die 10 Prozent Lohnsteuernhöhung eingeführt hat, sind wir nicht marschiert. Wie blieben in den Betrieben und haben mitgeholfen, die Probleme Österreichs und die der österreichischen Wirtschaft zu lösen. Das möchte ich abschließend sagen. (Beifall bei der SPO.)

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Koiner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Koiner:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der wesentliche Kern der heutigen dringlichen Anfrage war es, etwa zu sagen: Sind Sie der Meinung, daß die bisherigen Äußerungen des Eigentumsvertreters erkennen lassen, daß diesen steirischen Anliegen Rechnung getragen werden wird. Die Aussage, die der Herr Landeshauptmann dazu gemacht hat, ist bekannt. Was mich, Herr Landeshauptmannstellvertreter, in Ihren Ausführungen enttäuscht hat, war die Tatsache, daß Sie 20 Minuten und sogar etwas darüber gesprochen haben, die Historie, den geschichtlichen Rückblick entwickelt haben, aber keine Aussage darüber getroffen haben, inwieweit von Ihrer Seite aus — und Sie haben die Möglichkeit — sichergestellt wird, daß diese Anliegen in der entsprechenden Weise erfüllt werden. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Da haben Sie schlecht aufgepaßt. Da haben Ihre Leute zu laut geschrien, da haben Sie nichts gehört!“ — Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: „Nicht zu billig machen die Sache!“) Herr Landeshauptmannstellvertreter! 20 Minuten haben Sie die Historie erwähnt. Ich kann mir vorstellen, daß die Arbeiter oben an und für sich hören wollten, daß Sie mit Ihren Verbindungen in Erfüllung der Wünsche der Arbeiter in Wien die entsprechenden Vorsorgen getroffen haben. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Sie haben schlecht aufgepaßt, Herr Kollege! Sie haben das nicht mitbekommen!“) Ich habe es nicht gehört, und ich möchte wirklich bezweifeln, wenn die Aussagen dahingehend lauten, Vertrauen, ja, das ist in Ordnung, ich bin nicht dafür, von vornherein Mißtrauen zu säen. Aber es wäre wesentlich wertvoller gewesen, wenn nicht nur gesagt worden wäre: Vertrauen Sie, wir werden das schon machen, ich glaube, es ist sogar die Äußerung gefallen: Wir werden entsprechend agieren und streiken, wenn die Arbeitsplätze gefährdet sind, wenn eine Entwicklung eintritt, die den steirischen Anliegen nicht Rechnung trägt. Wertvoller wäre es gewesen, zu sagen, so und so sind diese Arbeitsplätze und diese steirischen Anliegen gesichert. Herr Landeshauptmannstellvertreter, warum sind Sie nicht gekommen und haben gesagt, in Wien ist über meine Intervention das sichergestellt worden? (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Ich war ja nicht in Wien! Der Herr Landeshauptmann Dr. Niederl hätte das im Fernsehen machen sollen!“) Sie haben doch die nötigen Verbindungen. Oder wollen Sie sagen, daß Sie nicht in Wien waren und sich nicht in dieser Sache engagiert haben? Aber warum sind Sie heute nicht gekommen und haben gesagt, ich habe dafür Sorge getragen, daß der VOEST-Plan, die faktische Demontage der steirischen Alpine (Abg. Pichler: „Aber geh, du bist ein Miesmacher!“) widerwufen wird. Das wäre eine echte Zusage gewesen. (Beifall bei der ÖVP.) Das hätte auch die Arbeiter bei uns wesentlich mehr beruhigt als eine Aussage, die nur darin gipfelt, in die Zukunft Vertrauen zu haben.

Und noch eine zweite Angelegenheit. Es ist nicht unbekannt, daß in der OIAG von den Ausschüssen

lediglich der Rechts-Ausschuß befaßt worden ist, während weder der Finanz-Ausschuß noch der Wirtschaftspolitische Ausschuß überhaupt befaßt worden sind. Das bestätigt die Befürchtung, die in der Steiermark nun laut wird, daß lediglich über die rechtliche Konstruktion geredet worden ist, aber keine Aussage und keine Überlegungen über die finanziellen und wirtschaftspolitischen Auswirkungen gemacht worden sind. Und auch da hätten wir eine klare Aussage von Ihnen erwartet. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte zum Abschluß folgendes sagen. Wenn hier diese Aussage noch einmal gemacht wird, wenn Bereitschaft besteht, bei Ihnen Verbindungen zu sagen, das haben wir konkret erreicht und damit sind die steirischen Anliegen gesichert, dann nehmen wir das mit Dank zur Kenntnis. Bis jetzt haben wir das nicht gehört. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schön. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schön:** Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon einige Zeit her, daß ich hier an diesem Pult gestanden bin und über die Alpine, über die Verstaatlichung, über den Erzberg gesprochen habe. Es ist mittlerweile hier sehr ruhig darum geworden, aber es ist nicht ruhig geworden draußen in den Betrieben und bei den Betriebsräten. Und wenn heute so diskutiert wird, daß man Rückschau hält, so kann ich nicht umhin, auch eine kleine Rückschau zu halten. Ich bin nun der erste Redner, der als Belegschaftsvertreter der Alpine hier spricht. Als die Verstaatlichung gegründet wurde — das wurde hier bereits vom Ersten Landeshauptmannstellvertreter Sebastian angeführt —, waren einige Wehwehchen dabei, die wir sehr wohl erkannt haben, zu denen wir als Betriebsräte gestanden sind. Wir sind immer froh als Betriebsräte der Alpine, wenn wir auch aus Ihren Reihen Leute finden, die zu uns halten, die uns unterstützen. Wir sind weniger für Leute, die in diesen Angelegenheiten sich den Schein geben, zu uns zu halten, aber dabei nur polemisieren. Das nützt uns gar nichts. Die Verstaatlichung in ihrer Entwicklung hat bald gezeigt, daß es in zwei Gruppen geteilt wird, und zwar die VOEST, die ins Ausland exportiert, und die Alpine, die den Inlandsmarkt beliefern muß, um hier die Wirtschaft zu heben. Und da möchte ich einwandfrei feststellen, daß das heute nicht so einfach abgetan werden kann, daß man sagt, das war für die österreichische Wirtschaft notwendig. Denn darunter hat nicht nur die Belegschaft zu leiden gehabt, denn auch auf ihrem Rücken wurde das ausgetragen, und wir sehen es heute deutlich, wenn wir die Sozialleistungen gegenüberstellen, daß wir echt ins Hintertreffen geraten sind. Aber wir sind auch bei den Investitionen sehr stark ins Hintertreffen gekommen. Es hat sich dann gezeigt, daß verschiedene Umstellungen im Werk waren. Auf einmal wurde spontan überall der Ruf nach einer Fusionierung und einer Zusammenlegung der gesamten verstaatlichten Industrie laut. Es wurde hier bereits angeführt, wie viele Leitungen dieser verstaatlichten Industrie vorgestanden sind. Ich erinnere mich noch sehr

gut. Es war im Jahre 1966 zum Abschluß der Herbstperiode, als Kollege Krempl — damals noch im Nationalrat — die Schlußrede gehalten und sich bedankt und gefreut hat, daß man endlich dazu gefunden hat, eine Dachorganisation zu schaffen in Form der OIAG. Das änderte war alles schlecht, die OIAG wird das Mittel werden, und er hat wörtlich gesagt: „Wir erhoffen uns sehr unter der OIAG die Zusammenführung der ganzen verstaatlichten Industrie.“ Wir haben lange gewartet, es ist soviel passiert. Ich bin hier gestanden und habe mir oft die Stimme heiser geredet über den Erzberg und über den Bergbau. Ich habe auch hier Anhänger gefunden, ich war nicht allein, es waren welche hier, die mir beigepflichtet haben. Aber man ist darüber hinweggegangen. Das war wohl ein Genede von der Zusammenlegung, geglaubt hat es niemand. Und nun komme ich zum Kernpunkt, der heute sehr weh tut. Und zwar war das der Kernpunkt von Eisenerz selbst. Damals habe ich den Ruf von eurer Seite vollkommen vermißt: Die Erhaltung der Arbeitsplätze in Eisenerz! Ich werde euch heute nur einige Zahlen nennen. Als das ganze Rationalisierungspogramm kommen mußte, und zwar deshalb kommen mußte, weil ja hier durch die Belieferung des Inlandsmarktes keine Preissteigerungen, Preiserhöhungen am Erz selbst getätigt werden durften, um nicht hier gleich der Anstoß zu sein zu einer weiteren Kette der Preissteigerungen, hat man übergehen müssen auf ganz große Rationalisierungen, die wieder nicht zuletzt auch auf dem Rücken der Bediensteten dort gemacht wurden. Wir hatten im Jahre 1962 am 1. Jänner einen Arbeiterstand von 4154 und haben am 27. Juni 1972 einen Stand von 2258. Das sind um 1896 Mann oder Beschäftigte weniger. Ich habe damals vollkommen vermißt, daß man geschrien hätte auch dort, die Erhaltung der Arbeitsplätze, das ist uns so wichtig. Wir haben einen Angestelltenstand gehabt von 475 damals und haben am 26. Juni 1972 einen Stand von 389, um 86 Angestellte weniger, ich habe auch dort das vermißt, daß es geheißen hätte, eintreten für diese Arbeitsplätze. Man hat uns dort sehr allein gelassen. Und als ich hier einmal sprach, da hat mich der Herr Landeshauptmann Krainer im Foyer draußen zu sich genommen und hat so väterlich gesagt, mein lieber Schön, eines muß uns klar sein, der Erzberg muß uns allen gehören in der verstaatlichten Industrie und die verstaatlichte Industrie gehört endlich einmal zusammen, dann haben wir auch um den Erzberg keine Sorge mehr. Das waren seine Ausführungen, das war der Landeshauptmann Krainer, der auch diese Probleme damals schon erkannt hat. Und wenn man heute hier hereinhört in diese Diskussion, dann kommt einem vor, es gibt hier die Supersteierer, die zur Alpine halten, und hier gibt's die Verräter, die mit der VOEST-Fahne marschieren.

Ich möchte hier feststellen, daß ich 20 Jahre Belegschaftsvertreter der Alpine bin, und zwar als Arbeiter- und auch als Angestelltenvertreter, und ich habe mich immer zur Alpine bekannt und ich habe immer gesagt, daß Alpinesen zusammenhalten müssen. Nur langsam hat es sich dann auch gezeigt, daß man nicht nur politisch in der verstaat-

lichten Industrie wirtschaften kann, sondern daß man auch wirklich wirtschaftlich denken muß in dem ganzen Rahmen, und wenn heute Kollegen hier sitzen, dort als Alpinebetriebsrat, wollen wir sagen sehr wenige, sehr wenige im Verhältnis, die Alpine hat einen sehr großen Kader von Betriebsräten, die sich sehr wohl zu wehren wissen in der ganzen Angelegenheit, dann sei hier einmalig vermerkt, daß eine Wirtschaftlichkeit bei uns in den Betriebsräten überall schon begrüßt wurde in der Zusammenlegung, weil wir in Verhandlungen, wo wir hingekommen sind zur Alpine, immer wieder hören mußten, die Erlöse sind schlecht, was hilft uns der ganze Umsatz, wenn der Erlös schlecht ist. Denn schließlich und endlich können wir nur mit dem Erlös Leistungen vollbringen. Das glaube ich muß einwandfrei zugestanden werden und so ist immer auch bei uns der Wunsch gewesen zur Zusammenlegung. Man kann sich natürlich nicht alles so wünschen, wie es einem gerade selbst gefällt, aber ich glaube, daß in diesem Zusammenhang auch erwähnenswert ist der Bergbau selbst. In dieser Lösung, in dieser Fusion wurde zugestanden, daß der Bergbau, und zwar der Alpine-Bergbau, mit der Alpine beisammen bleibt. Es hat viele Pressestimmen gegeben, die bereits angekündigt haben, heraus mit dem gesamten Bergbau, eine eigene Bergbaugesellschaft, und die soll sich eben allein dann erhalten. Das wäre natürlich schön gewesen für alle anderen Betriebe, aber zugleich auch der Tod des gesamten Bergbaues. Es hat in letzter Zeit auch Zeitungen gegeben, die für das eingetreten sind oder es geschrieben haben, für uns war es sehr schockierend, und bei der letzten Konferenz, die in Wien abgehalten wurde, auch im Verband der Betriebsräte mit dem Bundeskanzler und Generaldirektor Geist und Aufsichtsratspräsidenten Taus hat der Betriebsratsobmann Bacher eine Anfrage gerichtet an den Herrn Generaldirektor Geist in bezug auf den Erzberg, und hier kann ich Ihnen ein Schreiben zitieren, weil Sie immer sagen, man weiß nicht, was kommt. Ich darf es hier wörtlich zitieren: „Auf Ihre mir heute gestellte Frage, was bezüglich der Erzbergbaubetriebe Eisenerz und Radmer in bezug auf die Fusion geplant ist, möchte ich Ihnen mitteilen, daß diese Erzbergbaue bei der Alpine verbleiben, also nicht ausgegliedert werden. Das zukünftig zuständige Vorstandsmitglied für die Bergbaue wird seinen Sitz in Leoben haben. Daher der Antrag des OIAG-Vorstandes an seinen Aufsichtsrat, eine Hauptverwaltung in Leoben zu installieren.“ Ich glaube, daß das für uns Bergleute eine Zusage ist, die nicht schlecht ist. Und im weiteren muß man halt auch so denken, wie es auch hier ausgesprochen worden ist, daß einem das Hemd eben näher liegt als der Rock. Und wenn ich hier zitiere, daß wir immer kämpfen mußten, vorerst mit Verträgen mit der VOEST zur Abnahme der Erzlieferungen, da kann ich hier auch eines feststellen, ich glaube, wenn fusioniert wird, daß sich dann der Eigentümer, der auch dann VOEST heißt und nicht nur Alpine allein, nicht so ins Fleisch schneiden wird, daß er einfach einen Betrieb defizitär laufen läßt, um das Defizit dann selbst zu bezahlen, weil bis jetzt hat er es ja nicht bezahlen müssen. Also

haben wir auch hier, glaube ich, ein ganz gutes Zugeständnis. Es ist auch weiters so, wäre der Bergbau herausgeblieben, wäre es unter Umständen möglich gewesen, daß sich auch die Alpine Donawitz gesagt hätte, nun geht mich der Erzberg nichts mehr an, ich kann mein Erz dort beziehen, wo ich es gerade am günstigsten bekomme. Aber hier sei noch eines vermerkt, daß wir schon im Jahre 1970 zu besseren Verträgen gekommen sind mit der VOEST und die VOEST auf unsere Vorschläge die Auslands-Erzlieferungen gedrosselt hat, und zwar heruntergegangen ist. Wir haben im Jahre 1970 noch eine Einfuhrtonnage gehabt von 2, 111.000 und sind bereits abgesunken im Jahre 1971 auf 1,882.000 Tonnen, also das sind, glaube ich, Werte, wenn wir sie in Schilling ausdrücken, von 732 Millionen Schilling auf 657 Millionen Schilling zurückgegangen. Und ich glaube, daß das alles auch irgendwie zu vermerken ist.

Im weiteren möchte ich hier auch an meine Kollegen einen Appell richten. Es freut uns sehr, wenn hier viele Vornamen, das habe ich schon einmal gesagt, für die Alpine, mich würde es auch freuen, wenn wir heute als Alpinesen so zusammenhalten wie früher und nicht schon sagen, bevor das Kind richtig geboren ist, wir bringen es um, weil es nicht lebensfähig ist, und daß wir endlich dem die Zustimmung geben und es einmal wenden lassen. Wenn du heute, Kollege Nigl, oder gestern beim Interview gesagt hast auch wegen der Arbeitsplätze, daß du dir Sorge machst, ich hätte dich lieber dort in Radmer gesehen, als die Hohenberg'sche Forstverwaltung ihre Forstarbeiter entlassen hat, und zwar über Nacht kann man sagen, und daß zugesichert worden ist die soziale Arbeitslosenunterstützung, wo wir von uns aus alles unternommen haben, diese Forstleute nach Donawitz zu führen und ihnen dort eine Beschäftigung zukommen zu lassen. Ich glaube in diesem Sinne wäre die Angst und die Sorge dort besser gewesen. Wir Betriebsräte und als Gewerkschafter, ich glaube das kann ich hier sagen, wir werden sehr wohl wachen, daß hier nicht das eintritt, was wir alle befürchten, wir haben auch früher dafür gewacht, wir haben auch früher dafür eingestanden, daß die Pläne nicht zur Verwirklichung gekommen sind. Wir werden das auch in Zukunft tun und ich möchte heute sagen, warum so ängstlich?

Wir haben uns früher zu wehren gewußt, wir werden uns auch in Zukunft wehren. Ihnen, Herr Landeshauptmann, möchte ich eines sagen, und ich glaube, daß ich das vor allen in dieser Diskussion hier sagen kann, verwenden Sie Ihre ganze Kraft auch, Ihren Herrn Kollegen Landeshauptmann Wenzel in Oberösterreich dazu zu verhalten, daß er genauso mitmacht, daß in der Steiermark nichts passiert. (Beifall bei der SPO.)

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Nigl.

**Abg. Nigl:** Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine solche Debatte muß naturgemäß auch ins Politische abgleiten. Ich bedauere es nur als Repräsentant der Fraktion christlicher

Gewerkschafter, daß in diesem Zusammenhang hier im Hohen Hause zum Teil gezielt persönlich, zum Teil Gruppen von Arbeitnehmern angegriffen worden sind, etwa mit der Behauptung, daß christliche Gewerkschafter schlechtere Gewerkschafter seien als die Sozialisten. Ich möchte mich hier ausdrücklich... (Abg. Brandl: „Das hat niemand gesagt; der OAAAB ist nicht Gewerkschaft, haben wir gesagt!“) Es gibt genauso viele OAAAB-Mitglieder, die Gewerkschafter sind, als Sozialisten, die Gewerkschafter sind. Das möchte ich ganz deutlich feststellen. (Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: „Bravo!“ — Beifall bei der OVP.) Ich möchte mich hier ganz dezidiert schützend vor alle jene Gewerkschaftskollegen stellen, die nicht das sozialistische Parteibuch haben, weil ich glaube, daß sie zumindest die gleich guten Gewerkschafter sind wie ihr. Und noch ein Wort zu einer gewerkschaftlichen Frage. Ich bin jetzt auch lange genug Gewerkschafter und war immer der Meinung, daß ein Streik einer Belegschaft dann zu vollziehen ist, wenn in einer Urabstimmung, in einer geheimen Abstimmung, die Belegschaft diesen Streik beschließt. Mir war nicht bekannt, daß ein Streik nur angeordnet werden kann von einer gewerkschaftlichen Organisation. (Abg. Brandl: „Die beschließenden Organe!“ — Allgemeine Zwischenrufe. — Abg. Dr. Dorfer: „Erlaubt ist, was der SPO gefällt!“) Ich möchte das ausdrücklich feststellen, wenngleich ich sehr gerne bereit bin, zuzugestehen, daß in der Hitze des Gefechtes hin und wieder auch etwas falsch dargestellt wird. (Abg. Gross: „Der OAAAB ist auf einmal der OGB!“ — Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: „Das bestimmt der Gross, wer bei der Gewerkschaft ist!“)

Weil wir als christliche Gewerkschafter und als Angehörige des OAAAB uns zumindest als gleich gute Gewerkschafter fühlen wie die Kollegen Sozialisten, haben wir auch gestern in der Sitzung der Landesexekutive des steirischen OGB einen Resolutionsantrag eingebracht (Abg. Brandl: „Das hat die Kollegin Jammegg schon gesagt!“), und nachdem die sozialistische Fraktion dort, wie das bereits gesagt wurde, gemeint hat, das passe nicht auf die Tagesordnung, das könne man nicht behandeln, das ist nicht so eine wichtige Frage, darf ich mit freundlicher Genehmigung des Herrn Präsidenten den Wortlaut hier in aller Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen, damit bekannt wird, was wir dort vorgebracht haben: „Die geplante Fusion der Alpine mit der VOEST wirkt besonders für die steirischen Betriebe und die dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten eine Reihe von ungelösten Fragen und Problemen auf. Der Verbleib der Bergbaubetriebe im Verband der Hüttenwerke, die Durchführung der bereits geplanten mittelfristigen Investitionen, der Weiterverbleib der Roheisenproduktion in Donawitz, der Sitz der Generaldirektion und schließlich auch die Gleichberechtigung von VOEST und Alpine im Vorstand sind Probleme, die nicht nur für die Alpine-Betriebe in der Steiermark zu Lebensfragen werden könnten. Damit im Zusammenhang stehen die Schicksale Tausender Arbeiter und Angestellter und deren Familien, die durch derzeit bestehende Unsicherheiten sich in ernster Sorge befinden. Die steirischen Interessen müssen daher bei der geplanten

Fusion der Eisen- und Stahlbetriebe voll gewahrt bleiben, um auch die Arbeitsplätze zu sichern."

Ich darf nochmals feststellen, man hat es nicht für notwendig gefunden, über diesen Resolutionsantrag zu debattieren und darüber abstimmen zu lassen. So geschehen gestern in der Sitzung der steirischen Landesexekutive des OGB. Ich bedauere das deshalb, weil es nicht die Gewohnheit in diesem Gremium in den vergangenen Jahren war, ernste Angelegenheiten, die uns alle betreffen, so abzutun, als ob das eine Sache wäre, die uns nichts angehe. Es ist in diesem Haus auch mehrmals angezweifelt worden, daß der Herr Landeshauptmann sich klar genug über die steirischen Belange ausgesprochen habe. Ich darf hier auch wiederum wörtlich eine Aussendung der APA zitieren:

„Stahlfusion. Bedenken in den Bundesländern. Der steirische Landeshauptmann meldete noch stärkere Bedenken als sein oberösterreichischer Kollege Wenzel an und betonte, daß noch alles offen sei, weil der endgültige Beschluß über die Fusion erst vom Aufsichtsrat der OIAG getroffen werden muß. Niederl erklärte, die Steiermark befürchte, an die Wand gespielt zu werden, was die Steiermark angesichts der Tatsache, daß die in Frage kommenden Betriebe 32.000 Beschäftigte haben und eine beträchtliche Wirtschaftskraft darstellen, nicht hinnehmen könne. Stark kritisierte Niederl, daß nach den bisher vorgesehenen Plänen nicht vorgesehen sei, daß die zwei wichtigen Betriebe Böhler und Schoeller-Bleckmann im Aufsichtsrat vertreten sein werden. Die Frage der Repräsentation dieser beiden Unternehmen müsse unbedingt geklärt werden, weiters muß dafür gesorgt werden, daß in der Steiermark alle Arbeitsplätze erhalten bleiben und nicht zuletzt müßte auch noch ein Beschluß über die Zukunft des steirischen Bergbaues gefaßt werden.“

Ich glaube, daß an und für sich aus dieser Aussendung der APA das Gesamtausmaß der Bedenken, die wir im Zusammenhang mit der geplanten Fusion aussprechen und die in verschiedenen Resolutionen und Anträgen zum Ausdruck kommen, auch sehr klar ausgedrückt erscheint. Nun noch ein paar Bemerkungen, die mir notwendig erscheinen, weil sie zu einer Richtigstellung führen sollen. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian — er ist gegenwärtig leider nicht im Raum — hat den Kollegen Burger vom Nationalrat der Unwahrheit bezichtigt. Ich möchte hier ausdrücklich feststellen, daß das, was Burger gesagt hat, in der Rundfunksendung am Sonntagabend und auch am Montag früh, also zweimal, ausgestrahlt wurde, nämlich, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian gegen den Sitz der Generaldirektion in Linz nichts einzuwenden habe. Ich kann nicht feststellen, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian bis zur Stunde eine Berichtigung dieser seiner Aussage gemacht hat. Und noch ein Thema: Zusperrn der Betriebe. Es ist gesagt worden, daß noch nie so viele Betriebe zugesperrt worden sind wie in der derzeitigen Epoche der sozialistischen Bundesregierung. Das dürfte inzwischen unbestritten sein. Vielleicht auch noch ein sehr pikantes Beispiel aus der Zeit vor der letzten Nationalratswahl. (Abg. Preamberger: „Freie Wirt-

schaft!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Wollt Ihr alles verstaatlichen?) Als es um die Frage Hinterberg gegangen ist, kolportierte man im Raum St. Michael, Hinterberg und Leoben die sehr interessante Wahlparole: „Wählt ja nicht die ÖVP, denn wenn die ÖVP die Mehrheit bekommt, dann wird Hinterberg zugesperrt.“ Ich habe das schriftlich in der Hand. (Abg. Fellingner: „Erzähl nicht, daß du den Blödsinn bei uns gehört hast!“) Ich habe das schriftlich bescheinigt aus St. Michael, Herr Kollege Fellingner. Ich kann nur feststellen, inzwischen hat der Freund des Herrn Dr. Kneisky, der Eigentümer von Hinterberg, Hinterberg mit Billigung der sozialistischen Bundesregierung zugesperrt. So schaut die Wirklichkeit aus. (Landesrat Gruber: „Und wessen Freund ist der Bulla?“ — Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: „Unserer nicht, vielleicht Ihrer!“)

Und noch etwas muß ich an die Adresse des Herrn Abgeordneten DDr. Götz sagen, auch ihn sehe ich nicht auf seinem Sitz sitzen. (Unverständliche Zwischenrufe.) Ich sage es trotzdem, damit er es dann wenigstens aus dem Protokoll lesen kann. Der Herr Abgeordnete DDr. Götz hat in seinen Ausführungen die Frage aufgeworfen — ich habe es hier wörtlich mitgeschrieben: „Wollen Sie, daß die besseren VOEST-Leute die Alpine regieren, oder wollen Sie, daß die schlechteren Alpine-Leute die VOEST regieren?“ Ich muß hier auch schützend namens meiner Fraktion mich hinstellen vor das gesamte Management des Alpine-Konzerns, weil ich glaube, daß es nicht angeht, daß hier jemand eine Abqualifikation vornimmt. (Abg. Gerhard Heidinger: „Peltzmann!“ — Landesrat Peltzmann: „Sie wissen genau, wen ich gemeint habe!“) Es gibt nicht nur einen, der das Management ausmacht in einem Unternehmen. Das sind viele Direktoren und Abteilungsleiter und verantwortliche Kollegen, die das Management eines Unternehmens ausmachen. Es geht nicht an, daß hier Leute, die ihren Dienst fleißig und pflichtbewußt tun, die beim LD-Verfahren mitgewirkt haben, einfach pauschal als die schlechteren Alpine-Leute abqualifiziert werden. So etwas nehmen wir nicht zur Kenntnis. (Beifall bei der ÖVP, Zwischenrufe von der SPÖ.)

Wenn ich daher abschließend sagen darf, daß wir es nicht zulassen werden, daß die Alpine und der gesamte Industrienaum der Obersteiermark — wenn das vorläufig auch nur ein Verdacht ist, der Verdacht genügt uns — Gefahr laufen soll, abmontiert zu werden. Wir werden es dann sein, die sich schützend vor die Kumpels in den Hütten und in den Betrieben stellen werden. Nehmen Sie das zur Kenntnis. (Beifall bei der ÖVP — Zwischenrufe von der SPÖ.)

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Loidl.

**Abg. Loidl:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich doch richtigstellen, daß der Abgeordnete Gross vorhin im Zusammenhang mit dem Streik ausdrücklich gesagt hat, daß nicht der OAAAB bestimmt oder beschließt, wann, wo und wie gestreikt wird, sondern daß das Sache der zuständigen Gremien der Gewerkschaft ist, und ich glaube, das ist klar.

Meine Damen und Herren, was ich jetzt sage, findet vielleicht auch nicht die ungeteilte Zustimmung des einen oder anderen Kollegen von meiner Fraktion. Ich stelle nämlich fest, daß es bei uns in Österreich und fast in der ganzen Welt mit Ausnahme der pragmatisierten Beamten kaum einen Arbeitsplatz gibt, der absolut gesichert ist. Und wir haben da eine leidvolle Erfahrung in vielen Bereichen der Wirtschaft, auch der Steiermark, und ich wundere mich an sich ein wenig, daß man hier einen ganzen Tag redet, so wichtig das sein mag, weil, wie Abgeordneter Nigl gesagt hat, der Verdacht besteht, daß Arbeitsplätze unter Umständen gefährdet sind, während in der jüngsten Vergangenheit Hunderte Arbeitsplätze tatsächlich verlorengegangen sind. Nur die Regierung und die Gewerkschaften sowie die Betriebsräte hatten sich damit auseinanderzusetzen. Wenn es in Österreich relativ gesicherte Arbeitsplätze gibt, dann sind es die Arbeitsplätze in der verstaatlichten Industrie. Das waren sie in der Vergangenheit dank des großen Einflusses und der Kraft der Gewerkschaften und deren Organisation, die in diesen Betrieben in erster Linie besteht.

Meine Damen und Herren, ich glaube, was der Herr Abgeordnete Dr. Götz gesagt hat, ist sehr ernst zu nehmen. Ich glaube nämlich, daß die Generaldirektion, wo immer sie sitzt, ob das ein Koller oder ein anderer ist, in erster Linie die Sorge haben wird, ob sie genügend Arbeitskräfte zur Verfügung hat, um die Produktion, die jetzt läuft und noch ausgeweitet werden wird, tatsächlich durchziehen zu können. Denn ich darf Ihnen sagen, daß auch gegenwärtig — das wissen vielleicht die wenigsten — mehr als fünfhundert Bauarbeiter in Donawitz und in den Stahlwerken in der Produktion arbeiten, sogenannte ausgeliehene Arbeiter, da sie mit den eigenen Arbeitskräften nicht das Auslangen finden. Darüber hinaus sind in Linz Tausende und in der Obersteiermark ebenfalls viele Hunderte ausländische Arbeitskräfte zusätzlich beschäftigt. Ich sehe also, diese fast hysterische Gefährdung der Arbeitsplätze überhaupt nicht und es muß doch einer, der die Zusammenhänge nicht kennt, um seinen Arbeitsplatz zittern. Das ist scheinbar Ihre Absicht, weil es eben eine sozialistische Regierung gibt, wie ich überhaupt den Eindruck habe, daß Ihnen das alles nicht paßt, weil etwas geschieht. Man kann eben auf der einen Seite nicht sagen, sie reden nur und regieren nicht, auf der anderen Seite wird etwas getan, es werden Taten und Fakten gesetzt, ob es nun das ist, oder ob es die Mehrwertsteuer ist, Sie sind halt einfach überall dagegen.

Und noch was, meine Damen und Herren, ist mir aufgefallen bei dieser Diskussion. Ich habe sehr aufmerksam die Zwischenrufer beobachtet, welchen Anteil jetzt auf einmal die Herren vom Wirtschaftsbund an den Geschehnissen in der Gewerkschaft nehmen. Sie waren die eifrigsten Zwischenrufer. Der Herr Kollege Dorfer, der ja keine Ahnung von gewerkschaftlicher Tätigkeit hat, war einer der eifrigsten. Wenn ich Ihnen jetzt etwas sage von der Arbeitsplatzsicherung und vom Recht des Arbeiters auf seinen Arbeitsplatz. Wir mußten jahrelang gegen Sie kämpfen, daß wir den Para-

graphen 82 h der Gewerbeordnung, wo jeder Mann nach vier Wochen Krankheit entlassen werden kann, als ob er etwas gestohlen hätte, wegkommen, das haben wir nach jahrelangen Kämpfen gegen den Widerstand des Wirtschaftsbundes durchgesetzt. Das ist auch Arbeitsplatzsicherung, meine Damen und Herren (Abg. Dorfer: „Das sind ja Märchen, was Sie da erzählen!“), das müssen Sie nämlich auch betrachten, und man kann die Dinge nicht einfach umdrehen. Wir erwarten ja nicht, aus der ganzen Geschichte heraus kennen wir ja Ihr geteiltes Herz für die verstaatlichte Industrie, schade man müßte die Plakate vom Jahre 1956 da haben, wie Sie die Wahl geschlagen haben gegen die Verstaatlichte, daß Sie für diese verstaatlichte Industrie etwas tun, wir sind ja schon froh, wenn Sie nichts dagegen tun und Sie tun nichts dagegen, weil Sie nichts mehr dagegen tun können, weil sich hier wie in vielen anderen politischen Entwicklungen herausgestellt hat, daß sich letzten Endes unsere Auffassungen durchgesetzt haben, das ist ja auch letzten Endes unser Aufstieg, den wir gemacht haben. Und wenn wir heute anerkannt werden als Gewerkschaften, wenn die Betriebsräte etwas zu reden haben, haben Sie uns das nicht geschenkt und gegeben, sondern das wurde erkämpft in sehr schweren und langen Zeiten. (Beifall bei der SPO. — Abg. Dipl.-Ing. Eberdorfer: „Unter einer OVP-Mehrheit!“)

Und dann noch ein paar Worte. Ich möchte nur noch sagen, daß ich froh wäre, wenn Sie alle, auch meine Kollegen hier, der Existenzfrage auch bis zu einem gewissen Grad, der Neuordnung der Bauwirtschaft, die auch eine große Anzahl von Arbeitskräften beschäftigt, ein ähnliches Interesse entgegenbringen würden. Aber nun noch ein paar Worte zum Dirimierungsrecht. Immer wieder ist ein Zwischenruf gekommen, ja die Dirimierung des Vorstandes, ja, meine Damen und Herren, das ist ja im Aktiengesetz verankert, daß der Vorsitzende des Vorstandes dirimiert. (Landesrat Dr. Krainer: „Das kann man ändern!“) Aber Ihr Herr Vater war es, ich habe es noch im Ohr, der immer wieder das Wort des Ordnungsfaktors geprägt hat und der gesagt hat, man kann nicht ununterbrochen quatschen, irgend wann einmal muß halt einer entscheiden und die Verantwortung auch für diese Entscheidung übernehmen. Das ist ja der Sinn des Dirimierungsrechtes. Aber, wenn hier ein Vorstand ist, so sehe ich das, ich habe direkt damit nichts zu tun, aber ich stelle mir vor, das wäre in meiner Gewerkschaft. Ein Vorstand ist, in dem vier Steiner und vier Oberösterreicher sitzen sowie ein Generaldirektor, der wahrscheinlich jetzt einmal der Koller sein wird, es ist nicht gesagt, wer der nächste ist. Die Gewerkschaft im Betrieb ist mit der qualifizierten Mitbestimmung im Aufsichtsrat und das tut scheinbar dem Wirtschaftsbund auch weh. Das ist ein Modellfall für die gesamte Wirtschaft, das tut euch weh. (Zwischenruf von der OVP.)

Ich möchte diesen Vorsitzenden des Vorstandes sehen, der es wagen könnte, nicht in einer kleintlichen Frage, wo eine Maschine aufgestellt wird oder nicht, das ist klar, daß er das bestimmt, in einer entscheidenden Frage, die die Arbeitsplätze und die

Existenzbedingungen betrifft, diesen Vorsitzenden möchte ich sehen, der es wagen würde, diese vier anderen zu dimimieren. (Abg. Dr. Dorfer: „Ist ja schon geschehen!“ — Zweiter Präsident Hleschitz: „Der Vorstand ist noch nicht einmal berufen und er sagt, das ist schon geschehen!“) Soviel Kraft, meine Damen und Herren, können Sie der gewerkschaftlichen Organisation zutrauen, daß Sie das zu verhindern wird wissen.

Ich bin der Meinung, es geht hier aus den geschilderten Gründen in der nächsten Zukunft — und das wird die Aufgabe der zuständigen Gewerkschaft sein — überhaupt nicht um die Gefährdung oder Erhaltung der Arbeitsplätze. Diese werden, soweit das überhaupt in einer freien Marktwirtschaft möglich ist, gesichert sein. (Abg. Jamnegg: „Warum diese Einschränkung?“) Das Wichtigste wird sein, daß die Arbeitsplätze der Arbeiter in diesen Betrieben bessere Arbeitsplätze sein werden, daß die Arbeiter besser entlohnt sein und denselben sozialen Status haben werden wie in den anderen Betrieben. Das wird eine Aufgabe sein, die sich lohnt und die den Arbeitern auch etwas bringt und nicht ihnen Angst und Schrecken einjagen, wo gar keine Ursache dafür besteht. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Zu Worte gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pölzl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Pölzl:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich drei Feststellungen treffe. Die erste Feststellung betrifft den Herrn Landesrat Gruber, der vielleicht das entwürdigendste Wort hier in diesem Hohen Haus heute gesagt hat. Es ist für mich einfach unverständlich, wie ein Regierungsmitglied über einen Fachmann, der Universitätsprofessor in Leoben ist und der beauftragt war, als Vorsitzender für das Gutachten betreffend die OIAG zu fungieren, zu sagen, bei dem einen Gutachten ist er von der VOEST bezahlt und beim anderen ist er von der Alpine bezahlt. (Landesrat Gruber: „Das ist nicht wahr. Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt: Er ist jetzt vielleicht Konsulent der Alpine und er war Konsulent der VOEST!“) Herr Landesrat Gruber, Ihr Zwischenruf, der einem Regierungsmitglied gegolten hat, ist nicht würdig dieses Hohen Hauses. Denn wenn wir schon hergehen, daß Regierungsmitglieder Fachleute und Gutachter verdächtigen, sie seien von dieser oder jener Gruppe bezahlt, dann, meine Damen und Herren, sind wir in der Demokratie ziemlich weit zurückgegangen. (Landesrat Gruber: „Sie sind nicht in der Demokratie, sondern in der Demagogie, nehmen Sie das zur Kenntnis von mir!“) Ich sage Ihnen das, um die Würde dieses Hauses zu wahren. (Landesrat Gruber: „Dazu brauchen wir Sie nicht!“) Sie sind Abgeordnete, und wenn Sie einen Zwischenruf machen wollen, gehen Sie auf einen Platz in der Abgeordnetenbank. (Landesrat Gruber: „Sagen Sie das auch dem Herrn Landesrat Peltzmann!“) Aber wenn Sie als Regierungsmitglied fungieren, dann benehmen Sie sich so, wie es eines Regierungsmitgliedes würdig ist. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Meine Damen und Herren! Die zweite Feststellung: Es wurde vom Abgeordneten Fuchs eine dringliche Anfrage an den Landeshauptmann gerichtet mit dem wesentlichsten Punkt: Herr Landeshauptmann, Sie haben als wesentliches Interesse der Steiermärkischen Landesregierung mit aller Entschiedenheit die Sicherheit der Arbeitsplätze im weitesten Sinne und die Erhaltung der Wirtschaftskraft der steirischen Betriebe der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie zu fordern. Und es hat der Abgeordnete Dr. Heidinger einen Beschlußantrag eingebracht mit folgendem wesentlichem Kernsatz: Es ist darauf zu achten, daß die steirischen Werke entsprechend ihrer derzeitigen Bedeutung an einem Wachstumsprozeß teilnehmen, um nicht nur Arbeitsplätze zu sichern, sondern auch neue zu schaffen. Eine Voraussetzung dafür ist auch, daß das derzeitige Forschungszentrum der Alpine in Leoben weiter ausgebaut wird. Und um das geht es. Die ÖVP hat alle Damen und Herren des Hohen Hauses eingeladen, diesem Beschlußantrag ihre Zustimmung zu geben.

Und die dritte Feststellung, die ich treffen möchte, ist die, daß die Aussagen der sozialistischen Redner nicht abgesprochen bzw. koordiniert sind und daß man merkt, daß (Zwischenruf von der SPÖ: „Aber geh, hör auf!“) bei den Gewerkschaftern eine echte Sorge um den Arbeitsplatz vorhanden ist und daß bei den Politikern das Vertrauen für die Zukunft bei der Bundesregierung ist, es wird schon nichts geschehen. (Abg. Gross: „Wir haben 150.000 Fremdarbeiter in unserem Lande! So ein Blödsinn!“)

Meine Damen und Herren! Diese Frage darf keine Frage einer Partei sein. (Abg. Zinkanell: „Sollte!“) Es darf auch keine Doppelzüngigkeit einer Partei geben (Abg. Zinkanell: „Jawohl!“), die im Bundesparteivorstand in Wien Zustimmung gibt zu Beschlüssen, die dem widersprechen, was unsere Sorge ausdrückt. Ich fordere daher den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Sebastian als Parteipobmann der Sozialistischen Partei der Steiermark auf, offen auf den Tisch zu legen, wofür er in Wien seine Zustimmung gegeben hat. Wir würden für alle steirischen Arbeiter und Angestellten die Sorge weghaben, wenn wir wüßten, er hat klipp und klar erklärt, es darf die Steiermark dadurch, daß man die Stahlbetriebe zusammenführt, nicht geschädigt werden, und es darf die Zukunft und die Entwicklung dieser Betriebe nicht geschädigt werden. Um das geht es, meine Damen und Herren. (Abg. Pichler: „Das hat er gesagt. Du hast nicht zugehört!“) Ich lade Sie im Namen der Österreichischen Volkspartei ein: Stimmen Sie unserem Antrag zu. (Beifall bei der ÖVP.)

**Landesrat Peltzmann:** Zur Geschäftsordnung, Herr Präsident!

Meine Damen und Herren! Auf der rechten Seite sitzen Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei, falls Sie das noch nicht kapiert haben. Wir haben nicht gesagt, sie sind aufgeteilt in BSA, Gewerkschaft, Arbeiterbauernbund usw. Wir bekennen uns zu unserer Partei. (Abg. Gnatsch: „Was hat das mit der Geschäftsordnung zu tun?“ — Abg.

Gerhard Heidinger: „Herr Landesrat, steigen Sie herunter von Ihrem Sitz!“)

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Karrer ist am Wort.

**Abg. Karrer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich eigentlich als ein Berufener zu diesem Problem gemeldet. Es wundert mich, was heute schon im Verlauf dieser Stunden hier zum Thema Fusion, Holding, wirtschaftliche Besserstellung der österreichischen Stahlindustrie gesagt wurde. Ich glaube auch offen sagen zu können, daß ich mich als Betriebsrat der Alpine, als ein Betriebsrat, der bei vielen entscheidenden Dingen in dem Konzern dabei ist, mit dieser Art der Darstellungen wirtschaftlicher Probleme und von Überlegungen, die die Zukunft betreffen, nicht einverstanden erklären kann. Sicher ist im Hohen Landtag die freie Meinungsäußerung äußerst notwendig. Sicher muß auch jedes Problem von den verschiedenen Gesichtspunkten beurteilt und beleuchtet werden. Aber wenn solche Entgleisungen passieren, wie das heute der Fall ist, das ist, glaube ich, auch für unsere Zuhörer nicht passend. Ich glaube auch, meine Herren Kollegen vom Angestelltenbetriebsrat der Alpine werden sich etwas anderes gedacht haben, als im Verlaufe dieser Debatte herauskommt. Denn wenn hier Zwischenrufe gemacht werden — der Kollege Pölzl beschwert sich nun —, ich darf schon sagen, nicht daß ich den Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter zu verteidigen habe, ich glaube, der kann seine Verteidigung selbst besser als der Zwischenruf, der von Ihrer Seite kommt, aber auch die Zwischenrufe des Kollegen Pölzl sind nicht immer passend, wenn Sie hier lautstark vorgetragen werden. (Abg. Dr. Dorfer: „Wozu?“) Der Herr Abgeordnete Nigl hat sich beschwert, daß, wenn er Kollegen nennt, diese nicht hier sind. (Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: „Sind Sie der Ombudsmann?“)

Das Streikrecht, das darf ich wohl hier eindeutig feststellen, weil ich doch einer der Arbeiterfunktionäre bin, das schon praktisch und echt, so, wie es Ihre Worte immer zum Ausdruck bringen, damit befaßt ist, kann keine OAAAB-Fraktion, keine SPO-Fraktion und keine KPO-Fraktion aussprechen, sondern bei Behandlung der wirtschaftlichen und sozialrechtlichen Probleme berät sich die Belegschaft mit ihren gesetzlichen Vertretern und die Vertreter haben die enge Verbindung mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund oder mit den Fachgewerkschaften. Dort wird entschieden, ob es zu einem gewerkschaftlichen Kampf kommt, aber nicht irgendwo in einem Hinterzimmer, so, wie es derzeit der Fall ist. Daß in der Alpine dies nicht so laufen wird, wie Sie sich das vorstellen und wie Sie es vielleicht aus politischen Hintergründen wollen, werden Sie auch rein aus der politischen Zusammensetzung bemerkt haben. Es ist Tatsache, daß in dem Stahlkonzern mit etwas über 25.000 Beschäftigten die politischen Verhältnisse so sind, daß der OAAAB weit in der Minderheit ist, weil die Arbeiter und ein großer Teil der Angestellten in diesem Betrieb doch die Mehrheit jenen Vertretern gibt, die sie bisher aufrichtig und ehrlich vertreten haben. Und so glaube ich, muß man von dieser Warte aus

das Problem der wirtschaftlichen Zusammenführung der Betriebe beurteilen und muß man dieses Problem auch sehen. Sicher greift es in viele Sparten der Kommunalpolitik, wenn der Kollege Eichtinger gesagt hat, daß seine Gemeinde, nun sie gehört ja nicht ihm, immerhin für die Marktgemeinde Kindberg und so viele andere Industriegemeinden, die davon betroffen sind, ist es nicht uninteressant, wie dieser Kampf ausgeht. Ich glaube aber doch, sagen zu können, daß man bei Beurteilung und bei Betrachtung der Vergangenheit in der verstaatlichten Industrie doch auch zu dem Ergebnis kommen muß, daß letzten Endes die wirtschaftliche Notwendigkeit aus der Erkenntnis dieser Vergangenheit und aus den fachlichen Begutachtungen der Angestellten, die auch heute schon besprochen worden sind, dazugekommen ist, daß letzten Endes in der Stahlindustrie eine Fusionierung Platz greifen muß gegenüber einer Holding. Es gibt ja verschiedene Formen der Zusammenarbeit, glauben Sie mir aber, wenn man in die Zukunft arbeiten will, wenn man es haben will, daß die Stahlindustrie vorwärts kommt, dann kommt eben nur die Fusionierung, das heißt, eine straffere wirtschaftlichere Führung in Frage. Daß damit verschiedene Probleme noch zu bewältigen sind, denn der Problemenkreis ist ja so umfangreich, daß im Verlauf dieses Jahres bis zur Beschlußfassung es weitere Jahre dauern wird, bis eine echte Koordinierung zustande gekommen ist.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich zurück-erinnern, als ich bei der letzten Landtagssitzung am 6. Juni sicher sehr streng an meinem Konzept festgehalten habe, dann aus der Erkenntnis, weil dieses Problem so brisant ist. Dieses Problem wird in der jetzigen Zeit in der Öffentlichkeit so heftig diskutiert, so warnte ich, daß es objektiv und ehrlich der Bevölkerung, wenn in die Betriebe hinausgegangen wird, dargelegt wird. Leider Gottes ist dies nicht immer der Fall, denn ansonsten wäre es nicht möglich, daß so viele Unrichtigkeiten und so vieles Mißtrauen vorhanden ist. Ich glaube daher, meine Damen und Herren, daß wir als Belegschaftsvertreter in diesen Betrieben wach sein werden, ich glaube nicht, daß es einen unter uns gibt, der uns zustimmen würde, daß wir, wenn wir über sozialrechtliche, sozialpolitische Fragen in Verhandlungen eintreten, dorthin gehen zu den Generaldirektoren, zu den Vorständen, zu den maßgebenden Wirtschaftsverantwortlichen dieser Unternehmungen, um etwas herzugeben, sondern es kann doch nur so sein, daß der soziale und der rechtliche Fortschritt weiter ausgebaut wird, genauso aber auch wie die Wirtschaftlichkeit in den Vordergrund zu stellen ist, daß unsere Betriebe in die Finalindustrie gehen und daß unsere Betriebe sich auf dem Weltmarkt so behaupten können, daß eben die Besserstellung in diesen Betrieben gewährleistet wird. Ich glaube, daß diese Voraussetzungen vorhanden sind, was personell auch den Vertretungssektor anlangt, so glaube ich, daß bei der Fusionierung, bei einer vernünftigen Zusammenführung, bei einer dementsprechenden Koordinierung und Absprachen auf dem Produktionssektor dies alles erreicht werden kann. Man muß nur eines, meine Damen und Herren, diese Probleme nicht pessimistisch, sondern objektiv aufgeschlos-

sen dem Zukunftsblickfeld gegenüberstellen. Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren des Hohen Landtages, im Interesse der 25.000 Belegschaftsmitglieder. Es wird für uns kein Zurück, sondern es kann nur ein Vorwärts geben. Sie können mithelfen nicht mit Pessimismus, sondern mit einem Optimismus für die Steiermark. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Dorfer:** Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Diskussion zeigt in ihrem heutigen bisherigen Verlauf, daß die Vorgänge um die Konzentration der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie jedenfalls große Sorgen bereiten und ich kann es mit Sicherheit sagen, große Sorgen bereiten allen Mitgliedern meiner Fraktion in diesem Hohen Haus. Wir können feststellen, daß zumindest unsere Fraktion gegenüber den sozialistischen Parteizentralen in Wien in dieser Frage keinesfalls weisungsgebunden ist, wie wir das leider ansonsten feststellen müssen. Der steirische Landtag, meine Damen und Herren, kann zu einer so bedeutsamen wirtschaftlichen Entscheidung für unser Land nicht schweigen, auch wenn es der Sozialistischen Partei in dieser Steiermark nicht paßt und auch wenn sich heute auf den sozialistischen Bänken die Zwischenrufe mehren, und zwar in der Richtung: „Hörts auf mit dem reden, es ist schon spät, machen wir Schluß, wozu denn auch usw.“ Die Alpine ist immerhin das größte steirische Unternehmen und es ist daher eine gründliche Diskussion in allen diesen Fragen notwendig. Es geht hier nicht um einen föderalistischen Kamibalismus oder um Prestigefragen, sondern um die Weichenstellung dieses Betriebes und damit eines beachtlichen Teiles der steirischen Wirtschaft für die nächsten Jahrzehnte. Und es ist, wie der Kollege Loidl sagte, auch nicht wie Sie meinten ein hysterisches Unterfangen unsererseits, wenn wir heute eine so große Bedeutung in die Frage der Sicherung der Zukunft aller noch offenen Fragen stellen. Ist es, meine Damen und Herren, eine sachliche Entscheidung, wenn die derzeitige Regierungspartei vorschnelle Entscheidungen trifft und sie nur mit betriebswirtschaftlichen Argumenten und Bilanzen und ähnlichem mehr begründet. Auch jetzt gerade, ich glaube, mein Vorredner war es, hat von der wirtschaftlichen Notwendigkeit und einigem mehr gesprochen. Das allein kann es nicht sein, denn, wenn dem so wäre, dann müßte man sagen, sogar Linz ist für einen derartigen Betrieb nicht der wirtschaftlichste Standort. Man könnte sagen, das wäre Amsterdam oder wenn Sie wollen irgendwo an der Küste von Sierra Leone, wo man sicher noch bilanzmäßig und betriebswirtschaftlich günstiger diese Betriebe führen könnte. Die Hast und die Eile bei der Fusion ist sicher nur zu erklären, wenn man die parteipolitischen Ziele dieser derzeitigen Regierungspartei erkennt. Es ist sicher keine politische und unsachliche Forderung, wenn die Forderung nach der Sicherung der Arbeitsplätze in der Steiermark erhoben wird und vor der Fusion die vertragliche Sicherung des Mitspra-

cherechtes der steirischen Unternehmungen. Die Sicherung der Arbeitsplätze ist nicht nur ein Anliegen und eine Aufgabe und Pflicht des Landes Steiermark, wie das gestern der Präsident der steirischen Arbeiterkammer gesagt hat.

Meine Damen und Herren, in der gestrigen Vollversammlung der Handelskammer Steiermark wurde eine einstimmige Resolution beschlossen, die ich wegen ihrer Kürze verlesen darf: „Die Handelskammer Steiermark betrachtet die Vorgänge um die Konzentration der verstaatlichten österreichischen Eisen- und Stahlindustrie mit großer Sorge. Politische Interessen scheinen an die stelle fachlicher und betriebswirtschaftlicher Überlegungen zu treten. Der Alpine-Konzern mit seinen rund 25.000 Beschäftigten ist der größte Mitgliedsbetrieb der steirischen Handelskammer. Mit seiner Entwicklung ist die Wirtschaftskraft zahlloser Klein- und Mittelbetriebe im obersteirischen Raum untrennbar verknüpft. Die Handelskammer Steiermark ist für jede Regelung, die zu einer sinnvollen Konzentration der Eisen- und Stahlindustrie führt. Die zur Zeit im Gespräch stehende Fusion wird in der Öffentlichkeit aber so dargestellt, als wären alle fachlichen Voraussetzungen für einen so wichtigen Schritt bereits geschaffen. Die Vollversammlung der Handelskammer stellt dazu fest, daß für eine Fusion ein großes Maß an Vorarbeiten notwendig ist, nicht zuletzt deshalb, weil eine verstaatlichte Industrie auch auf die berechtigten regionalen Wünsche Rücksicht zu nehmen hat. Produktionsvereinigungen auf Grund betriebswirtschaftlicher Überlegungen dürfen nicht ausschließlich auf Kosten der steirischen Betriebe gehen. Die Handelskammer Steiermark verlangt daher von der OIAG und vom Bundeskanzler als Eigentümervertreter die nötige Vorbereitungszeit.“ Und hören Sie, meine Damen und Herren, einstimmige Resolution, sie geht weiter: „Die derzeitige Bundesregierung hat bereits einmal bewiesen, daß sie politische Interessen vor wirtschaftliche Überlegungen stellt. Auch bei der überhasteten Beschlußfassung über das Mehrwertsteuergesetz wurde eine ungenügende Übergangszeit eingeräumt. In der gleichen politischen Praxis wird nunmehr versucht, innerhalb kürzester Zeit die Fusion von Betrieben internationaler Bedeutung zu versuchen. Die Vollversammlung fordert, daß zur Durchführung der Koordinierungsbeschlüsse ein maximaler Zeitraum eingeräumt wird, um die fachlichen und regionalen Schwierigkeiten bewältigen zu können und um allen Betroffenen die Möglichkeit zu geben, sich auf diese einschneidenden Maßnahmen entsprechend vorzubereiten.“ Ich betone noch einmal und zum dritten Mal, daß auch die sozialistischen Kammerräte in der Handelskammer Steiermark der Meinung sind, daß diese Bundesregierung politische Interessen vor wirtschaftliche Überlegungen stellt. Offenbar — und das darf ich von meiner Seite her interpretieren — ist unter den Vertretern der Wirtschaft, auch beim freien Wirtschaftsverband der sozialistischen Partei, noch etwas Objektivität in wirtschaftlichen Fragen möglich. Ich hoffe, daß Sie zu dieser Resolution der Handelskammer auch von Seite der Sozialisten Ihre Zustimmung geben.

Sie ist einstimmig beschlossen worden. Die kleinen Abänderungen, die gemacht wurden, Herr Landesrat, habe ich hier beim Vorlesen schon berücksichtigt. (Landesrat Gruber: „Das ist ‚Peltzmann-Demokratie‘ gewesen! Den Text hat niemand in der Hand gehabt!“) Sie ist ausführlich diskutiert und beschlossen worden. (Landesrat Peltzmann: „Das ist vorgelesen worden in der Handelskammer, gegen Ihre Unterstellung möchte ich mich verwahren!“) Ich hoffe aber trotzdem, daß diese sozialistischen Handelskammerräte deswegen nicht aus der Sozialistischen Partei ausgeschlossen werden. Wir müssen daher, meine Damen und Herren, von steirischer Seite fordern: eine längere Zeit für die Durchführung der Konzernierung und vor der endgültigen Beschlußfassung der Fusionierung eine eindeutige vertragliche Erklärung der Lebensinteressen jener Betriebe, die in der Steiermark gelegen sind. Es ist zweifellos eine Hypothek der heutigen Diskussion hier im Steiermärkischen Landtag, daß diese Konzentrationsvorgänge dieser Betriebe unter dem Zeichen eines zentral gelenkten Gehorsams aller sozialistischen Funktionäre, vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Sebastian angefangen bis zum letzten Betriebsrat hinunter, gelegen sind. Die wirtschaftlichen Belange in der Steiermark werden offensichtlich von der steirischen Sozialistischen Partei dem Wiener Parteibefehl untergeordnet. Anders zumindest kann ich mir diese Vorgangsweise nicht erklären. Es war daher auch nicht möglich, eine einheitliche steirische Linie zu finden, wie es möglich war, in Linz eine einheitliche oberösterreichische Linie zu finden.

Ich erinnere an den Landesregierungsbeschuß vom 12. dieses Monats, ich habe hier einen Ausschnitt aus der „Neuen Zeit“ vom 14. Juni 1972, wo ich unverdächtigweise lese, daß übereinstimmend die Steiermärkische Landesregierung beschlossen hat, unter anderem einer Verlegung des Gipfels der Generaldirektion eines künftigen Gesamtkonzerns nach Linz könne nicht zugestimmt werden. Weiters entnehme ich der „Neuen Zeit“ vom 13. Juni, wo der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian, angesprochen auf steirische Belange, feststellt, die Sicherung zukünftiger Arbeitsplätze sei die Grundmaxime für die Verhandlungen. Die Steiermark war bisher schon immer benachteiligt, weil keiner ihrer großen Konzerne seinen Sitz hier hatte und es einfach nicht möglich war, wenigstens eine Generaldirektion von Wien in die Steiermark zu bekommen. Er halte auch nichts davon, wenn sich jetzt sozusagen Politiker einschalten usw. Jedenfalls sagt er dann wörtlich: „Ich könnte mir nicht vorstellen, daß wir Steirer uns dafür engagieren könnten, daß alles nach Linz kommt. Hier muß ich sagen, daß eine Verbindung mit unseren Unternehmungen, die wir auch pflegen müssen, mit Wien besser wäre.“ Es ist überflüssig festzustellen, daß auch der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian in Wien im sozialistischen Parteivorstand ganz im Sinne des Wunsches seines Parteivorsitzenden gestimmt hat. Jedenfalls sind dort einstimmige Beschlüsse gefaßt worden. Ich darf weiters erinnern, daß der Zentralbetriebsratsobmann Baumann der Alpine bei der Betriebsrätekonferenz in Zeltweg am 14. dieses Monats fest-

gestellt hat, daß der Sitz der Führungsspitze des fusionierten Konzerns Wien sein müsse. Ich entnehme hier der Tagespresse: „Die Betriebsräte der Alpine treten für eine Fusion ein, allerdings muß der Sitz der Führungsspitze dieses Gesamtkonzerns in Wien und nicht in Linz sein.“ Dies sagte Alpine-Zentralbetriebsratsobmann Heribert Baumann nach der Betriebsrätekonferenz des Konzerns, die Dienstag abend in Zeltweg stattfand. Dann heißt es weiters: „Voraussetzung für eine Zustimmung zur Fusion wäre allerdings die Erfüllung mehrerer Forderungen. Diese wurden bereits in einer Resolution fixiert, die von den Betriebsräten anlässlich des Stahlkrieges Alpine—Böhler Mitte März beschlossen worden war. Die wichtigsten Punkte sind: „Gleichwertigkeit in der Behandlung von Alpine und VOEST, Feststellung, daß zwei Standorte der Roheisen- und Rohstahlerzeugung in Zukunft aufrechterhalten bleiben, Linz und Donawitz. Durchführung des mittelfristigen Investitionsprogramms des Alpine-Konzerns, keine Ausgliederung des Erzbergbaues aus dem Verband der Hüttenwerke.“ — Das wurde als Voraussetzung für die Fusion gefordert. Inzwischen hat sich aber auch bezüglich Zentralbetriebsratsobmann Baumann die Entwicklung in eine andere Richtung begeben. Zur Zeit geht die SPO mit Beruhigungsspielen umher und ist der Meinung, es wird schon nichts passieren, es wird von den anderen übertrieben, die meinen, es könnte etwas passieren. Am 6. Juli soll der Aufsichtsrat der OIAG entscheiden. Wie er zu entscheiden haben wird, das hat der SPO-Parteivorstand letzten Endes schon beschlossen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Jetzt sind die Sozialisten ganz ruhig geworden, nicht einmal der Abg. Gross sagt was!“) Und trotzdem darf ich sagen, daß, etwas in die Enge getrieben, der Herr Bundeskanzler in Linz vor den sozialistischen Funktionären folgendes gesagt hat — ich entnehme es der Arbeiterzeitung vom 14. Juni: Für die Position der Regierung in der Frage sagte der Bundeskanzler, es sei eine Fleißaufgabe der Regierung, wenn sie sich um die Frage kümmere. Man müßte sich an den richtigen Mann, den OIAG-Aufsichtsratsvorsitzenden Taus, wenden. Wir werden ja sehen, wieviel Taus am 6. Juli in dieser Frage zu entscheiden haben wird. Jedenfalls ist das eindeutige Übergewicht der VOEST im zukünftigen Vorstand gegeben. Die Generaldirektion soll ihren Sitz in Linz bekommen, und es wäre eine Illusion zu glauben, daß auf längere Sicht es nicht damit zu einer Benachteiligung der steirischen Interessen kommen wird. Unter dem Vorwand der Reorganisation dieser Betriebe wird nämlich letzten Endes von sozialistischer Sicht her eine Umverteilung der Machtverhältnisse in diesen Betrieben angestrebt und auch durchgeführt. Ich stelle mit Bedauern fest, daß es bis heute noch nicht zu einem Widerruf des VOEST- und Böhler-Planes gekommen ist. Jedenfalls habe ich davon noch nichts gehört. (Beifall bei der ÖVP.)

Es nützt auf lange Sicht gar nichts, den Arbeitern und Angestellten in diesen Betrieben heute bessere Sozialleistungen und ähnliches zu versprechen, denn bisher sind auch heute hier in diesen Diskussionen eigentlich nur Hoffnungen geweckt und unverbindliche Zusagen gegeben worden. Vertraglich liegt

überhaupt noch nichts vor. Ich muß hier die Frage stellen, sind die Sozialisten in diesem Hohen Haus in dieser Frage überhaupt noch Steirer. Es geht hier um eine einheitliche steirische Linie und um nichts anderes. Ich bitte daher mitzutun bei den gestellten Anträgen. Wir verlangen ein Fusionskomitee, und wir bitten Sie mitzuhelfen (Abg. Pölzl: „Sie dürfen ja nicht mittun!“), daß ehrliche und klare Verhältnis in dieser so bedeutsamen Frage der steirischen Wirtschaft zutage treten. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Der Herr Landesrat Peltzmann wünscht das Wort zur Richtigstellung.

**Landesrat Peltzmann:** Herr Landesrat Josef Gruber, Zentralbetriebsrat der Böhlerwerke, ich muß verlangen, daß Sie eine Behauptung hier richtigstellen. Sie haben gesagt, dieser Resolutionsentwurf sei den Vertretern der Sozialistischen Partei nicht bekanntgegeben worden. Ich habe die Durchschrift da, die der Herr Direktor Miksch höchstpersönlich abgeändert hat. Wenn diese Genossen nicht wissen, was Sie tun, gebe ich es Ihnen mit, das gehört ihm und nicht mir. (Beifall bei der ÖVP!)

Wenn die Genossen von der Handelskammer sagen, das haben wir so, ist das ihre Angelegenheit und nicht unsere. Aber diese Unterstellungen verbiete ich mir hier im Hause.

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Landesrat Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

**Landesrat Gruber:** Sehr verehrter Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich darf vielleicht zu der Resolutionsgeschichte eines sagen, Herr Kollege Peltzmann. Mir ist bekannt, daß es hier Meinungsverschiedenheiten gegeben hat, und zwar zwischen Ihnen und dem Herrn Präsidenten der Handelskammer (Landesrat Peltzmann: „Da irren Sie sich!“), daß er sich nach der Abstimmung geäußert hat, wir wollten noch etwas besprechen wegen dieser Resolution. Daher habe ich nach meinen Informationen die Auffassung vertreten, daß diese Resolution nicht schriftlich den einzelnen Fraktionen vorgelegen ist und daher nicht im gesamten Umfang bekannt war. (Landesrat Peltzmann: „Der Fuchs war dabei!“) Sollte das der Fall gewesen sein, daß die Fraktion diese Resolution schriftlich gehabt hat, habe ich dem nichts hinzuzufügen. Das möchte ich hier feststellen. (Landesrat Peltzmann: „Nehmen Sie diese Behauptung zurück oder nicht?“) Ich habe hier nichts zurückzunehmen. Das ist eine Angelegenheit der Handelskammer. (Unverständliche Zwischenrufe — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Das sind meine Informationen. Ich werde mich informieren und dann weitersehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute schon eine sehr lange Debatte laufen über ein sicherlich sehr aktuelles und kritisches Problem. Darüber besteht gar kein Zweifel. Ich möchte aber dazu auch einige Feststellungen machen, weil ich der Auffassung bin, daß an sich mehr Sachlichkeit der ganzen Sache mehr gedient

hätte. Ich nehme an, daß auch die Damen und Herren der ÖVP, oder zumindest in den Führungsgremien, den Bericht der vier Generaldirektoren in ihre Hände bekommen haben, in dem die Fusion gutgeheißen und in dem auch die Detailmaßnahmen vorgesehen sind einschließlich eines Terminplanes, wie die Zusammenfassung der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie vollzogen werden soll. In diesem Konzept, das auch von den ÖVP nahestehenden oder der Österreichischen Volkspartei angehörenden Generaldirektoren der verstaatlichten Industrie unterschrieben ist, ist eindeutig die Vorgangsweise festgehalten und auch die zur Zeit überschaubaren Auswirkungen. Ich würde mich wirklich freuen, wenn mehr von dem, was heute an Demagogie in dieser Frage aufgewendet wurde, mehr an positiver Unterstützung schon durch Jahre hindurch in diesem Rahmen und für die verstaatlichte Industrie möglich gewesen wäre. Die Österreichische Volkspartei — und das, meine Damen und Herren, werden Sie nicht wegdiskutieren können (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Hat bisher mit absoluter Mehrheit das Verstaatlichungsgesetz beschlossen!“) — hat, Sie zwingen mich, Herr Abgeordneter Fuchs, noch einmal in die Geschichte zurückzugreifen, was ich nicht wollte.

Sie wissen es ganz genau, daß im Jahre 1946 das Verstaatlichungsgesetz von der ÖVP deshalb die Zustimmung fand, weil man der Not der Zeit gehorchte, aber nicht dem eigenen Triebe, meine Damen und Herren, das steht doch außer Zweifel. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Aber beschlossen wurde es!“) Und wenn man die Monatshefte der Österreichischen Volkspartei durch die zwei Jahrzehnte verfolgt, hat man ja immer wieder lesen können, welche Absichten bestehen. Als Walthalm Generalsekretär war, wollte man Volksaktien ausgeben, mit den Gewinnen der verstaatlichten Industrie wollte man Schulen, Straßen, Autobahnen und was sonst noch alles bauen, alles wollte man, nur nicht der verstaatlichten Industrie jene Basis geben, von der sie sich gesund wirtschaftlich entwickeln konnte. Und die Festlegungen, daß die verstaatlichte Industrie nicht in die Finalindustrie vorstoßen kann, ist ja heute eine jener Nachwirkungen, die wir in manchen Betrieben zu spüren bekommen und die von der Österreichischen Volkspartei herbeigeführt wurde. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist eine Behauptung!“) Ich glaube also, hier sagen zu können, wenn die Verstaatlichung in Österreich schon nicht das liebste Kind der ÖVP ist, so soll sie trotzdem heute nicht versuchen, durch eine solche Demagogie den Beweis zu erbringen, daß sie sich immer zur Verstaatlichung bekannt hatte. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Wollen Sie weiter verstaatlichen?“)

Wir wissen sehr wohl, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, daß Sie vor allem deshalb von Unbehagen erfüllt sind, weil Sie den Eindruck gewinnen, daß die Bundesregierung Kreisky nicht nur redet — wie Sie es in Ihrer Propaganda sagen —, sondern auch Taten setzt und die Weichen für die Zukunft stellt. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Irrtum, Herr Kollege, großer Irrtum!“)

Es ist natürlich unangenehm, wenn man zur Kenntnis nehmen muß, meine Damen und Herren

der Österreichischen Volkspartei, daß in wenigen Monaten mehr geschieht, als in einer vierjährigen Legislatur-Periode der ÖVP-Mehrheit geschehen ist. Und Sie hätten die Möglichkeit gehabt, meine Damen und Herren, darüber besteht überhaupt kein Zweifel. Und wenn Sie von der großen Liebe zur Steiermark innerhalb der verstaatlichten Industrie sprechen, dann, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, frage ich Sie, warum haben Sie denn bei der Berufung von Persönlichkeiten in die Vorstände dieser Unternehmungen nicht besonderen Wert darauf gelegt, daß da Steirer hineinberufen wurden. Nach den Vorschlägen der Österreichischen Volkspartei sitzen bei Schoeller-Bleckmann zwei Wiener oder Niederösterreicher von der ÖVP delegiert, sitzen bei Böhler zwei Wiener, bei der Alpine mindestens als Generaldirektor immer ein Wiener, also das steirische Herz hat hier nicht gar so stark geschlagen, oder unsere Durchschlagskraft war nicht besonders überzeugend und heute wollen Sie alles mögliche verlangen und dabei behaupten, daß wir nicht die steirischen Interessen wahrnehmen. Das sind die Tatsachen. (Unverständliche Zwischenrufe.) Ja, der einzige. (Landesrat Peltzmann: „Den Sernetz wollen Sie uns auch noch vorwerfen, der ist ja auch ein Steirer!“) Das ist wenigstens ein Steirer. Ich glaube also, meine Damen und Herren, daß heute hier im Landtag ohne Zweifel nicht entschieden wird, wie die Entwicklung in der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie weitergehen wird, sondern Sie selbst haben es auch immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß die Fachleute in diesen Fragen ein entscheidendes Wort sprechen sollen. Und die haben es getan und das Konzept und die Gutachten liegen auf dem Tisch und Sie haben also auch diese Gutachten und daher glaube ich, daß wir ohne Zweifel hier in einer Phase der Entscheidungen sind, die zukunftsweisend ist und die einfach jetzt in dieser Zeit schon längst überfällig ist. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Welche Gutachten?“)

Die Zusammenfassung der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie ist von niemandem bestritten, einfach ein Ding der Notwendigkeit. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Da gibt es keine Diskussion!“) Wenn die ÖVP während der Zeit der Alleinregierung von 1966 bis 1970 das nicht gemacht hat, dann ist es ihr Versäumnis, für das Sie verantwortlich zeichnen. Wir werden das nachholen. Wenn Sie davon reden, daß die Arbeitsplätze garantiert sein müssen, der Herr Bundeskanzler hat eine Erklärung abgegeben als Eigentümervertreter, daß die Arbeitsplätze in diesen Betrieben der verstaatlichten Industrie erhalten und weiter ausgebaut werden, und wir hatten keine Ursache, daran zu zweifeln. (Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: „Das hat er für Hinterberg auch gesagt!“) Es ist eine optimale Garantie für die Sicherung der Arbeitsplätze, und wenn Sie bereit sind, von Ihren Privatunternehmern solche Erklärungen herbeizuführen, dann werden wir Sie beglückwünschen, wie es hier gelungen ist, vom sozialistischen Bundeskanzler zu erlangen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Die verstaatlichte Industrie gehört nicht Ihnen und nicht dem Bundeskanzler, die gehört uns genauso!“) Natürlich, davon kann gar

keine Rede sein. Nein, und das habe ich auch nicht gesagt. (Unverständliche Zwischenrufe.) Nein, Herr Abgeordneter Fuchs, ich habe gesagt, der Herr Bundeskanzler als Vertreter des Eigentümers, und das ist nun einmal jetzt der Herr Bundeskanzler Kreisky auf Grund der Volksentscheidungen, die in Österreich gefallen sind, und kein anderer. Also Koordination und Konzentration, Garantie für die Arbeitsplätze, Zusicherung einer Kapitalzufuhr in der verstaatlichten Industrie und mehr Mitbestimmung. (Abg. Marczik: „Wer garantiert das?“) Das sind die Erklärungen, die abgegeben sind und wir haben keine Ursache an diesen Erklärungen zu zweifeln, das möchte ich mit aller Deutlichkeit feststellen und da hat es nichts damit zu tun mit einem Umfallen oder einem Ausrichten nach Wien. Hier werden die Weichen für entscheidende wirtschaftliche Maßnahmen gesetzt.

Daß es eine Reihe von Maßnahmen am Rande geben wird, die noch mit zu berücksichtigen sind, darüber besteht kein Zweifel. Die Frage, in welcher Form die Edeltahlstöcher miteingebunden und von der Muttergesellschaft geführt werden, wird mitdiskutiert. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Wenn Sie den Böhlerplan widerrufen haben wollen, brauchen Sie sich nur an den Generaldirektor Bayer wenden, der Ihrer Partei angehört. (Unverständliche Zwischenrufe.) Der ist vom Vorstand gezeichnet, falls Sie schon einmal darin gelesen haben. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Haben wir gelesen!“) Sie haben die Gelegenheit, sich an ihn zu wenden, der kann mit Mehrheit im Vorstand beschließen und kann diesen Plan aufheben. Verlangen Sie das von Ihrem Parteifreund. Das wird Ihnen ja keine Schwierigkeit machen. Ja, mein lieber Herr Abgeordneter Eichtinger, so einfach kann man Demagogie auch hier im Landtag nicht betreiben, wenn man der ÖVP-Mehrheit angehört. Das nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis. (Beifall bei der SPO.)

Und zum Schluß noch ein Wort zum Herrn Abgeordneten Pölzl. Ich bin gerne bereit, keinen Zwischenruf zu machen von der Regierungsbank aus, wenn der Herr Präsident dafür sorgt, daß auch die Mitglieder der ÖVP keinen Zwischenruf machen. (Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: „Das ist keine Frage Ihrer Bereitschaft. Dazu sind sie verpflichtet!“) Es muß also schon mit einer gewissen Gleichheit vorgegangen werden. Außerdem bin ich Abgeordneter.

Und was die Frage des Herrn Prof. Trenkler betrifft, will ich nur feststellen, daß ich den Zwischenruf gemacht habe, daß er Konsulent der VOEST war und, wie ich glaube, jetzt Konsulent der Alpine ist. (Abg. Dr. Dorfer: „Genauso wie Sie es gesagt haben!“) Wenn Sie dem etwas Diskriminierendes unterschieben, ist das ihre eigene Auffassung. (Abg. Pölzl: „Er hat seine Meinung geändert!“) Ich empfinde es als eine Auszeichnung, Herr Abgeordneter Pölzl, wenn man von so großen weltbedeutenden Unternehmungen als Konsulent berufen wird. Das habe ich zum Ausdruck gebracht und sonst nichts. (Beifall bei der SPO.)

**Präsident:** Zum Worte gemeldet ist Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. DDr. Götz.

**Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz:** Hohes Haus! Der erste Teil der Sitzung zeigt, daß es sicher viel einfacher wäre, in diesem Hohen Haus eine Liste jener Punkte aufzustellen, in denen im Zusammenhang mit der Stahlfusion keine Einigung erzielt werden kann. Ich glaube aber, daß doch zwei Dinge — und das soll ein Versuch sein, vielleicht oder sogar sicher ein sehr mühsamer Versuch — durchgeklungen haben, nämlich daß erstens der Zusammenschluß der Stahlindustrie unbestritten ist und daß zweitens, wenn auch unter verschiedenen Gesichtspunkten, die Frage der Sicherung der steirischen Interessen in dieser künftigen Gesellschaft ein Anliegen dieses Hohen Hauses ist. Ich möchte also ganz konkret zu dem von Herrn Dr. Heidinger vorgetragenen Beschlußantrag mir erlauben, einige Anmerkungen zu machen und einen abändernden Beschlußantrag aus folgenden Gründen vorzuschlagen:

In dem Antrag ist enthalten „die berechtigten Sorgen“. Ich glaube, daß es richtigerweise und ganz exakterweise heißen muß, „die Sicherung der Arbeitsplätze“. Hinsichtlich der Anteilnahme am zukünftigen Wachstumsprozeß ist kein Widerspruch. Ebenso in der Frage Ausbau des Forschungszentrums Leoben. Hinsichtlich der personellen Besetzung des Aufsichtsrates — das ist der Inhalt des Beschlußantrages von Dr. Heidinger — glaube ich, sollte es generell heißen „der Organe der künftigen Gesellschaft auch hinsichtlich ihrer Kompetenzen“. Ich vermisste zwei weitere Punkte, das eine ist die Berücksichtigung der neutralitätspolitischen Gesichtspunkte in besonderer Hinsicht auf die Bergbaubetriebe und die Durchsetzung des Gleichheitsprinzips in der Frage der Lohn- und Gehaltsätze in der künftigen Gesellschaft. Im Antrag steht außerdem: „Vor effektiver Durchführung, also vor dem 1. Jänner 1973, wo diese Fusion wirksam wird“, ich würde eher vorschlagen, konkret die Formulierung „noch im Jahre 1972“ zu wählen. Ich erlaube mir daher, einen abändernden Beschlußantrag vorzulegen, der folgenden Wortlaut hat:

„Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dringend vorstellig zu werden, um die Einsetzung eines Fusionskomitees — das ist Antrag Dr. Heidinger — der beteiligten Firmen, bestehend aus dem Generaldirektor, den Stellvertretern und dem jeweiligen Zentralbetriebsratsobmann der Firmen unter dem Vorsitz des Generaldirektors der OIAG zu erreichen. Dieses Komitee hat für die Fusion der österreichischen verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie ein Konzept, insbesondere für die in der Steiermark liegenden Betriebe, auszuarbeiten, das

erstens die Arbeitsplätze im Bereiche der Steiermark sichert,

zweitens die Voraussetzungen klärt, die eine Teilnahme der steirischen Betriebe am Wachstumsprozeß der künftigen Gesellschaft garantieren,

drittens den raschen Ausbau der Hauptverwaltung Leoben in Richtung Forschung und Entwicklung sicherstellt,

viertens die lohn- und gehaltsmäßige Gleichberechtigung im Rahmen der künftigen Gesellschaft

auf der Basis des Lohn- und Gehaltsniveaus der VOEST verwirklicht,

fünftens die Einbeziehung neutralitätspolitischer Gesichtspunkte und die dafür erforderliche staatliche Förderung im besonderen Hinblick auf die Bergbaubetriebe realisiert und

sechstens die Zusammensetzung und Kompetenzen der Organe der künftigen Gesellschaft so vorbereitet, daß auch alle, insbesondere die steirischen regionalen Interessen, berücksichtigt werden. Dieses Konzept ist auch den Landesregierungen der betroffenen Bundesländer sowie den in den betroffenen Betrieben Beschäftigten noch im Jahre 1972 zur Stellungnahme zuzuleiten.“

Ich bitte um Behandlung dieses Abänderungsantrages und erlaube mir außerdem den Vorschlag zu unterbreiten, daß zur Beratung des Beschlußantrag-Abänderungsantrages zum gegebenen Zeitpunkt eine Unterbrechung der Landtagssitzung stattfindet.

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann Dr. Niederl. Ich erteile es ihm.

**Landeshauptmann Dr. Niederl:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man die mehrstündige Diskussion betrachtet, die hier über die Eisen- und Stahlfrage nicht nur der Steiermark, sondern ganz Österreichs geführt wurde, so ist ein Positives zu Beginn zu sagen, das aus den Reden einiger Abgeordneter hervorgeklungen ist, daß das steirische Bekenntnis im gesamtösterreichischen Konzept wichtig und notwendig ist. Ich möchte zu einigen Ausführungen Stellung nehmen.

Ich bekenne mich gerne dazu, daß im Rahmen der Steiermärkischen Landesregierung keine Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren, daß die Abstimmungen in der Steiermärkischen Landesregierung über die Eisen- und Stahlfragen einstimmig gewesen sind, daß einstimmige Beschlüsse gefaßt wurden, wenn es auch in der Textierung oder in der Ausarbeitung des Kommuniqués, wie es bereits geheißen hat, da und dort Meinungsverschiedenheiten gab, die bereinigt worden sind. Ich glaube, Herr Kollege Sebastian, die Ausführungen des Abgeordneten Burger zielen ja nicht auf den Regierungssitzungsbeschluß hin, sondern auf den Beschluß des sozialistischen Parteivorstandes in Wien, der weder in der Landesregierung noch im Landtag etwas zu tun hat. Herr Abgeordneter Schön, ich möchte Ihnen eines sagen. Ich kontaktiere den Herrn Landeshauptmann Wenzl dauernd, wir rufen uns jeden zweiten und dritten Tag an. Aber eines hat er voraus, was ich nicht habe. Er hat nicht nur die Unterstützung der oberösterreichischen Landesregierung und des Oberösterreichischen Landtages, sondern er hat die Unterstützung aller anderen Institutionen, die es überhaupt im Lande gibt. Und das ist der Unterschied, der gegeben ist. Ich hätte mich sehr gefreut, Herr Abgeordneter Schön, wenn Sie ihn irgendwie erwähnt hätten, weil meine Fernsehsendung ab und zu negativ beurteilt wurde, wenn Sie gesagt hätten, daß ich gerade auf Eisenerz und Radmer während dieser Fernseh-

sendung nicht vergessen habe. Ich kenne das Gebiet ja sehr gut. Ich habe darauf verwiesen, wie notwendig es ist, daß die Arbeitsplätze dort deshalb erhalten bleiben, weil es sich gerade in diesem Gebiet nicht nur um wirtschaftspolitische Probleme, sondern auch um regionalpolitische Probleme handelt. Wie werden wir einen Betrieb dorthin bekommen?

Und, meine Damen und Herren, es ist das Wort gefallen: Die freie Wirtschaft sperrt zu. Das ist sehr gefährlich. Wir sollen das gar nicht aufkommen lassen. Wenn die freie Wirtschaft wirklich zusperrt, dann sollen wir gemeinsam, vielleicht auch bei einer Diskussion, ganz ernsthaft überlegen, was ist denn dagegen zu tun, damit die freie Wirtschaft nicht zusperrt. Denn wir sitzen in einem Boot, und es geht nicht nur um das eine oder andere Unternehmen, sondern um alle Unternehmen Österreichs. Ich bin der Meinung, wenn die weiteren Fragen der Eisen- und Stahlindustrie befriedigend gelöst sind, muß die Straße zur Privatindustrie und zur Privatwirtschaft hin gefunden werden. Das ist nicht eine Einbahnstraße, sondern man muß hier gemeinsam vorgehen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf auch ein ganz klein wenig Geschichte bringen. Es ist nicht viel, aber die Verstaatlichung der Industrie Österreichs hat im Jahre 1947 stattgefunden. Damals hat die ÖVP die absolute Mehrheit in Österreich gehabt. Wir bekennen uns daher zu den verstaatlichten Betrieben, genauso wie im Jahre 1947, auch heute. Wir bekennen uns zu den Beschäftigten in der verstaatlichten Industrie und wir wollen auch kein Unternehmen diskriminieren. Hüten wir uns davor, ein Unternehmen gegen das andere auszuspielen. Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Unternehmen müssen auf dem Weltmarkt bestehen, sie müssen ihre Ware verkaufen. Und es wäre sehr gefährlich zu sagen, das Unternehmen ist schlechter und das Unternehmen ist besser. Alle österreichischen Unternehmen sind gut, und wenn wir eine vereinigte österreichische Stahlindustrie haben werden, so wie wir es uns vorstellen, dann soll es das Beste sein, was es in unserem Lande gibt. (Beifall.) Und der Streit, meine Damen und Herren, über das Management ist abzulehnen. Es ist Sorge des Eigentümers, zu trachten, daß immer die besten Manager am Werke sind. Aber warum gibt es noch Diskussionen und Unruhe? Auch das sei ganz kurz erwähnt und das müssen wir doch feststellen. Ganz einfach deshalb, weil es eben eine Reihe von Gutachten und Plänen gegeben hat. Ja, wie hat es begonnen. Auch hier gibt es eine sehr junge Geschichte, meine sehr geehrten Damen und Herren, Gutachten und Pläne, der „B 17“-Plan, der Böhler-Plan, die VOEST-Lösung vom 3. März 1972, der Koller-Plan, der jetzige Funktionsbeschuß, eine Fülle von Plänen, die am übernächsten Tag wieder widerrufen wurden, wie wir es zwischen 17. und 19. März 1972 erfahren mußten. Das hat natürlich Unruhe gebracht, das hat berechtigt auch Diskussionen hervorgerufen. Und diese Unruhe wird dann beseitigt sein, das sage ich Ihnen ganz klipp und klar, wenn eine klare Lösung vorliegt. Daher wäre es notwendig gewesen, wie ich auch im Fernsehen klipp und klar gesagt habe,

daß man vor einer Beschlußfassung die Detailfragen klärt und alles das sagt, was noch geklärt werden muß und keinen Beschluß faßt, wo dann nicht gesagt werden kann — und das kann niemand heute, da muß jeder sehr gerecht sein, das kann niemand heute sagen —, wie es wirklich aussieht.

Und Herr Abgeordneter Götz, ich möchte hier wohl eines sehr klarstellen, daß nicht der Anschein entstehen sollte, es wäre der steirische Landtag jetzt derjenige, der keine Lösung wollte, der nicht die Kooperation und die Koordination wollte, ja wir wollen doch gerne unsere Dienste anbieten und selbstverständlich sehen wir die gesamtösterreichischen Probleme, nicht die steirischen allein, wobei Steiermark natürlich für uns der Vordergrund ist, sonst würden wir da nicht so heftig diskutieren. Es soll eine Lösung unter Gleichberechtigten, unter Einbeziehung aller Unternehmen erfolgen. Es soll keine Benachteiligung unseres Landes und auch nur eines Unternehmens drinnen liegen, es soll die Arbeiterschaft voll geschützt sein, das heißt, was immer wieder betont und gesagt wird, kein Arbeitsplatz gefährdet werden. Und eines sei auch gesagt, man soll auch daran denken, bei aller Notwendigkeit von fachlichen Grundsätzen, daß es in vielen Dingen nicht nur um wirtschaftliche, sondern auch um soziale Probleme geht. Und wir sollen darüber hinaus auch sagen und eines feststellen, daß unsere Betriebe eine gewachsene Struktur sind. Sie sind hervorgegangen aus der Geschichte, die uns hier aufgezeigt worden ist und darüber können wir nicht hinweggehen, wir haben nicht die Möglichkeit, wie in anderen Ländern, zu sagen, das geht so einfach, weil die Ausgangslage unsere Geographie ist, die wir haben und der Standort unserer Betriebe und der muß bleiben. Ich möchte nicht unterstellen, daß in der Zukunft nichts geschehen wird, aber doch eines sehr klar sagen: Schauen Sie, wer kennt die genauen Auswirkungen, was nun wirklich geschehen soll nicht nur in diesem Lande, sondern in Österreich. Gibt es darüber ein Gutachten, gibt es irgendwelche Unterlagen, daher die Beunruhigung unter den Arbeitnehmern genauso wie unter der Bevölkerung. Es gibt keine genaue Aufteilung der Machtverhältnisse, derzeit sind sie noch nicht bekannt, welche Ressortsverteilungen stattfinden werden in der letzten Konsequenz, was und wo produziert wird, und ich glaube, für uns ist es daher notwendig, gemeinsam zu sagen, wie es der Beschlußantrag eben ausdrückt, die Gleichberechtigung, Gleichbehandlung zu garantieren, und was die Steiermark eben überhaupt erhalten soll, wobei die Frage der Besetzung sehr wichtig und sehr notwendig ist. Schauen Sie, der Vorstand der OIAG hat erklärt, daß der Vorstand der neuen Gesellschaft über die Sitzfrage entscheiden wird. Er wurde präkludiert, das wissen Sie genauso wie wir alle miteinander, es ist nicht der Vorstand der neuen Gesellschaft, der die Sitzfrage entscheidet, sondern sie wurde bereits entschieden. Es ist also eine Divergenz zwischen dem Beschluß des Vorstandes der OIAG vom 20. Juni 1972 und den Tatsachen, die heute vorhanden sind. Auch das haben wir zu beachten und darauf aufmerksam zu machen und unsere ganze Kraft einzusetzen, daß hier eben doch eine

Revision erfolgt. Und wenn hier vom Abgeordneten Premsberger gesagt wurde, ja die Sitzfrage hätten Sie doch auch im Fernsehen anschneiden müssen, ich muß Ihnen nur hier sagen, der Diskussionsleiter des Fernsehens, es ist der Herr Kreuzer, hat die Sitzfrage ausgeklammert. Er hat gesagt, jeder der Verantwortlichen und auch wir beide sind bereits mehrmals im Fernsehen konfrontiert worden mit der Sitzfrage, daher ist sie nicht mehr Diskussionsgegenstand, und jeder, der darüber redet, wird herausgeschnitten. Daher war die Sitzfrage keine Frage mehr bei dieser Diskussion. Und, meine sehr verehrten Frauen und Herren, liebe Abgeordnete, ich möchte Ihnen eines sagen, halten wir doch ein bißchen Demokratie, eines ist sehr unangenehm, wenn hier vom Rednerpult aus das Recht des Stärkeren immer betont wird, wenn immer wieder gesagt wird, wie zum Beispiel ein Zwischenruf, ja, wir sind uns ja einig, die Stärkeren, das ist nicht demokratisch, meine sehr verehrten Damen und Herren, und wir praktizieren das in diesem Landtag auch immer wieder, sondern wenn, dann gehört in einer Demokratie diskutiert, nach Möglichkeit solange diskutiert, daß man im Interesse der Ordnung für dieses Land eine richtige Lösung findet. Die Stärke allein ist nicht das Richtige, sondern immer wieder gegenüber der Minderheit, ganz gleich wo sie steht, Respekt und Achtung in den Vordergrund zu stellen. (Beifall.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Schluß möchte ich noch eines sagen: Für die Steiermark — und das sei hier festgelegt und das ist auch einhellige Meinung — geht es um die Erhaltung des Arbeitsplatzes und die Stärkung der Wirtschaftskraft unseres Landes, um die Verbesserung unserer industriellen Situation und, meine sehr Verehrten, es geht um eines in der Demokratie, Diskussion, sicher, aber aus dieser Diskussion soll eines herauskommen, gehen wir gemeinsam daran für die Steiermark und für niemand anderen, auch für keine andere politische Gruppe im Interesse der Arbeiterschaft der verstaatlichten Betriebe zu arbeiten. (Beifall.)

**Präsident:** Zum Worte hat sich noch gemeldet Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian.

**Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Schlußwort!“) Ich bitte um Entschuldigung, Herr Landeshauptmann, ein Schlußwort gibt es nicht. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Ja, es war so immer üblich seit 20 Jahren, daß der Landeshauptmann das Schlußwort hat!“) Ich betrachte es nicht als Schlußwort, außerdem wissen Sie noch gar nicht was ich sage. (Abg. Brandl: „Das ist richtige Demokratie!“) Herr Landeshauptmann, ich darf jetzt einmal feststellen, daß es ein Schlußwort nicht gibt. (Niederl: „Das war bisher so üblich, ich werde es mir merken.“) Jedes Regierungsmitglied kann nach unserer Geschäftsordnung immer wieder das Wort ergreifen. Aber ich frage mich nur eines, warum sind Sie eigentlich so ungeduldig, zum Schluß hätte ich den Herrn Landeshauptmann gelobt und Sie haben mir jetzt die Möglichkeit genommen.

Ich muß also folgendes sagen, ich bin ja persönlich angesprochen worden, meine Damen und Herren, und so geht es natürlich nicht, daß man sagt, dem hauen wir das Hackel eini, sagen tut er nichts mehr, weil der Landeshauptmann sagt, jetzt ist Schluß. So einfach liegen die Dinge halt nicht. Ich habe vom Anfang an gesagt, daß ich bis zum heutigen Tage überhaupt nicht gewußt habe, daß wir in dieser Frage auseinanderliegen.

Jetzt weiß ich zwei Punkte. Der eine Punkt ist, wie das gemacht wird. Hier haben wir eine andere Auffassung. Wir heißen das nicht gut, wenn in einer so wichtigen und für das Land essentiellen Frage polemisiert wird. Hier können wir Sie aber nicht hindern, dies zu tun. Und das Zweite, wo wir auseinanderliegen, ist zutage gekommen, daß jetzt, und zwar mit dem Beschlußantrag, mehr gefordert wurde, als wir bis jetzt gemeinsam gefordert haben. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Die Situation hat sich halt geändert!“) Einverstanden, Herr Kollege Schaller. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Seinerzeit waren ganz andere Voraussetzungen!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Das war die Landesregierung, und heute ist es der Landtag!“) Ich billige Ihnen zu, daß Sie sagen, der Klub der OVP hat eine andere Auffassung, als sie in der Landesregierung beschlossen wurde. Denn das haben Sie gerade gesagt. (Abg. Fuchs: „Nein, nein!“) Sie haben ja gesagt, das ist eine neue Auffassung. Und da muß ich Ihnen sagen, Sie sagen halt, dem Sebastian sagen wir, er hat verraten. Und deshalb melde ich mich zu Worte. Der Herr Koiner hat halt schlecht verstanden. Ich kann nichts dafür.

Ich halte noch einmal fest, und das hat der Herr Landeshauptmann bestätigt, daß wir drei Punkte uns zurecht gelegt haben. Und hier hat die ausschließliche Priorität die Arbeitsplatzsicherung gehabt. Schon weiter unten hat rangiert die Gestion, und als Drittes — jener Fall, der nicht für uns so relevant war — war die Frage des Sitzes der Generaldirektion. Und ich halte noch einmal fest, daß ich es war, der auf Grund der Stimmung in Oberösterreich diesen Antrag in der Landesregierung gestellt hat. Daß ich nicht hundertprozentig damit durchgekommen bin, daraus habe ich kein Hehl gemacht und habe gesagt, so wie der Landeshauptmann bei der Besprechung beim Bundeskanzler: Es befriedigt uns nicht, wir hätten lieber eine Generaldirektion in Graz oder in Donawitz oder in Leoben gehabt. Aber wir bekommen dafür ein Äquivalent, nämlich die Forschung und die Bergdirektion, also die regionale Zuteilung von Aufgaben. Daher würde ich bitten, Herr Kollege Pözl, Sie sind ja nicht sehr fein bei Ihren Äußerungen. Wenn Sie von Doppelzüngigkeit reden, dann überlegen Sie sich das. Ich habe gemäß unserer Vereinbarung — ich sage noch einmal, es hat bis Montag dieser Woche keine Diskrepanz in unserer Auffassung gegeben — ich stelle jetzt fest, daß mehr gefordert wird, das ist das Recht, das Sie für sich in Anspruch nehmen können, aber man sollte die Dinge sagen.

Und als Letztes: Ich unterstütze den Antrag des Herrn DDr. Götz, weil ich auch für unseren Klub eine Zeit brauche, um den Antrag beraten zu

können. Ich hoffe also, Herr Landeshauptmann, wengleich ich Sie nicht loben konnte, daß ich Ihnen in keiner Weise jetzt widersprochen habe, um Ihr Schlußwort zu erschweren, aber ich muß noch einmal feststellen, daß es ein Schlußwort des Landeshauptmannes nicht gibt. Ich bitte, im Protokoll nachzulesen, wiederholt habe ich oder jemand anderer nach dem Landeshauptmann gesprochen. (Abg. Nigl: „Wir werden uns das für die Budgetdebatte merken!“ — Glockenzeichen.)

**Präsident:** Am Wort ist der Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Dr. Niederl:** Sehr verehrte Damen und Herren! Ich berichtige mich. In der Geschäftsordnung gibt es tatsächlich kein Schlußwort des Landeshauptmannes, aber Übung ist es immer gewesen.

Ich möchte nur sagen, wo wir auseinanderliegen, in der Art. Ich glaube, das ist doch keine falsche Art, wenn sich der Landeshauptmann mit einer so wichtigen Sache befaßt, wenn ein Antrag der Landesregierung da ist und wenn in einem Beschlußantrag für eine dringliche Anfrage mehr enthalten ist, als die Landesregierung beschließt.

Wir sind noch immer in einem Bundesland, wo der Hohe Landtag mehr beschließen kann als die Landesregierung. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Aber nicht sagen, der andere vertritt es nicht! Weil wir haben es vertreten!“) Ich möchte noch einmal feststellen, daß die Abstimmung in der Landesregierung einstimmig ist.

Gehen wir doch zusammen in dieser Sache. Machen wir diesen Beschlußantrag. Unterstützen wir die verstaatlichten Betriebe in der Steiermark, ganz gleich, wohin sie gehören. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Damit ist die Wechselrede geschlossen. Bevor ich über die Beschlußanträge abstimmen lasse, unterbreche ich die Sitzung, und zwar bis 16.30 Uhr. Um 16.15 Uhr tritt der Verkehrswirtschaftliche Ausschuß zusammen, um die Regierungsvorlage zu beraten, die zugewiesen ist.

Um 17.00 Uhr ist also die Aufnahme der Sitzung.

Unterbrechung der Sitzung: 16.20 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 17.45 Uhr.

**Präsident:** Meine Damen und Herren! Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir kommen zur Abstimmung über den Beschlußantrag. Da ein zweiter Beschlußantrag von der FPÖ vorgelegt wurde, hat sich die Obmännerkonferenz mit diesen Anträgen beschäftigt. Der Antrag der ÖVP-Landtagsfraktion wurde von den Obmännern gemeinsam ergänzt. Es liegt also hier ein gemeinsamer Beschlußantrag der drei Parteien vor.

Wenn Sie es wünschen, werde ich diesen gemeinsamen Beschlußantrag verlesen. Wenn er Ihnen durch Ihre Fraktionen bereits mitgeteilt wurde, kann ich auf die Verlesung verzichten.

Ich nehme an, daß das der Fall ist. Ich schreite daher zur Abstimmung und bitte die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Geschieht.)

Der Beschlußantrag ist einstimmig angenommen.

Der Verkehrswirtschaftliche Ausschuß hat in seiner heutigen Sitzung nicht nur die Regierungsvorlage betreffend Begleitstraßen zur Bundesschnellstraße, sondern auch die Regierungsvorlage betreffend den Bau einer Eisenbahn-Unterführung im Zuge der Landesstraße 216 behandelt. Gemäß Paragraph 27 schlage ich daher vor, daß diese beiden Regierungsvorlagen auf die heutige Tagesordnung als Punkt 15. und 16. in dringliche Verhandlung genommen werden. Hiefür ist eine Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten erforderlich. Ich bitte daher, auch die entsprechende Aufmerksamkeit diesem Gegenstand entgegenzubringen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die mit der Erweiterung der Tagesordnung um diese Punkte einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Erweiterung ist angenommen.

Wir gehen nun zur Tagesordnung über.

**1. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 396, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseingelösungen für das Bauvorhaben Nr. 17/72 „Wenigzell“ der Landesstraße 326.**

Berichterstatter ist Abgeordneter Heribert Pözl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Pözl:** Das Bauvorhaben 17/72 hat fünf Ablösungen zur Folge in der Gesamthöhe von 739.283,50 Schilling. Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag auf Annahme.

**Präsident:** Meine Damen und Herren! Wer dem Antrag zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 397, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme von Thaddäus Egghardt für das Bauvorhaben Nr. 18/72 „Umfahrung Murau“ der Landesstraße 250.**

Berichterstatter ist Abgeordneter Hermann Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ritzinger:** Hoher Landtag! Die gegenständliche Vorlage behandelt ebenfalls eine Bau- und Grundflächeninanspruchnahme, und zwar für die Umfahrung Murau der Landesstraße 250. Im Enteignungswege werden dem Gutsbesitzer und Liegenschaftsbesitzer Thaddäus Egghardt in Murau Grundstücke für die Umfahrung Murau enteignet im Gesamtausmaß von 344.500,50 Schilling.

Namens des Finanz-Ausschusses bitte ich um Zustimmung zu dieser Vorlage.

**Präsident:** Keine Wortmeldung. Ich bitte um ein Zeichen der Zustimmung. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 398, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinelösung von Hilde Hetl für das Bauvorhaben Nr. 17/72 „Wenigzell“ der Landesstraße 326.**

Berichterstatter ist Abgeordneter Josef Schrammel. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schrammel:** Die Vorlage behandelt ebenfalls eine Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinelösung für das Bauvorhaben „Wenigzell“ der Landesstraße 326.

Der Entschädigungsbetrag macht 234.140 Schilling aus. Ich ersuche um Annahme.

**Präsident:** Keine Wortmeldung. Ich bitte um ein Zeichen der Zustimmung. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 422, betreffend die Genehmigung des Baurechtes auf dem landeseigenen Grundstück Parzelle Nr. 633/22, EZ. 41, KG. Mitterdorf im Mürztal, an die Gesellschaft für Wohnungsbau und Siedlungswesen, Graz, auf die Dauer von 60 Jahren zwecks Errichtung eines Lehrerwohnhauses zur Landesberufsschule Mitterdorf im Mürztal.**

Berichterstatter ist Abgeordneter Prof. Dr. Karl Eichinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Prof. Dr. Eichinger:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Zur Erteilung eines lehrgangsmäßigen Unterrichtes wird in Mitterdorf eine Landesberufsschule errichtet. Angeschlossen daran wird ein Lehrerwohnhaus mit 9 Wohnungen. Den Bau errichtet die Gesellschaft für Wohnungsbau und Siedlungswesen. In einem Baurechtsvertrag wird festgelegt, daß das Baurecht 60 Jahre besteht, worauf das Bauwerk in das Eigentum des Landes übergeht.

Die Vorlage wurde im Ausschuß beraten. Ich ersuche um Annahme derselben.

**Präsident:** Sie haben den Antrag gehört. Wer ihm zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 423, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1971 — 3. und abschließender Bericht.**

Berichterstatter ist Abgeordneter Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Brandl:** Hoher Landtag! Ich darf den Antrag stellen, die außerplanmäßigen Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1971 im Gesamtbetrag von rund 31 Millionen Schilling zur Kenntnis zu nehmen.

**Präsident:** Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, möge ein Händenzeichen geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 424, betreffend die Übernahme einer Ausfallsbürgschaft für ein bei der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark in Graz aufzunehmendes Kommunaldarlehen in der Höhe von 20 Millionen Schilling zugunsten des Forschungszentrums Graz.**

Berichterstatter ist Abgeordneter Anton Prensberger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Prensberger:** Hoher Landtag! Die Vorlage beinhaltet den Ausbau des Forschungszentrums Graz mit seinen Institutionen, Aufstockung des Institutsgebäudes, 10 Millionen sind an Eigenkapital vorhanden. Das Land Steiermark wird ersucht, die Ausfallsbürgschaft über das Kommunaldarlehen von 20 Millionen zu übernehmen.

Im Finanz-Ausschuß wurde diese Vorlage behandelt. Ich bitte um Annahme.

**Präsident:** Es liegt keine Wortmeldung vor. Sie haben den Antrag gehört. Wer ihm zustimmt, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 425, über die schenkungsweise Überlassung von 816 m<sup>2</sup> Grund aus der landeseigenen Liegenschaft EZ. 734, KG. VI Jakomini.**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Dieter Strenitz. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Strenitz:** Hoher Landtag! Die gegenständliche Vorlage beinhaltet die schenkungsweise Überlassung eines landeseigenen Grundstückes im Ausmaß von 816 m<sup>2</sup> an den Allgemeinen Turnverein Graz. Der Wert des geschenkten Grundstückes beläuft sich auf geschätzt 326.400 Schilling. Die Schenkung ist mit einigen Auflagen verbunden, die die zweckentsprechende Verwendung des Grundstückes sicherstellen sollen.

Ich bitte um Annahme.

**Präsident:** Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag gehört. Wer dem Antrag zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 426, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinelösung von Aloisia Schnabel für das Bauvorhaben „Kainachbrücke Mooskirchen“ der Landesstraße Nr. 186.**

Berichterstatter ist Abgeordneter Dr. Helmut Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Heidinger:** Hoher Landtag! Der Antrag liegt Ihnen vor und ich darf namens des Finanzausschusses bitten, folgenden Beschluß zu fassen: Die Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinelösung von Aloisia Schnabel, Mooskir-

chen 36, für das Bauvorhaben „Kainachbrücke Mooskirchen“ der Landesstraße 186, Söding—Mooskirchen—Lannach, im Betrag von 543.104 Schilling zu Lasten der VP. 661,55 wird genehmigt.

Ich bitte um Annahme.

**Präsident:** Wer dem Antrag zustimmt, möge ein Zeichen geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**9. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 427, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinelösung von Johann Fuxjäger für die Absicherung der Landesstraße 216.**

Berichterstatter ist Abg. Dr. Leopold Johann Dorfer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Dorfer:** Hoher Landtag! Der Finanz-Ausschuß hat sich mit der Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinelösung von Johann Fuxjäger für die Absicherung der Landesstraße 216 eingehend befaßt und ich stelle namens des Finanz-Ausschusses den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinelösung von Johann Fuxjäger, Sankt Oswald bei Plankenwarth 18 a, für die Absicherung der Landesstraße 216, Gratkorn—St. Bartholomä—Bernau, im Bereich dieses Anwesens im Betrag von 382.262 Schilling wird genehmigt.

**Präsident:** Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**10. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 430, über den Erwerb der Liegenschaft EZ. 929, KG. Fürstenfeld, Gerichtsbezirk Fürstenfeld, von Frau Maria Stepan in Graz.**

Berichterstatter ist Abgeordneter Alois Klobasa. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Klobasa:** Hoher Landtag! Die Ehegatten Hofer bewohnen mit ihren 6 minderjährigen Kindern eine äußerst dürftige Wohnung. Der Bezirksfürsorgeverband Fürstenfeld schlägt daher vor, im Rahmen der Aktion Wohnraumbeschaffung für besonders kinderreiche Familien die der Frau Maria Stepan gehörige Liegenschaft EZ. 929, KG. Fürstenfeld, zu einem Kaufpreis von 200.000 Schilling für die Wohnversorgung der Familie Hofer vom Land Steiermark gemeinsam mit dem Bezirksfürsorgeverband Fürstenfeld, und zwar im Verhältnis von 3/4 : 1/4 (150.000 Schilling : 50.000 Schilling) anzukaufen.

Im Finanz-Ausschuß wurde die Vorlage behandelt und ich bitte um Annahme der Vorlage.

**Präsident:** Ich bitte um ein Zeichen der Zustimmung. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**11. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 431, betreffend die Gewährung von außerordentlichen Versorgungsgenüssen für Schriftsteller Dr. Hans Dettelbach und Frau Paula Mell.**

Berichterstatter ist Abgeordnete Johanna Jamnegg. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Jamnegg:** Hoher Landtag! Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, dem Schriftsteller Dr. Hans Dettelbach, einen außerordentlichen Versorgungsgenuß von monatlich 1.300 Schilling zuzüglich Wohnungsgeld und Krankenversicherung ab 1. 4. 1972 zu bewilligen, zweitens der Schwester des verstorbenen Schriftstellers Dr. Max Mell, Frau Paula Mell, ebenfalls einen außerordentlichen Versorgungsgenuß in der Höhe von 80 % des letzten Bruttobezuges von Dr. Mell zu gewähren.

Ich bitte um Annahme des Antrages.

**Präsident:** Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, ein Händenzeichen zu geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**12. Bericht des Landwirtschafts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 40, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Jagdgesetz 1954 geändert wird.**

Berichterstatter ist Abgeordneter Rupert Buchberger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Buchberger:** Mit Erkenntnis vom 8. Oktober 1971 hat der Verfassungsgerichtshof nach Durchführung des Gesetzesprüfungsverfahrens gemäß Artikel 140 B.-VG. den § 25 Abs. 1, 2 und 3 und den § 30 Abs. 2 und die bezüglichen Zitierungen im § 94 a Abs. 1 des Gesetzes vom 3. Dezember 1969, mit dem das Steiermärkische Jagdgesetz 1954 abgeändert und ergänzt wurde, als verfassungswidrig aufgehoben.

Gemäß dem gegenständlichen Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes tritt die Aufhebung der obgenannten Paragraphen mit Ablauf des 30. September 1972 in Kraft.

Der Landwirtschafts-Ausschuß hat sich mit dieser Vorlage beschäftigt und ich darf im Namen dieses Ausschusses das Hohe Haus ersuchen, die Zustimmung zu geben.

**Präsident:** Bitte um ein Zeichen der Zustimmung. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**13. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 296, zum Antrag der Abgeordneten Zinkanell, Aichholzer, Karrer, Laurich und Genossen, betreffend die Änderung der gesetzlichen Bestimmungen über das Böllerschießen.**

Berichterstatter ist Abgeordneter Friedrich Aichholzer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Aicholzer:** Meine Damen und Herren! Zum Antrag der Abgeordneten Zinkanell, Aicholzer, Karrer, Laurich und Genossen, betreffend die Änderung der gesetzlichen Bestimmungen über das Böllerschießen erstattet die Bundesregierung folgenden Zwischenbericht:

Im Bundesministerium für Inneres wird derzeit der Entwurf eines Bundesgesetzes vorbereitet, in dem der Verkauf und die Verwendung pyrotechnischer Erzeugnisse geregelt werden sollen. In diesem Gesetz wird dann auch das Böllerschießen untergebracht werden.

Der Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß hat sich mit dieser Vorlage befaßt und empfiehlt Ihnen die einstimmige Annahme.

**Präsident:** Ich bitte um ein Zeichen der Zustimmung. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

**14. Bericht des Verkehrswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 99, zum Antrag der Abgeordneten Fellingner, Bischof, Schön, Brandl und Genossen, betreffend den Bau einer Unterführung der Bundesstraße bei der Bahnübersetzung beim Landeskrankenhaus Leoben.**

Berichterstatter ist Abgeordneter Willibald Schön. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schön:** Hohes Haus! Die Vorlage ist positiv. Laut Antrag wird es nicht eine Unterführung, sondern 400 m westlich vom Landeskrankenhaus eine Überführung. Die dazu notwendigen Straßen werden in diese Überführung eingebunden. Das Bauwerk ist bereits bewilligt, wird noch im heurigen Jahr begonnen und soll im Jahre 1974 abgeschlossen werden.

Es wird der Antrag gestellt, der Vorlage die Zustimmung zu geben.

**Präsident:** Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**15. Bericht des Verkehrswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 447, betreffend Begleitstraßen zu Bundesschnellstraßen gemäß Bundesstraßengesetz 1971.**

Berichterstatter ist Abgeordneter Dr. Helmut Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Heidinger:** Hoher Landtag! Die Vorlage liegt Ihnen vor. Es handelt sich um eine sehr wesentliche verkehrspolitische Beschlußfassung. Die Steiermark wird 486 km mehr Bundesstraße erhalten, dafür müssen wir die Begleitstraßen zu Schnellstraßen rund 199 km übernehmen als Landesstraßen.

Der Antrag, den der Hohe Landtag beschließen wolle, heißt:

Gemäß § 8 Abs. 1 des Landes-Straßenverwaltungsgesetzes, LGBl. Nr. 154/64, werden nachstehende Begleitstraßen neben Bundesschnellstraßen, welche nach dem Bundesstraßengesetz 1948, BGBl. Nr. 59/1948, Bundesstraßen waren, in der zukünftigen

Trassierung als Landesstraßen erklärt und dadurch in die Erhaltung und Verwaltung des Landes übernommen:

1. Landesgrenze Semmering—St. Marein i. M. (Teilstück der bisherigen Triester-Bundesstraße).
2. Ilz—Landesgrenze bei Fürstenfeld (Teilstück der bisherigen Fürstenfelder-Bundesstraße).
3. Landesgrenze bei Mandling—Liezen (Teilstück der bisherigen Ennstal-Bundesstraße).
4. Peggau (Badl)—Bruck/Mur (bisheriges Teilstück der Grazer Bundesstraße).
5. St. Michael—Thalheim (Teilstück der bisherigen Triester-Bundesstraße).

Die gegenständliche Erklärung erfolgt unter der Voraussetzung, daß die angeführten Begleitstraßen — sofern sie in Teilabschnitten durch den Bau der Bundesschnellstraßen unbrauchbar werden und hierfür neue Trassen festgelegt werden müssen — vom Bund dort den zukünftigen Verkehrsbedürfnissen entsprechend hergestellt werden und daß die Begleitstraßen im übrigen vor der Übergabe an das Land bei starker Abnutzung durch den Baustellenverkehr vom Bund im erforderlichen Ausmaß instandgesetzt werden.

Diese Landesstraßen-Erklärung wird unter dieser Voraussetzung schrittweise in jenem Zeitpunkte wirksam, in welchem das betreffende Schnellstraßen-Bauwerk, neben welchem die Begleitstraße verläuft, fertiggestellt ist und dem Verkehr übergeben wird.

Der Verkehrswirtschaftliche Ausschuß hat sich mit der Vorlage befaßt. Namens dieses Ausschusses bitte ich um Annahme.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**16. Bericht des Verkehrswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 242, zum Antrag der Abgeordneten Ileschitz, Preitler Gratsch, Hammerl und Genossen, betreffend den Bau der Eisenbahnunterführung im Zuge der Landesstraße 216.**

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten. Loidl, seinen Bericht zu erstatten.

**Abg. Loidl:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Bei der gegenständlichen Vorlage handelt es sich um den Umstand, daß die Landesstraße 216 bei Gratwein durch den Bahnschranken sehr häufig unterbrochen wird. Es handelt sich dort um eine sehr stark frequentierte Straße und es wurde daher der Wunsch geäußert, daß eine Bahnunterführung gebaut wird.

Die Landesregierung vertritt die Auffassung, daß eine Bahnunterführung in Erwägung zu ziehen wäre, daß aber mit der Marktgemeinde Gratwein, mit der ÖBB und mit der Gemeinde Gratkorn über die Finanzierung gesprochen werden soll. Zur Kosten-

ermittlung soll also die Vorprojektierung vorgenommen werden. Gegebenenfalls müßten auch rechtzeitig Bauverbote verhängt werden.

Der Ausschuß hat sich mit der Vorlage beschäftigt, und ich darf in seinem Namen um Zustimmung ersuchen.

**Präsident:** Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer dem Antrag zustimmt, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft. Im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien beantrage ich, mit der heutigen Sitzung die Frühjahrstagung des Landtages zu schließen, aber die Landtagsausschüsse zu beauftra-

gen, während der tagungsfreien Zeit die Beratungen über die ihnen zugewiesenen und offenen Geschäftsstücke fortzuführen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesen Anträgen zustimmen, eine Hand zu erheben (Geschieht.)

Ich stelle fest, daß diese Anträge angenommen worden sind.

Ich danke allen Abgeordneten und Regierungsmitgliedern für die während der Frühjahrstagung geleistete Arbeit und wünsche allen gute Erholung während der Ferien.

Die Herbsttagung wird auf schriftlichem Wege einberufen. Die Frühjahrstagung und die heutige Sitzung sind geschlossen.

Schluß der Sitzung: 18.05 Uhr.